

HIGHLIGHTS 2016

Ernährungssicherheit vs. ökologische Vielfalt


Wege aus dem Dilemma

SEITE 28

Gewalt gegen Fremde

Wie Nachahmertaten besser
verhindert werden können

SEITE 30



Lars-Hendrik Röller, G20-Sherpa der Bundesregierung,
auf der T20-Kick-off-Konferenz in Berlin

Ideengeber für die G20

Wie das IfW die deutsche
Präsidentschaft berät

SEITE 4



Prof. Dennis Snower, Ph.D.
Präsident des Instituts
für Weltwirtschaft

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Ich freue mich, Ihnen die *IfW Highlights 2016* präsentieren zu dürfen. Das vergangene Jahr war für das Institut ereignisreich und hat viele neue wichtige Impulse und Initiativen gebracht, die uns in den kommenden Jahren begleiten werden. Insbesondere das Mandat der Bundesregierung, während der deutschen G20-Präsidentschaft gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Entwicklungspolitik den internationalen Think 20-Prozess (T20) zu steuern, hat uns 2016 intensiv beschäftigt und wird es vor allem auch 2017 (mehr lesen Sie auf den Seiten 4 bis 7).

Mit dem MEDAM-Projekt (Seiten 8 und 9) und dem Leibniz WissenschaftsCampus Kiel Center for Globalization (Seite 10) haben wir zwei sehr aktuelle Themen – Migration und Globalisierung – als Forschungsschwerpunkte fest am IfW etabliert und konnten dafür auch erfreulich viele junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gewinnen. Neben diesen Einblicken in neue Projekte, präsentieren wir Ihnen einige Highlights aus dem gesamten Spektrum unserer Aktivitäten in Forschung, Beratung und Ausbildung. Dieses Magazin soll Ihnen einen Eindruck vermitteln, was uns wichtig ist und womit wir uns beschäftigen. Ich freue mich auf Ihre Rückmeldungen.

Herzlichst
Ihr

- 4 Think 20 - Vor- und Mitdenker für die G20
- 6 Eine Wissensplattform für die G20
- 7 Der T20-Gipfel in Berlin: GLOBAL SOLUTIONS
- 8 Der Mercator Dialogue on Asylum and Migration (MEDAM) – Eine Europäische Forschungsallianz
- 10 Das Kiel Centre for Globalization untersucht Entwicklung und Folgen globaler Lieferketten
- 12 **Forschung**
- 14 Gute Finanzmärkte gegen eine schwache wirtschaftliche Entwicklung
- 16 Plädoyer für den freien Handel
- 18 Aus 26 mach eins: Herausforderungen für ein europäisch-chinesisches Investitionsabkommen
- 20 Förderung von Spitzenforschung unabdingbar
- 22 Entscheidung aus dem Kontext: Wie Motive unsere Handlungen bestimmen
- 24 Bessere Entscheidungen durch Diversität – Das Risky-Shift Phänomen
- 26 Bewertung der nachhaltigen Entwicklung des Ozeans in der Europäischen Union
- 28 Ernährungssicherheit versus Biodiversität – Eine Analyse möglicher Zielkonflikte



12 Forschung

Portrait: Snower: © IfW / Christina Klichoff; Fotografie

- 30 Gewalt gegen Fremde: Brandanschläge provozieren die meisten Nachahmer
- 32 Willkommenskultur leben? Auf den Charakter kommt es an!
- 34 Staatsanleihen: Wie viel hat der Bund von der europäischen Finanzkrise profitiert? Weniger als bisher gedacht
- 36 Protektionismus – Großer Schaden in kurzer Zeit
- 38 **Beratung**
- 40 Der Fall Apple: Ein Papiertiger kriegt Zähne
- 42 Immer noch im Krisenmodus? Ein Besuch in Athen
- 44 Kieler Subventionsbericht: Neuer Höchststand erreicht
- 46 Gemeinschaftsdiagnose – Kiel wieder an Bord
- 48 „Euro Area Fiscal Stance“ – Die Fallstricke der Fiskalpolitischen Koordinierung im Euroraum
- 50 **Veranstaltungen**
- 52 Weltwirtschaftlicher Preis / Die Preisträger 2016
- 54 Bernhard-Harms-Preis
- 55 PEGNet Konferenz / UNIDO Konferenz
- 56 Hinter den Kulissen des IfW / Kieler Woche-Vorträge



38 Beratung

- 57 Excellence Awards in Global Economic Affairs
- 58 Kieler Konjunkturgespräche
- 59 EES-Conference / GES Taipeh Workshop
- 60 **Ausbildung**
- 62 Advanced Studies Program
- 63 Flüchtlingspraktikum am IfW / 10. Kiel Institute Summer School
- 64 **Organisation**
- 66 Die internationale Arbeitsteilung
- 67 Wissensakkumulation und Wachstum
- 68 Sozial- und verhaltensökonomische Ansätze zur Lösung globaler Probleme
- 69 Umwelt und natürliche Ressourcen
- 70 Armutsminderung und Entwicklung
- 71 Makroökonomische Politik in unvollkommenen Märkten
- 72 Zentrum Wirtschaftspolitik
- 73 Prognosezentrum
- 74 Global Challenges Centre
- 75 Impressum



60 Ausbildung



T20-Kick-off-Konferenz in Berlin

Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Sylwia Weisheit

THINK 20 - VOR- UND MITDENKER FÜR DIE G20

Das IfW hat in einer global turbulenten Phase das Mandat erhalten, die deutsche G20-Präsidentschaft zu begleiten. Jetzt gilt es, konkrete Vorschläge für die internationale Zusammenarbeit zu erarbeiten.

Was nun, Weltgemeinschaft? Als sich im Lauf des Jahres 2016 abzeichnete, dass das Institut für Weltwirtschaft die Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20) während der deutschen Präsidentschaft beraten würde, war noch nicht absehbar, wie groß die Herausforderungen für die Befürworter globaler Kooperation noch werden würden. Es folgten unter anderem das Brexit-Votum und die Wahl des US-Präsidenten Donald Trump, der reihenweise internationale Bündnisse und Vereinbarungen in Frage

stellt. Damit stehen für die G20 nicht nur wichtige Themen der vergangenen Jahre wie Finanzstabilität, Klimawandel oder Entwicklungspolitik im Fokus. Auch die generelle Frage stellt sich: Wie kann internationale Kooperation funktionieren in Zeiten nationalistischer Strömungen?

Vor diesem Hintergrund hat das IfW seit dem Sommer 2016 das Mandat der Bundesregierung, gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn, die G20-Präsidentschaft Deutschlands im Jahr 2017 zu begleiten. Die beiden Institute leiten

und organisieren den sogenannten Think 20-Dialogue (T20), in dem sich Forschungsinstitute und Think Tanks der G20-Nationen mit den aktuellen Themen der G20 befassen und Empfehlungen für politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger entwickeln und vorstellen. Ziel ist es, diese Vorschläge in die Diskussionen auf dem G20-Gipfel am 7. und 8. Juli in Hamburg einzubringen.

„Auf Deutschland als glaubwürdigem Vertreter einer Politik, die auf Nachhaltigkeit und langfristige Stabilität setzt, kommt mehr Verantwortung als stabilisierende Kraft zu. Mit der diesjährigen G20-Präsidentschaft hat die Bundesregierung eine große Chance, mäßigend und vermittelnd auf die internationale Gemeinschaft einzuwirken und für die Bedeutung globaler Kooperation zu werben“, sagt IfW-Präsident Dennis Snower. „Wir haben ein Netzwerk mit nationalen und internationalen Think Tanks gebildet, das fundierte und konkrete Empfehlungen für die G20-Themen entwickeln soll. Es soll das intellektuelle Rückgrat des G20-Prozesses bilden.“

Erstmals werden die T20, die seit 2012 die jeweilige G20-Präsidentschaft begleiten, in einzelnen thematischen Task Forces organisiert und die T20-Arbeit damit stringent auf Ergebnisse ausgerichtet. Die neun Task Forces orientieren sich am Programm der deutschen Präsidentschaft und greifen weitere Themen auf, die aus Sicht der Think Tanks Priorität haben:

- Agenda 2030 (UN-Entwicklungsziele)
- Klimapolitik und ihre Finanzierung
- Globale Steuerkoordination
- Erzwungene Migration
- Hungerbekämpfung und nachhaltige Landwirtschaft
- Handel und Investitionen
- Finanzielle Widerstandskraft
- Digitale Ökonomie.

Besetzt sind die Task Forces mit Vertreterinnen und Vertretern erstklassiger Forschungsinstitute und Think Tanks aus den G20-Ländern, die auf dem jeweiligen Gebiet Expertise haben. Jede Task Force hat einen oder mehrere Vorsitzende (Chair), das sind jeweils erfahrene Expertinnen oder Experten auf ihren Gebieten. Aus dem IfW sind die Forscher Dennis Görlich (Digitalisierung), Gianluca Grimalda (Ungleichheit) und Matthias Lücke (Migration) als Co-Chairs in die Task Forces entsandt.

Die Task Forces werden ihre Empfehlungen in Form von Policy Briefs vorlegen. Ergänzend sollen sie „Visions“ entwickeln, in denen Wege aufgezeigt werden, wie Vorschläge umgesetzt und politisch kommuniziert werden können. Veröffentlicht werden alle Empfehlungen unter anderem im Internet auf der vom IfW aufgebauten Plattform g20-insights.org. Sie soll über die deutsche G20-Präsidentschaft hinaus als Ideen- und Wissenspool für G20-Entscheider dienen (siehe auch Seite 6).



G20 GERMANY 2017
THINK 20 DIALOGUE

Neben den Empfehlungen wird die T20 die G20 mittels Workshops, Konferenzen und öffentlichen Beiträgen unterstützen. Das IfW wird zudem sein etabliertes Global Economic Symposium (GES) in den T20-Prozess einbringen. Das GES wird 2017 mit dem „T20 Summit“ zusammengeführt und Ende Mai in Berlin die Vorschläge der Think Tanks präsentieren und diskutieren (siehe auch Seite 7). Anschließend sollen sie der deutschen G20-Präsidentschaft übergeben und in die öffentliche Diskussion eingebracht werden.

„Das Werben für eine globale Koordination ist wichtiger denn je. Alle Länder profitieren von einer an Regeln ausgerichteten, liberalen Weltordnung“, sagt IfW-Präsident Snower. „Dem Ausnutzen einseitiger Verhandlungsmacht in ökonomischen und politischen Beziehungen muss widerstanden werden, andernfalls versinkt die Welt in einem ähnlichen Chaos wie in der Zwischenkriegszeit im vergangenen Jahrhundert. Plattformen wie die G20 sind wichtig, um dies zu verhindern.“

COUNCIL OF GLOBAL PROBLEM-SOLVING

COUNCIL OF GLOBAL PROBLEM-SOLVING

Das IfW will sich auch dauerhaft als Begleiter des G20-Prozesses engagieren – nicht nur 2016/17 während der deutschen Präsi-

dentenschaft. Deshalb hat das Institut das Council of Global Problem-Solving (CGP) initiiert. Ihm gehören führende Forschungsinstitutionen aus G20-Nationen an, die länderübergreifende Probleme behandeln und Empfehlungen zu deren Lösung entwickeln. Im Verbund des CGP wollen sie wichtige globale Probleme identifizieren, konkrete Lösungsvorschläge formulieren, diese den Entscheidern in Politik und Wirtschaft nahebringen und den Fortschritt in der Umsetzung der Lösungen beobachten.

► <http://www.global-economic-symposium.org/cgp>

Feinabstimmung der Plattform-Funktionen
sowie der Seitenstruktur anhand von
Sitemaps und Drahtgittermodellen



© IfW / Michael Stefan

EINE WISSENSPLATTFORM FÜR DIE G20

Anlässlich der deutschen G20-Präsidentschaft hat das IfW eine Website für die Präsentation konkreter Politikvorschläge entwickelt

Es sind die großen, globalen Herausforderungen, deren Lösung sich die zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20) vorgenommen haben: Klimawandel, Hunger, digitaler Wandel, Migration. Um verfolgen zu können, welche Lösungsvorschläge es zu diesen Themen gibt und in welchem Kontext sie zu G20-Beschlüssen oder Implementierungen einzelner Länder stehen, hat das IfW anlässlich der deutschen G20-Präsidentschaft eine Online-Plattform entwickelt: *g20-insights.org*. Sie ist seit Dezember 2016 im Netz und ist ein wesentlicher Baustein der Aktivitäten des Instituts im Rahmen des T20-Mandats.

Diese Website soll sich im ersten Halbjahr 2017 mit Vorschlägen der Think Tanks aus den G20-Ländern füllen, die in der Think 20-Gruppe zusammengeschlossen sind. Auf der Plattform sollen konkrete Lösungs-

vorschläge in Form von Policy Briefs für Politikfelder der G20 präsentiert werden. Diese Policy Briefs werden durch Links zu bestehenden Abkommen, Daten, Hintergrundliteratur etc. ergänzt. Außerdem wird die Plattform „Visions“ enthalten – das sind Empfehlungen an die Politik, wie Vorschläge umgesetzt und politisch kommuniziert werden können. Beitragen können auch Institutionen außerhalb des T20-Prozesses.

Rechtzeitig vor dem G20-Gipfel im Juli in Hamburg kann den Vertretungen der Regierungen dann über die Plattform eine Sammlung konkreter und qualitativ hochwertiger Politikempfehlungen präsentiert werden. Ziel ist es, die Plattform auch über die deutsche G20-Präsidentschaft hinaus als Informationsquelle für alle am G20-Prozess Interessierten zu betreiben.

G20-insights.org wurde gemeinsam vom Zentrum Kommunikation und dem T20-Projektteam des Instituts entwickelt und aufgebaut.

www.g20-insights.org



VIDEO: G20-INSIGHTS-PLATTFORM
Kurze Vorstellung der Wissensplattform durch Dennis Snower

<https://youtu.be/k1qu10UdOD4>

DER T20-GIPFEL IN BERLIN: GLOBAL SOLUTIONS

Unter dem Motto GLOBAL SOLUTIONS werden Ende Mai 2017 in Berlin Think Tanks aus den G20-Ländern zum T20-Gipfel zusammenkommen. Dort werden sie ihre Lösungsvorschläge für Themen der G20 präsentieren und diskutieren. Anlässlich der deutschen G20-Präsidentschaft wird das seit 2008 jährlich stattfindende Global Economic Symposium (GES) des IfW mit dem T20-Gipfel zusammengelegt. Seit Mitte 2016 laufen die Vorbereitungen für den Gipfel unter Leitung von IfW-Forscher Dennis Görlich auf Hochtouren.

Ziel des T20-Gipfels wird es sein, relevante, umsetzbare und wissenschaftlich basierte Politikempfehlungen für die G20-Regierungen zu präsentieren. Dafür wird der T20-Gipfel einerseits auf das bewährte Vorbild des Global Economic Symposiums zurückgreifen, andererseits aber auch mit alten und neuen Partner ein neuartiges Konferenzformat umsetzen. „20 Lösungen für die G20“ sollen das Ergebnis des Gipfels bilden.

Er wird damit als inhaltlicher Höhepunkt des Think 20-Prozesses (T20) geplant, für den das Institut für Weltwirtschaft und das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn, von der Bundesregierung 2016 mandatiert worden sind. Die Bundesregierung

wird auf dem T20-Gipfel vertreten sein, um dessen Ergebnisse zu diskutieren und in die Vorbereitungen des G20-Gipfels im Juli in Hamburg einspeisen zu können.

Die Themen des T20-Gipfels werden sich eng an den Schwerpunkten der Bundesregierung für die deutsche G20-Präsidentschaft orientieren wie etwa Migration,

Digitalisierung, Nachhaltigkeit, Resilienz des Finanzsystems oder Klimawandel. Darüber hinaus werden Themen diskutiert, die T20-Think Tanks oder andere Partner einbringen.

Die Netzwerke des GES und des Council of Global Problem-Solving, einer vom IfW initiierten Plattform internationaler Institute (siehe Seite 5), werden ihr Know-how ebenfalls in den T20-Gipfel einbringen. Darüber hinaus werden Vertreter aus Wirtschaft, Politik und gesellschaftlichen Organisationen eingebunden, um aus ihrer Sicht die Vorschläge der T20-Think Tanks zu bewerten.

IfW und DIE laden zum T20-Gipfel als gastgebende Think Tanks ein, die European School of Management and Technology (ESMT) in Berlin und die Konferenzsparte des Tagesspiegel-Verlags sind als Ausrichter vor Ort beteiligt. Die Partner haben das Ziel, künftig jährlich Ende Mai in Berlin eine Konferenz mit dem Schwerpunkt auf G20-Themen auszurichten.

GLOBAL SOLUTIONS

FOR G20: THE THINK 20 SUMMIT
BERLIN 29 - 30 MAY 2017



G20 GERMANY 2017
THINK 20 DIALOGUE

www.global-solutions.international

Aufakttreffen des MEDAM-Teams in Kiel



© IfW / Michael Stefan

ASYL UND MIGRATION – DAS IFW KOORDINIERT MIT DEM MEDAM-PROJEKT EINE EUROPÄISCHE FORSCHUNGSALLIANZ

Millionen von Menschen wollen nach Europa. Welche Folgen hat das für die Gesellschaft, den Zusammenhalt und die Handlungsfähigkeit Europas? Wie können Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten integriert werden? Das IfW beschäftigt sich bereits in mehreren Forschungsbereichen mit **FLUCHT, ARBEITSMIGRATION UND INTEGRATION** und sucht nach Antworten auf diese Fragen. Seit verganginem Jahr gibt es zudem den Mercator Dialogue on Asylum and Migration (MEDAM) – ein europäisches Forschungs- und Beratungsprojekt, das Forschungslücken zur Asyl- und Migrationspolitik schließen und Handlungsstrategien aus primär wirtschaftswissenschaftlicher Sicht erarbeiten will. Das dreijährige Forschungsprojekt beschäftigt sich mit den drängendsten Forschungsproblemen sowie Anliegen der Bürgerinnen und Bürger und politischen Entscheidungsträger.

Auf der Flucht vor Krieg, Verfolgung, Armut und wirtschaftlichem Elend flohen zwischen Januar 2015 und Dezember 2016 über 1,9 Millionen Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten nach Europa. In ganz Europa versuchen politische Entscheidungsträger die wichtigsten Bedürfnisse dieser Menschen zu decken, Asylsuchende gerecht auf die EU-Mitgliedstaaten zu verteilen und diejenigen, die bleiben dürfen, erfolgreich in die Aufnahmegesellschaften zu integrieren. Dabei ist die Einwanderung

von außerhalb der EU zu einem der größten Bedenken europäischer Bürgerinnen und Bürger geworden.

Zugleich bergen Migration und Mobilität ein enormes Potenzial für die Europäische Union, für die Migrantinnen und Migranten selbst und auch für die Herkunftsländer. Nachhaltige Einwanderung aus Drittländern kann dazu beitragen, die demografischen Veränderungen und den Arbeitskräftemangel in der EU zu mildern, öffentliche Finanzen und Sozialversicherungssysteme zu entlasten und Innovation und

unternehmerisches Potenzial zu schaffen, während Herkunftsländer von Überweisungen, Wissenstransfer, Investitionen und der Etablierung neuer Geschäftsbeziehungen profitieren können.

In der Wirklichkeit werden diese Potenziale jedoch oft nur teilweise realisiert, da unzureichende Rahmenbedingungen für Mobilität und Integration zu suboptimalen Ergebnissen führen.

Gerade in Anbetracht der zuletzt angekommenen Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten ist die Suche nach besseren und schnelleren Methoden zur Integration in Arbeitsmarkt und Gesellschaft eine zentrale Herausforderung für die EU-Mitgliedstaaten. Während einige Länder wie Schweden bereits über langjährige Erfahrungen verfügen, die Flüchtlingen und Migrantinnen und Migranten helfen, Beschäftigung zu finden, stehen andere hier noch am Anfang.

Die Komplexität der in den Bereichen Asyl, Migration und Integration eng miteinander verbundenen Herausforderungen erschwert es dabei politischen Entscheidungsträgern, effektive Handlungsstrategien zu entwickeln. Auch deshalb schwindet in manchen EU-Mitgliedstaaten das öffentliche Vertrauen in die Fähigkeit von Regierungen und Politikern, Einwanderung in die EU unter Wahrung der Interessen aller Beteiligten zu gestalten. Das Brexit-Votum und die Wahl des US-Präsidenten Donald Trump verdeutlichen, wie populistische und rechte Parteien und politische Ansichten erstarken können und sich Fremdenfeindlichkeit verbreitet.

Um zur Bewältigung dieser großen Herausforderungen beizutragen, arbeiten drei renommierte Forschungseinrichtungen im MEDAM-Projekt zusammen. Ziel ist es, die Kompetenzen der Partner zu bündeln, gemeinsam neue Antworten und Lösungen zu entwickeln, die oftmals erhitzte Debatte zu sachlichen und wissenschaftlich fundierte Grundlagen zur Entscheidungsfindung zu schaffen.

Neben dem IfW sind das **Migration Policy Centre (MPC) des Europäischen Hochschulinstituts (EUI)** in Florenz und **CEPS (Centre for European Policy Studies)**, ein Brüsseler Think Tank, als Forschungspartner am MEDAM-Projekt beteiligt, das von der Stiftung Mercator gefördert wird. Die Forschung von MEDAM konzentriert sich dabei vorwiegend auf die ökonomischen Perspektiven in den Bereichen

- Reform des europäischen Asylsystems,
- Einwanderung, EU-Binnenmigration und die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt sowie
- Herkunfts- und Erstaufnahmeländer.

Aufgabe des Projekts ist dabei nicht nur die wissenschaftliche Forschung, sondern auch der Wissenstransfer zwischen Forschung und Politik. Wichtig ist daher der regelmäßige Dialog mit Entscheidern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf nationaler sowie europäischer Ebene. „Mit dem Europäischen Hochschulinstitut und CEPS als einem

MEDAM

Mercator Dialogue on
Asylum and Migration



Den Kern von MEDAM bilden drei renommierte europäische Forschungseinrichtungen. Ihr Ziel ist es, gemeinsam die drängendsten Fragen und Anliegen im Bereich Asyl und Migration in Europa zu erforschen und Handlungsempfehlungen zu entwickeln.

führenden Think Tank in Brüssel als Partner sowie der prominenten Rolle des IfW während der deutschen G20-Präsidentschaft ist MEDAM gut positioniert, um unsere Forschungsergebnisse zum Nutzen aller Akteure einzubringen“, sagt Matthias Lücke, MEDAMs akademischer Co-Direktor und Mitvorsitzender der T20-Task-Force on Forced Migration. „Durch unser Forschungsprojekt können wir Lösungen für die EU und ihre Mitgliedstaaten entwickeln, die es nicht nur der EU ermöglichen, ihren humanitären Verpflichtungen gerecht zu werden, sondern auch die Integration von Einwanderern und ihren Nachkommen in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft, und dadurch deren Beitrag zum europäischen Wirtschaftswachstum zu fördern.“

www.medam-migration.eu

STIFTUNG MERCATOR

STIFTUNG
MERCATOR

Die Idee den Mercator Dialogue on Asylum and Migration (MEDAM) aufzusetzen, stammt von der Stiftung Mercator. Die Stiftung Mercator ist eine private, unabhängige Stiftung. Sie strebt mit ihrer Arbeit eine Gesellschaft an, die sich durch Weltoffenheit, Solidarität und Chancengleichheit auszeichnet. Das Forschungsprojekt fördert sie aus verschiedenen Gründen. „Wir wollen das Verständnis für die miteinander verbundenen Herausforderungen, denen sich die EU und ihre Mitgliedstaaten in den Bereichen Asyl, Migration und Mobilität gegenübersteht, verbessern sowie eine breit angelegte, öffentliche Debatte über umfassende, umsetzbare Lösungen mit politischen Entscheidungsträgern und der Zivilgesellschaft fördern“ so Dr. Felix Streiter, Leiter Bereich Wissenschaft der Stiftung Mercator.



Startseite der durch das IfW entwickelten Website

DAS KIEL CENTRE FOR GLOBALIZATION UNTERSUCHT ENTWICKLUNG UND FOLGEN GLOBALER LIEFERKETTEN

Die Globalisierung hat sich in den vergangenen Jahrzehnten stark intensiviert. Ein zentrales Element der Globalisierung sind die ständig expandierenden weltweiten Lieferketten. Mehr und mehr Unternehmen engagieren sich in länderübergreifenden Produktionsnetzwerken und Lieferketten, um ihre Produkte effizient herzustellen und ihre Wettbewerbsfähigkeit auf den globalen Märkten kontinuierlich zu erhöhen. Globale Produktion und internationaler Handel ermöglichen es den Unternehmen, passende Ressourcen und Vorleistungen zu günstigeren Preisen auf größeren Märkten einzukaufen und mit ihren Produkten einen größeren Absatzmarkt zu bedienen. Zugleich ermöglichen sie den Konsumenten einen leichteren Zugang zu günstigeren und/oder besseren Produkten. Eine solche Globalisierung bringt

allerdings nicht nur Gewinner, sondern auch Verlierer und unerwünschte Nebeneffekte hervor.

Die positiven aber auch negativen Konsequenzen der Globalisierung und insbesondere der expandierenden weltweiten Lieferketten zu untersuchen, ist eines der zentralen Ziele des im Oktober 2016 gegründeten Leibniz WissenschaftsCampus „Kiel Centre for Globalization“ (KCG). Das KCG ist eine Gemeinschaftsinitiative des Instituts für Weltwirtschaft, Kiel und der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Die Aktivitäten des KCG werden von der Leibniz Gemeinschaft und vom Land Schleswig-Holstein sowie von den beiden inhaltlich beteiligten Institutionen finanziell unterstützt.

Um verschiedene Aspekte der Globalisierung und der weltweiten Lieferketten zu untersuchen, werden Experten aus verschiedenen Disziplinen wie Volks-



Kick-off-Treffen der Forscherinnen und Forscher des neuen Leibniz-WissenschaftsCampus im IfW



wirtschaftslehre, Betriebswirtschaftslehre, Wirtschaftsethik sowie Philosophie eng in unterschiedlichen, aber einander ergänzenden Projekten zusammenarbeiten. Ihre spezifischen Fachkenntnisse und Forschungsmethoden helfen dabei, ihre Untersuchungen wechselseitig zu stärken und die Qualität der Analysen zu erhöhen. Über die Globalisierungsforschung hinaus zielt das KCG darauf ab, wissenschaftlich fundierte Handlungsempfehlungen für politische und gesellschaftliche Akteure abzuleiten und den Entscheidungsträgern und der interessierten Öffentlichkeit bereitzustellen.

Zurzeit arbeitet das KCG-Forschungsteam an vier einander ergänzenden Projekten:

(1) Interkulturelle Unterschiede in der Wahrnehmung der sozialen Verantwortung von Unternehmen und Konsumenten entlang der weltweiten Lieferketten (geleitet von Prof. Dr. Ludger Heidbrink und Prof. Dr. Stefan Hoffmann)

Das Untersuchungsteam wird zunächst auf Grundlage ethischer Standards relevante Kriterien für die Evaluierung der negativen Effekte weltweiter Lieferketten identifizieren. Es wird zudem untersucht, ob und wie sich die Wahrnehmung und das Verhalten der Konsumenten mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen ändern, wenn die weltweiten Lieferketten transparenter würden und wie die Konsumenten motiviert werden können,

sich gesellschafts- und umweltfreundlicher zu verhalten.

(2) Experimentelle Untersuchungen zur moralischen Verantwortung in weltweiten Lieferketten (geleitet von Prof. James Konow, Ph.D. und Prof. Dr. Till Requate)

Das Team untersucht, bei wem die betroffenen Wirtschaftsakteure (insbesondere Konsumenten) die moralische Verantwortung, die mit der Bereitstellung der global produzierten Produkte verbunden ist, verorten. Werden sie von den Herstellern mehr oder weniger Verantwortung erwarten, wenn die weltweiten Lieferketten an Komplexität zunehmen und immer mehr verschiedene Hersteller darin involviert sind? Zusätzlich wird untersucht, wie die Outsourcing-Entscheidungen der Unternehmen beeinflusst werden, wenn die Konsumenten ihre Erwartung tatsächlich mit steigender Komplexität der Lieferketten anpassen.

(3) Modellierung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Dimensionen der weltweiten Lieferketten (geleitet von Prof. Holger Görg, Ph.D. und Prof. Horst Raff, Ph.D.)

Das Team untersucht zum einen, welchen Einfluss die Teilnahme an weltweiten Lieferketten auf Beschäftigungs- und Produktionsschwankungen der beteiligten Unternehmen in Entwicklungs- bzw. Schwellenländern hat. Zum anderen wird

untersucht, ob die Zulieferer in Entwicklungs- bzw. Schwellenländern aufgrund ihrer schwächeren Verhandlungsmacht weniger motiviert sind, in Innovationen und in die Entwicklung und Nutzung sauberer Technologien zu investieren.

(4) Weltweite Lieferketten, Umweltschutzvorschriften und grüne Innovationen (geleitet von Prof. Aoife Hanley, Ph.D. und Prof. Dr. Katrin Rehdanz)

Anhand von verschiedenen Datensätzen aus Deutschland und China untersuchen die Forscher, ob globale Lieferketten einer umweltfreundlichen Produktionsweise zu- oder abträglich sind. Das Team analysiert beispielsweise, ob und wie die bestehenden Umweltschutzvorschriften die deutsche Verarbeitende Industrie beeinflussen. Darüber hinaus untersucht das Team die Fähigkeit insbesondere chinesischer Unternehmen, die Potenziale der neuen umweltfreundlichen Technologien abzuschätzen und zu nutzen.

Alle Neuigkeiten des KCG zu Forschungsergebnissen, Publikationen und Veranstaltungen sind auf der KCG-Homepage zu finden:

www.kcg-kiel.org

Kontaktpersonen:

· Prof. Holger Görg, Ph.D., KCG Managing Director
· Dr. Wan-Hsin Liu, KCG Coordinator

FORSCHUNG

Warum auch Frauen im Aufsichtsrat sitzen sollten und wie Gewalt gegen Fremde besser verhindert werden kann...



© IfW / Michael Stefan

...auch 2016 orientierte sich die Forschung des IfW vor allem an einem: der Praxis. In sieben Forschungsbereichen befassen sich unsere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit zahlreichen konkreten Fragen unseres täglichen Zusammenlebens von A wie Arbeitsteilung bis Z wie Zuwanderung.

GUTE FINANZMÄRKTE GEGEN EINE SCHWACHE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

Die Liberalisierung der Finanzmärkte hat sich seit der Finanzkrise von 2007/2008 einen wirklich schlechten Ruf erworben. Allerdings ist gerade für Entwicklungsländer der Zugang zu gut entwickelten Finanzmärkten besonders wichtig, um ihre wirtschaftliche Entwicklung zu stabilisieren. Eine mögliche **STRATEGIE FÜR ENTWICKLUNGSLÄNDER** ist daher, auf multinationale Unternehmen aus finanziell fortschrittlichen Ländern zu setzen.

Die Entfesselung der Finanzmärkte seit der Jahrtausendwende wurde immer wieder als eine der Hauptursachen für die Weltwirtschaftskrise von 2007/2008 genannt. Dabei wird aber gerne die wichtige Rolle, die Finanzmärkte für die wirtschaftliche Entwicklung ärmerer Länder spielen, vergessen. Investitionen, die erforderlich sind, um diese Länder zu fördern, sind besonders kostspielig. Gut entwickelte Finanzmärkte können bei der Finanzierung solcher Investitionen helfen.

Ganz allgemein sollten Finanzmärkte, die geeignet sind, die wirtschaftliche Entwicklung ärmerer Länder zu untermauern, über vier Kriterien verfügen: Tiefe, Zugang, Effizienz und Stabilität. Tiefe bedeutet, dass Finanzinstitute und Finanzmärkte in ausreichender Größe zur Verfügung stehen. Zugang bezieht sich auf den Grad, zu dem Wirtschaftsakteure die Finanzdienstleistungen verwenden können und es auch tun. Effizienz bedeutet, dass die Finanzinstitute in der Lage sind, erfolgreich finanzielle Ressourcen bereitzustellen und finanzielle Transaktionen zu erleichtern. Und Stabilität bezieht sich auf eine geringe Volatilität der Märkte und eine geringe Verletzlichkeit der Institutionen (Weltbank, 2016). Urteilt man nach diesen Kriterien, zeigt sich, dass die Finanzmärkte in den verschiedenen Teilen der Welt ziemlich unterschiedlich entwickelt sind (siehe Abbildung).

Wenig überraschend, haben Länder mit hohem Einkommen die am besten entwickelten Finanzsysteme, und diese haben sich noch bis zum Jahr 2005 verbessert und auch danach im Zuge der Finanzkrise nur leicht verschlechtert. Im Gegensatz dazu müssen die Länder mit niedrigem Einkommen auch die am wenigsten entwickelten Finanzsysteme bewältigen. Während sich der Zustand der Finanzsysteme dieser ärmeren Länder in den 1990er Jahren zunächst verbessert zu haben schien (ein Effekt, der von den sehr wenigen Ländern ausgeht, für die Beobachtungen für diesen Zeitraum zur Verfügung stehen), hat sich dieser vor allem seit der Finanzkrise in den meisten Ländern verschlechtert.

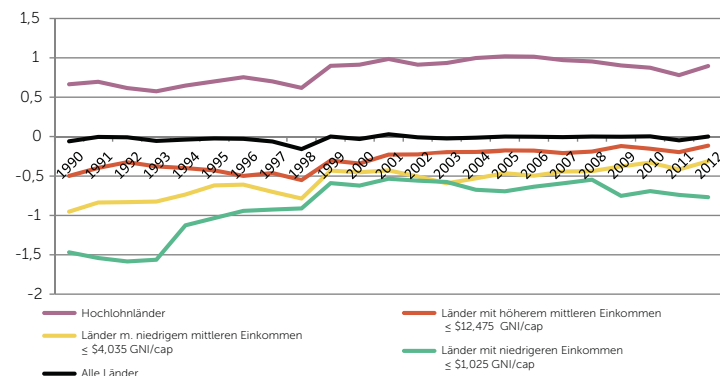
Glücklicherweise hängt die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes nicht nur von den Optionen ab,

die das jeweilige lokale Finanzsystem bietet. Ausländische Direktinvestitionen (Foreign Direct Investment, FDI) in Form von Joint Ventures oder Unternehmen, die vollständig in ausländischem Besitz sind, erlauben es Unternehmen aus einem Land über die finanziellen Ressourcen eines anderen Landes zu verfügen. Insbesondere Tochtergesellschaften von multinationalen Unternehmen (MNU) in Entwicklungsländern können Vorteile aus den stärker entwickelten Finanzmärkten in den jeweiligen Heimatländern ziehen. In der Theorie kann gezeigt werden, dass Tochtergesellschaften von multinationalen Unternehmen häufig weniger Kreditbeschränkungen unterliegen als rein inländische Firmen, darüber hinaus können sie firmeninterne Fonds in einem größeren Umfang verwenden und benötigen entsprechend weniger externe Mittel. Somit sind Tochtergesellschaften in der Summe weniger abhängig von lokalen Finanzinstituten als rein inländische Firmen (Görg und Kersting, 2016). Daraus sollte sich ergeben, dass Verbesserungen in der finanziellen Entwicklung eines Landes dazu führen, dass mehr externe und weniger interne Mittel verwendet werden. Dies sollte aber im höheren Ausmaß für inländische Firmen gelten als für ausländische.

Einige neuere empirische Studien zeigen in der Tat beides: Unternehmen in Entwicklungsländern können von der Verbesserung der Finanzmärkte erheblich profitieren, und Tochtergesellschaften multinationaler Unternehmen sind weniger abhängig von solchen Verbesserungen. Görg und Kersting (2016) stellen in ihrer Studie das Finanzierungsverhalten von Unternehmen in ausländischem Besitz in Schwellen- und Entwicklungsländern dem Verhalten einer Kontrollgruppe von Unternehmen im lokalen Besitz gegenüber. Donaubauber et al. (2016b) analysieren, wie sich Verbesserungen der Finanzmärkte auf die Verteilung der FDI-Bestände auswirken. Die Ergebnisse beider Studien ergänzen sich gegenseitig und bestätigen die Resultate der jeweils anderen:

- Gut entwickelte Finanzmärkte entweder in Herkunfts- oder in Gastländern fördern bilaterale ausländische Direktinvestitionen. Eine bessere Verfügbarkeit von externen Fonds im Herkunftsland macht es

Zusammengesetzter Indikator der Finanzmarkt-Entwicklung



einfacher, die Kosten für die FDI zu decken. Ebenso kann ein gut entwickelter Finanzmarkt im Gastland direkt an der Finanzierung von FDI beteiligt sein, unter anderem durch die Absicherung gegen Wechselkursrisiken oder indem die finanziellen Interaktionen der ausländischen Unternehmen erleichtert werden.

- Gut entwickelte Finanzmärkte in den Herkunftsländern kompensieren schlecht entwickelte Finanzsysteme in den Gastländern bei der Erzeugung von FDI-Strömen. Entsprechend nimmt die positive Wirkung eines besser entwickelten Finanzmarktes im Gastland ab, wenn das Herkunftsland bereits ein besonders angenehmes finanzielles Umfeld bietet.
- Unternehmen, die Teil eines multinationalen Unternehmens sind, sind weniger eingeschränkt, wenn es um die Wahl ihrer Finanzmittel geht. Dementsprechend verwenden diese Unternehmen weniger Bankkredite im Vergleich zu rein inländischen Unternehmen und greifen eher auf interne Quellen zurück.
- Wenn sich der Zustand eines lokalen Finanzmarktes verbessert, dann gewinnt die externe Finanzierung gegenüber der internen Finanzierung an Bedeutung. Von einer Finanzmarktverbesserung profitieren insbesondere einheimische Firmen, Tochtergesellschaften multinationaler Unternehmen eher weniger.

Daraus kann man zwei Schlussfolgerungen ziehen: Erstens, in ausländischem Besitz befindliche Tochtergesellschaften in Entwicklungsländern unterliegen weniger finanziellen Zwängen als rein inländische Unternehmen, da sie auf die Ressourcen „ihrer Eltern“ und der Finanzsysteme im Herkunftsland zurückgreifen können. Da der Zugang zu den Finanzmärkten für viele Aspekte der Firmenaktivitäten wie Export, Investitionen und Innovationen von entscheidender Bedeutung ist, kann es insbesondere in Entwicklungsländern eine gute Strategie sein, sich in ein multinationales Unternehmen integrieren zu lassen.

Zweitens, gut entwickelte Finanzmärkte helfen Unternehmen in Entwicklungsländern, ihre Investitionen zu finanzieren. Allerdings kann eine schlechte Entwicklung der Finanzmärkte – zumindest bis zu einem gewissen Grad – durch hoch entwickelte Finanzmärkte in den FDI-Geberländern ausgeglichen werden.

Dies ist eine ermutigende Nachricht, auch wenn sie bedeutet, dass der Vorteil der Finanzmarktreflexionen in Entwicklungsländern etwas reduziert werden muss. Die Bedeutung von erfolgreichen Finanzmarktinstitutionen in der entwickelten Welt für Wachstum und Fortschritt auch in den Entwicklungsländern sollte im Auge behalten werden, wenn neue Regeln für die Finanzmärkte diskutiert werden.

AUTOR



Prof. Holger Görg, Ph.D.
holger.goerg@ifw-kiel.de

Expertise

- Effekte der Globalisierung
- Aktivitäten multinationaler Unternehmen
- Internationales Outsourcing

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Donaubauber, Julian, Birgit Meyer und Peter Nunnenkamp (2016a). A New Global Index of Infrastructure: Construction, Rankings and Applications. *World Economy* 39(6): 236–259.
- Donaubauber, Julian, Eric Neumayer und Peter Nunnenkamp (2016b). Financial Market Development in Host and Source Countries and Its Effects on Bilateral FDI. *Kieler Arbeitspapiere* 2029. IfW, Kiel.
- Görg, Holger, und Erasmus Kersting (2016). Vertical Integration and Supplier Finance. *Canadian Journal of Economics*. Im Erscheinen.
- World Bank (2016). The Little Data Book on Financial Development 2015/2016. Washington, D.C.: World Bank.

PLÄDOYER FÜR DEN FREIEN HANDEL

Handel wird – ganz allgemein gesprochen – von den meisten Ökonomen ein positiver Gesamteffekt zugeschrieben. Allerdings gibt es innerhalb einzelner Länder Gewinner und Verlierer. Wer auf welcher Seite landet, haben wir in einem aktuellen Projekt zusammengestellt. **PROTEKTIONISMUS IST DIE FALSCHER ANTWORT**, auch für die Verlierer der Globalisierung, zeigen unsere Ergebnisse. Die Politik sollte Wege finden, die Verlierer eindeutig zu identifizieren und ausreichend zu kompensieren.

In der entwickelten Welt wächst der öffentliche Widerstand gegen den freien Handel. Donald Trump möchte massive Zölle auf Importe aus China und Mexiko einführen und das Trans-Pacific Partnership (TPP) Handelsabkommen aufkündigen. Die Verhandlungen zum TTIP-Abkommen zwischen den USA und der EU liegen auf Eis.

Die Bedenken über den freien Handel und neue Handelsabkommen haben durchaus eine Berechtigung. Es gibt reichlich Evidenz dafür, dass die Globalisierung die Ungleichheit in entwickelten Volkswirtschaften und Entwicklungsländern erhöht hat (Goldberg und Pavcnik, 2007; Ebenstein et al., 2014). Darüber hinaus waren die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt nach Handelsliberalisierungen möglicherweise oftmals teurer und langsamer als angenommen (Dix-Carneiro, 2014).

Unter Ökonomen gibt es einen breiten Konsens, dass Länder als Ganzes immer von internationalem Handel profitieren.

Doch die Datenlage zur Größe des Nettogewinns eines Landes ist nicht eindeutig. Glaubwürdige Schätzungen zeigen, dass er relativ groß sein könnte: Feyrer (2009) misst den Wohlfahrtsgewinn in einem natürlichen Experiment. Er betrachtet die Schließung des Suez-Kanals zwischen 1969 und 1975 und kommt zu dem Schluss, dass sich bei zehn Prozent mehr Handel das Pro-Kopf-Einkommen um 1,6 Prozent erhöht. Schätzt man Handelsgewinne mit Hilfe von allgemeinen Gleichgewichtsmodellen, sind die Ergebnisse bescheidener. Ein typisches Land ist in entsprechenden Studien nur etwa ein bis zwei Prozent reicher wenn es Handel treibt, als wenn es in völliger Isolation wäre (Arkolakis et al., 2012; Costinot und Rodríguez-Clare, 2014).

Die Wohlfahrtsgewinne durch Handel können aus verschiedenen Quellen stammen. Erstens gewinnen Länder durch Spezialisierung aufgrund ihres komparativen Vorteils: Ein Land verkauft, was es billiger produzieren kann als andere und kauft, was im Ausland billiger ist – dadurch steigt die Kaufkraft der Verbraucher.

Zweitens bedeutet Freihandel, dass Firmen Zugang zu einem größeren Markt haben und dort Skaleneffekte besser ausnutzen können (Krugman, 1980). Die daraus resultierenden Kosteneinsparungen führen zu niedrigeren Preisen und einer größeren Produktvielfalt, beides kommt den Verbrauchern zugute.

Drittens können dank der Globalisierung wettbewerbsfähigere Erzeuger überleben und wachsen, während andere Erzeuger Marktanteile verlieren oder aus dem Geschäft gedrängt werden. Diese Umverteilung von Ressourcen hin zu den produktivsten Unternehmen steigert die Gesamtproduktivität (Melitz, 2003).

Auch Unternehmen können ganz direkt vom Handel profitieren. Sie können auf billigere oder qualitativ bessere Materialien aus dem Ausland zurückgreifen. Einfache Handelswege erlauben es den Unternehmen auch, Teile ihrer Produktion in Niedriglohnländer zu verlagern und so ihre Rentabilität zu steigern. Darüber hinaus können importierte Materialien oder Sachkapital, die über einen höheren technischen Standard verfügen als inländische Produkte, den technischen Fortschritt im eigenen Land vorantreiben. Die Einfuhr von Vorprodukten ist eine wichtige Quelle für Wachstum in einer globalisierten Welt. Mithilfe von Daten aus Ungarn zeigen Halpern et al. (2015), dass ein Industrieunternehmen, das seinen Anteil an importierten Vorleistungen von null auf 100 Prozent erhöht, die Produktivität um 24 Prozent steigern konnte. Auf aggregierter Ebene zeigen die Autoren, dass Import für mehr als ein Viertel der beobachteten Produktivitätssteigerung im Verarbeitenden Gewerbe in Ungarn im Zeitraum 1992–2002 verantwortlich ist.

Ein bemerkenswertes Ergebnis dieser Studie ist, dass aber auch inländische Anbieter keine signifikanten Verluste hinnehmen mussten. Der Grund dafür ist, dass nur die Hälfte der Produktivitätsgewinne auf billigere oder qualitativ hochwertigere Produktionsgüter aus dem Ausland zurückzuführen ist. Die andere Hälfte resultiert aus der besseren Kombination von unvollkommen substituierbaren Vorprodukten durch die größere Vielfalt dank der importierten Produkte.

Verlierer des freien Handels müssen eindeutiger als bisher identifiziert werden, um negative Arbeitsmarkteffekte verringern zu können.

Fast jede Änderung der globalen Wettbewerbsregeln in Richtung Offenheit schafft Gewinner und Verlierer. In den modernen Modellen des Harvard-Ökonoms Marc Melitz profitieren die produktivsten Unternehmen in einer Volkswirtschaft von sinkenden Handelskosten, da sie in den ausländischen Markt eintreten können, während Unternehmen, die selbst nicht handeln, mehr um die knappen Produktionsressourcen konkurrieren müssen und daher eher schlechter dastehen. Es findet also eine Umverteilung von Produktionsressourcen statt – weg von den weniger produktiven, hin zu den produktiveren Tätigkeiten.

Oft ist es gerade diese Umverteilung, die den Gesamtgewinn bedingt, da die Gewinne gegenüber den Verlusten überwiegen. Länder, die auf Freihandel setzen, haben jedoch sowohl die Mittel als auch die Verpflichtung, die Belastung für die Verlierer der Globalisierung so gering wie möglich ausfallen zu lassen.

Neuere Forschungen haben gezeigt, dass – im Gegensatz zu früheren Annahmen – die Umverteilung der Arbeitskräfte aus schrumpfenden Sektoren hin zu wachsenden nicht reibungslos verläuft. Tatsächlich können die geschätzten Kosten für den Wechsel sehr hoch sein und sich zu mehreren Jahreseinkommen aufsummieren (Artaç et al., 2010, 2015; Dix-Carneiro, 2014). Diese Kosten treffen überproportional häufig gerade ungelernete, ältere und weibliche Arbeitskräfte. Auch kann der Anpassungsprozess nach einer Handelsliberalisierung lange Zeit in Anspruch nehmen, in einigen Fällen mehr als ein Jahrzehnt, wie Daten aus Brasilien zeigen (Dix-Carneiro und Kovak, 2015).

Um diese negativen Arbeitsmarkteffekte zu verringern, müssen die Verlierer eindeutiger als bisher identifiziert werden, und es müssen effektive politische Lösungen für die Probleme der Verlierer entwickelt werden – hier ist noch viel Raum für zukünftige Forschung. Neuere Forschungen zeigen, dass gezielte Arbeitsmarktpolitik besonders effektiv ist (Davidson und Matusz, 2006). Wichtige Komponenten sind hier Umschulungsprogramme und eine finanzielle Unterstützung bei Umzügen, die die Kosten, die ein Arbeitsplatzwechsel mit sich bringt, kompensieren und dadurch die Mobilität auf dem Arbeitsmarkt, gerade weg aus wirtschaftlich schwachen Regionen, erleichtern (Coşar, 2013).



AUTORIN



Cecilia Hornok, Ph.D.
cecilia.hornok@ifw-kiel.de

Expertise

- Internationaler Handel
- Heterogene Firmen und Globalisierung
- Angewandte Panel Daten Ökonometrie

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Arkolakis, Costas, Arnaud Costinot und Andrés Rodríguez-Clare (2012). New Trade Models, Same Old Gains? *American Economic Review* 102 (1): 94–103.
- Ebenstein, Avraham, Ann Harrison, Margaret McMillan und Shannon Phillips (2014). Estimating the Impact of Trade and Offshoring on American Workers using the Current Population Surveys. *Review of Economics and Statistics* 96 (3): 581–595.
- Goldberg, Pinelopi Koujianou, und Nina Pavcnik (2007). Distributional Effects of Globalisation in Developing Countries. *Journal of Economic Literature* 45 (1): 39–82.

AUS 26 MACH EINS: HERAUSFORDERUNGEN FÜR EIN EUROPÄISCH-CHINESISCHES INVESTITIONSABKOMMEN

Ob als Wegbereiter für ein Freihandelsabkommen oder als Beitrag zur Liberalisierung der globalen Rahmenbedingungen für Auslandsinvestitionen: Ein bilaterales Investitionsabkommen zwischen der EU und China könnte einen wertvollen Beitrag zur **GLOBALEN WIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG** leisten. Seit mehr als drei Jahren verhandeln China und die EU bereits über ein umfassendes Investitionsabkommen. Angesichts einer von starken Asymmetrien geprägten Ausgangssituation sind es vor allem drei Konfliktfelder, die einen erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen erschweren.

Derzeit existieren 26 unterschiedliche Investitionsabkommen zwischen den EU-Mitgliedstaaten und China. Ziel eines neuen, umfassenden Abkommens zwischen China und der EU ist es, die bestehenden unterschiedlichen Regelungen zu vereinheitlichen und zu erweitern und einen kohärenten Rechtsrahmen zur Förderung gegenseitiger Investitionen zu schaffen. Vor allem aus Sicht der EU sollte das neue Abkommen dabei deutlich über die bestehenden Abkommen hinausgehen. Es soll die Rechtssicherheit für europäische Investoren in China verbessern und Marktzutrittsbarrieren für europäische Investoren abbauen. Aus chinesischer Sicht soll das Abkommen die weitgehende Offenheit der europäischen Märkte für chinesische Investitionen sichern.

rend die EU-Mitgliedstaaten in aller Regel eine Gleichbehandlung inländischer und chinesischer Investitionen in der Nachinvestitionsphase zusagen, gilt dies umgekehrt allenfalls eingeschränkt. Regelungen in den betreffenden Investitionsabkommen erlauben China, bereits bestehende Gesetze und Regelungen, die gegen die Inländergleichbehandlung ausländischer Investitionen verstoßen, beizubehalten. China verpflichtet sich lediglich dazu, entsprechende Diskriminierungen nicht zu verschärfen und sie schrittweise abzubauen. Es ist davon auszugehen, dass die EU als Voraussetzung für den Abschluss eines europäisch-chinesischen Investitionsabkommens zumindest in einigen Bereichen konkrete Verpflichtungen Chinas zur Einführung der Inländergleichbehandlung in der Nachinvestitionsphase verlangen wird, die deutlich über das hinausgehen, was China bisher zuzusagen bereit war.

Marktöffnung für ausländische Investoren: Traditionell enthalten Investitionsabkommen keine Regelungen zur Liberalisierung des Marktzugangs. Dies gilt auch für die bestehenden Abkommen zwischen China und einzelnen EU-Mitgliedstaaten. Die EU hat die Liberalisierung des Marktzugangs jedoch zu einem Kernthema der laufenden Verhandlungen mit China erklärt. Konkret drängt die EU auf die Einführung einer sogenannten „Negativliste“, auf der alle Industrien stehen sollen, in denen der Marktzugang für ausländische Investoren auch weiterhin beschränkt werden kann, während für alle anderen, nicht aufgelisteten Industrien die Gleichbehandlung inländischer und ausländischer Investoren beim Marktzugang garantiert werden soll. Nach ersten Erfahrungen mit Negativlisten in mehreren Freihandelszonen in China, scheint China grundsätzlich bereit zu sein, die Anwendung einer Negativliste im Investitionsabkommen mit der EU zu akzeptieren. Mit dem Ziel einer eher vorsichtigen Marktöffnung plädiert China allerdings für eine lange

Negativliste sowie dafür, Marktzugangsregeln von der Möglichkeit internationaler Streitbeilegungsverfahren auszunehmen. Im Gegensatz dazu fordert die EU mit Blick auf die angestrebte größere Symmetrie eine kurze Negativliste, da die europäischen Märkte bereits heute für chinesische Investitionen weitgehend offen sind.

Ausgestaltung eines Streitbeilegungsverfahrens zwischen Investoren und Staaten: Neben unterschiedlichen Vorstellungen über den Anwendungsbereich des Streitbeilegungsverfahrens zwischen Investoren und Staaten könnte auch dessen Ausgestaltung zu einem Hindernis bei den Verhandlungen werden. Die Europäische Kommission strebt eine umfassende Reform der bisherigen Streitbeilegungsverfahren in ihren Investitionsschutzabkommen an. Diese soll zum einen sicherstellen, dass der Schutz ausländischer Investitionen nicht das Recht der Staaten beschränkt, dem Gemeinwohl dienende Regulierungsvorschriften zu erlassen. Zum anderen sollen die bisher üblichen privaten Schiedsverfahren durch transparente Verfahren vor einem permanenten Schiedsgericht (mit Berufungsmöglichkeit) ersetzt werden, so wie dies zuletzt im Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) vereinbart wurde. Zumindest im Hinblick auf die Umsetzung des zweiten Reformelements ist von schwierigen Verhandlungen zwischen der EU und China auszugehen.

Die Ausgangsposition für die bilateralen Verhandlungen zwischen der EU und China ist von starken Asymmetrien geprägt. Anders als in China sind die Märkte in Europa schon heute weitgehend offen für ausländische Investitionen und deren diskriminierende Behandlung weit weniger verbreitet. Ein umfassendes Investitionsabkommen verlangt daher von China deutlich weitreichendere Zugeständnisse und Reformen als von der EU und ihren Mitgliedstaaten. Die Europäer werden jedoch akzeptieren müssen, dass nicht alle ökonomisch sinnvollen und gerechtfertigten Reformforderungen gleichzeitig und durch ein einziges Abkommen erfüllt werden können. In Bezug auf mehrere Schlüsselthemen, insbesondere die Liberalisierung des Marktzugangs und der weniger restriktiven Anwendung der Inländergleichbehandlung wird das europäisch-chinesische Investitionsabkommen jedoch wesentlich über die Regelungen hinausgehen müssen, die China in bestehenden Investitionsabkommen mit anderen entwickelten Ländern vereinbart hat. Um die Akzeptanz des Abkommens in der EU und ihren Mitgliedstaaten zu sichern, gilt dies wohl auch für das Verfahren zur Streitbeilegung zwischen Investoren und Staaten.

Zusammenfassend wird deutlich: Die Aushandlung eines europäisch-chinesischen Investitionsabkommens ist keine leichte oder schnell zu lösende Aufgabe. Die aktuell zunehmende Zahl von Beschwerden europäischer Unternehmen über eine diskriminierende

Behandlung durch staatliche Akteure in China und die zunehmende Besorgnis von Teilen der deutschen Öffentlichkeit und der Politik im Zusammenhang mit der Übernahme deutscher Technologieunternehmen durch chinesische Investoren macht den Abschluss eines solchen Abkommens sicherlich nicht einfacher, wohl aber umso dringlicher.

(Eine ausführlichere Version dieses Beitrags ist unter dem Titel „Auf dem Weg zu einem Investitionsabkommen zwischen der EU und China“ am 25.01.2016 bei der Ökonomenstimme (www.oekonomenstimme.org) erschienen.)

AUTOREN



Frank Bickenbach

frank.bickenbach@ifw-kiel.de

Expertise

- Räumlicher und sektoraler Strukturwandel
- Europäische Integration
- Innovation und Hochschulbildung in China
- Institutioneller Wandel in China



Dr. Wan-Hsin Liu

wan-hsin.liu@ifw-kiel.de

Expertise

- Innovation, Technologie- und Wissenstransfer
- Innovation und Hochschulbildung in China
- Institutioneller Wandel in China
- Innovationspolitik

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Bickenbach, Frank, Wan-Hsin Liu und Guoxue Li (2015). The EU-China Bilateral Investment Agreement in Negotiation: Motivation, Conflicts and Perspectives. Kiel Policy Brief 95. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.

“

Die Ausgangsposition für die bilateralen Verhandlungen zwischen der EU und China ist von starken Asymmetrien geprägt.

Trotz weitgehend miteinander kompatibler Ziele gibt es auch eine Reihe potenzieller Konfliktfelder, die den Abschluss eines entsprechenden Investitionsabkommens erschweren. Die drei größten Konfliktfelder sind: die Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung inländischer und ausländischer Investoren (national treatment), die Marktöffnung für ausländische Investitionen und die Ausgestaltung und Durchführung eines Streitbeilegungsverfahrens zwischen Investoren und Staaten (investor-state dispute settlement).

Inländergleichbehandlung in der Nachinvestitionsphase: Bestehende Abkommen Chinas mit den EU-Mitgliedstaaten weisen eine fundamentale Asymmetrie hinsichtlich der gewährten Schutzniveaus auf. Wäh-

FÖRDERUNG VON SPITZENFORSCHUNG UNABDINGBAR

Neun deutsche Universitäten unter den ersten hundert Hochschulen weltweit – aber keine unter den ersten 25: Die 2016er Ausgabe des Times Higher Education Rankings zeigt gemischte Resultate. In einer neueren IfW-Analyse wird deutlich: Spitzenforschung ist erstrebenswert, aber eine Fokussierung auf eine deutsche Ivy-League oder ein „deutsches Harvard“ erscheint weder realistisch noch sinnvoll. Die **EXZELLENZINITIATIVE VON BUND UND LÄNDERN** hat zur Stärkung der Spitzenforschung in Deutschland beigetragen. Sie ist jedoch kein Ersatz für die notwendige Verbesserung der Grundausrüstung deutscher Universitäten und eine Modernisierung ihrer institutionellen Rahmenbedingungen.

Weltweit konkurrieren Universitäten immer intensiver um die besten Köpfe, um im Wettbewerb um die besten Forschungsleistungen zu bestehen. Natürlich haben die forschungstärksten Universitäten hierbei einen Vorteil, der nur schwer aufzuholen ist. Aber ist eigene Spitzenforschung überhaupt notwendig? Wäre es nicht einfacher und effizienter, die Grundlagenforschung anderen zu überlassen und sich darauf zu konzentrieren, deren Ergebnisse, die ja ohnehin publiziert werden, mittels exzellenter angewandter Forschung in marktfähige Produkte umzusetzen? Dies klingt zunächst nach einer durchaus verlockenden Strategie, die aber für eine innovationsbasierte Volkswirtschaft wie die deutsche kaum aufgehen dürfte. Grundlagenforschung verschiebt beständig die Grenze des bekannten Wissens. Wer frühzeitig neuartiges Wissen und dessen praktisches Potenzial erkennt und es schafft, dieses für die Entwicklung von innovativen Gütern und Dienstleistungen zu nutzen, hat bessere Chancen im internationalen Wettbewerb.

Spitzenforschung zeichnet sich gerade dadurch aus, dass sie radikal neuartige Erkenntnisse gewinnt. Wer selbst keine ausreichende Forschungserfahrung besitzt, dem wird es allerdings schwerfallen, die Bedeutung neuartiger Forschungsergebnisse vollständig zu erfassen, den Weg ihrer Gewinnung nachzuvollziehen und sie produktiv weiterzuentwickeln. Es dürfte daher kaum gelingen, allein durch angewandte Forschung und ohne eigene Grundlagenforschung auf hohem Niveau von den weltweit generierten Ergebnissen der Spitzenforschung zu profitieren. Auch wenn deutsche Universitäten nicht in der Lage sind, die Spitzenpositionen internationaler Forschungsrankings zu stürmen, darf man dennoch davon ausgehen, dass sich Investition in Spitzenforschung lohnt: als Investition in die absorptive Kapazität und die Innovationsfähigkeit des Standortes.

Wie sollten sich deutsche Universitäten im internationalen Wettbewerb positionieren, um in ausreichendem Maße neues Wissen als Ressource für den Innovationsprozess bereitzustellen zu können? Ein zentrales Element der Antwort besteht in der Intensivierung internationaler Kooperationen, beispielsweise mit den USA. Auch in solche Kooperationen muss man aber zunächst investieren, insbesondere muss man den Kooperationspartnern etwas anzubieten haben. Hierbei geht es gar nicht so sehr um umfangreiche Projektmittel. Vielmehr geht es um das Bereitstellen zeitgemäßer Forschungsinfrastruktur und der zugehörigen Rahmenbedingungen. Bürokratischer Aufwand, starre Regeln und angestaubte Organisationsstrukturen wirken abschreckend auf internationale Partner und erschweren wissenschaftliches Arbeiten. Vor allem aber fällt der Austausch von Forschungspersonal meist recht einseitig aus, da die Karriereoptionen in Deutschland eher überschaubar und wenig flexibel sind. Strukturelle Reformen in diesen Bereichen würden mehr für die Zukunft des Forschungs- und Wissenschaftsstandortes tun als großzügige Investitionen in einzelne Forschungsprojekte.

An der Spitze internationaler Forschungsrankings finden sich überwiegend amerikanische Universitäten. Sie generieren nicht nur qualitativ den meisten Output, sondern attrahieren auch den meisten Input: Sowohl in Form von Forschungsgeldern als auch in Form akademischen Talents. Der Rückstand selbst der besten deutschen Universitäten in dieser Hinsicht ist beträchtlich. Selbst wenn es gelänge, private Investoren wie in den USA in sehr viel stärkerem Maße in die Investition universitärer Forschung einzubinden, ist es schlichtweg unrealistisch, auch nur eine einzige deutsche Universität mit nur annähernd denselben Ressourcen auszustatten, über die eine amerikanische Ivy-League-Universität verfügt. Natürlich greift ein Vergleich der deutschen und amerikanischen Spitzenuniversitäten

ohnehin zu kurz. Vergleiche man die durchschnittlichen Universitäten, sähe das Bild ganz anders aus. Das amerikanische Hochschulsystem zeichnet sich hinsichtlich der Forschungs- und Lehrqualität durch eine sehr viel höhere Varianz als das deutsche Hochschulsystem aus. Während in Deutschland an nahezu allen Universitäten nach wie vor viel Wert auf die Einheit von Forschung und Lehre gelegt wird, findet sich diese in den USA nur an den besseren Hochschulen. Anders als im deutschen Hochschulsystem kann von einer Vergleichbarkeit der amerikanischen Uni-Abschlüsse kaum gesprochen werden. Die Unterschiede in den Bildungssystemen spiegeln unterschiedliche föderale Traditionen wider, aber auch unterschiedliche Kulturen im Umgang mit Ungleichheit und Chancengerechtigkeit, so dass eine Konzentration auf diejenigen Universitäten am „oberen“ Ende der Verteilung leicht zu Fehlurteilen verleitet. Offenbar gibt es einen Trade-off zwischen der Forschungsstärke der besten Universität und der Forschungsstärke der durchschnittlichen Universität. Es ist daher schwer vorstellbar, ein „deutsches Harvard“ ohne substanzuelle Systemanpassungen und ohne gravierende Kosten für die anderen deutschen Universitäten aufzubauen.

Mit der Exzellenzinitiative haben Bund und Länder ein Förderinstrument geschaffen, das darauf abzielt, universitäre Spitzenforschung am Standort Deutschland zu fördern und eine bessere Berufsbildung deutscher Hochschulen zu ermöglichen. Es spricht vieles dafür, dass die Exzellenzinitiative an den richtigen Hebeln ansetzt, denn jüngere Forschungsergebnisse deuten darauf hin, dass eine effektive Förderung von Spitzenforschung am besten funktioniert, wenn Universitäten über Freiheitsgrade in der Ressourcenplanung verfügen und wettbewerbliche Anreize vorhanden sind (Aghion et al., 2009). Der Beschluss der Bundesregierung und der Regierungen der Länder, die Exzellenzinitiative zu reformieren und als „Exzellenzstrategie“ nunmehr unbefristet fortzuführen, ist daher zu begrüßen, auch wenn man sich in einigen Detailfragen der Reform andere Lösungen als die jetzt beschlossenen hätte vorstellen können (Bickenbach et al., 2016). Allerdings kann die Exzellenzstrategie kein Ersatz für die notwendige Verbesserung der Grundausrüstung der Universitäten und für eine Modernisierung der institutionellen Rahmenbedingungen an deutschen Universitäten sein.

(Eine ausführlichere Version dieses Beitrags ist unter dem Titel „Wo zu Spitzenforschung?“ am 14.11.2016 bei der Ökonomenstimme (www.oekonomenstimme.org) erschienen.)

AUTOREN



Dr. Dirk Christian Dohse
dirk.dohse@ifw-kiel.de

Expertise

- Entstehung und Ausbreitung von Wissen
- Globalisierung von Forschung und Entwicklung
- Innovations- und Wachstumspolitik



Frank Bickenbach
frank.bickenbach@ifw-kiel.de

Expertise

- Räumlicher und sektoraler Strukturwandel
- Europäische Integration
- Innovation und Hochschulbildung in China
- Institutioneller Wandel in China



Dr. Robert Gold
robert.gold@ifw-kiel.de

Expertise

- Entrepreneurship, Innovation und regionale Entwicklung
- Politische Ökonomie der Globalisierung und des technologischen Wandels



Dr. Wan-Hsin Liu
wan-hsin.liu@ifw-kiel.de

Expertise

- Innovation, Technologie- und Wissenstransfer
- Innovation und Hochschulbildung in China
- Institutioneller Wandel in China
- Innovationspolitik

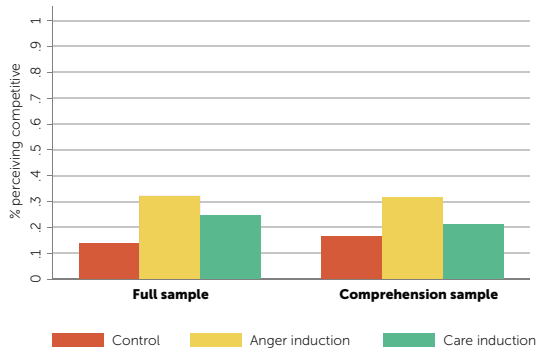
WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Aghion, Philippe, Mathias Dewatripont, Caroline M. Hoxby, Andreu Mas-Colell und André Sapir (2009). The Governance and Performance of Research Universities: Evidence from Europe and the U.S. NBER Working Paper 14851. Boston, MA.
- Bickenbach, Frank, Dirk Dohse, Robert Gold und Wan-Hsin Liu (2016). Wirtschaftliche Bedeutung universitärer Spitzenforschung. Herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung. Sankt Augustin/Berlin.

ENTSCHEIDUNG AUS DEM KONTEXT: WIE MOTIVE UNSERE HANDLUNGEN BESTIMMEN

Haben Sie gerade einer Freundin oder einem Freund geholfen, sein kürzlich verstorbene Haustier zu begraben – oder hingen Sie gerade gefühllos stundenlang in der Warteschleife einer Telefonhotline fest, um am Ende mit einem unfreundlichen Mitarbeiter zu sprechen, der Ihnen keine Lösung Ihres Problems anbieten konnte? Beides kann ganz **ENTSCHEIDENDE AUSWIRKUNGEN** darauf haben, welche finanziellen Entscheidungen Sie für sich selbst und auch für andere treffen, wie eine aktuelle IfW-Studie zeigt.

Anteil der Probanden, die das Öffentliche-Güter-Spiel als rein kompetitives Spiel sehen



Die beiden oben beschriebenen Situationen stehen beispielhaft für zwei ganz gegensätzliche Zustände, in denen sich Menschen befinden können: Die sogenannte Fürsorgemotivation am einen Ende der Skala und entsprechend die Wutmotivation am anderen Ende. In einem Laborexperiment haben wir untersucht, wie sich die unterschiedlichen Motivationen auf die Bereitschaft auswirken, finanziell etwas zu einem öffentlichen Gut beizutragen. Jeweils eines der beiden Motive wurde durch eine autobiographische Erinnerungsprozedur induziert. Bei dieser Prozedur greifen die Teilnehmer im Rahmen unserer Studie auf persönliche Erinnerungen zurück, in denen sie Mitgefühl für eine andere Person empfunden und einer anderen Person geholfen haben (Fürsorgemotivation), oder an Erinnerungen, in denen sie frustriert waren und beschimpft oder beleidigt worden sind (Wutmotivation).

Die Entscheidungen im Öffentliche-Güter-Spiel dieser beiden Gruppen wurden mit denen einer Kontrollgruppe verglichen, welche sich an ihren gestrigen Tagesablauf beziehungsweise an den Ablauf eines typischen Tages in ihrem Leben erinnern sollte. Alle Teilnehmer der Studie schrieben ihre persönlichen Erinnerungen in einem kurzen Aufsatz nieder. Direkt nach dieser Motivinduktions-Prozedur trafen die Studienteilnehmer dann Entscheidungen in einem neutral gehaltenen Öffentliche-Güter-Spiel. Bei diesem Spiel mussten sich Teilnehmer zunächst in Zweiergruppen entscheiden, wie viel Geld sie jeweils zu einem öffentlichen Gut dazugeben wollten.

Hier zeigte sich ganz deutlich, dass fürsorgemotivierte Teilnehmer bereit sind, signifikant mehr für das öffentliche Gut zu zahlen als wutmotivierte Teilnehmer. Dies gilt insbesondere für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die die monetären Anreize des gesamten experimentellen Spiels vollständig verstanden haben. Dies wurde durch einige Rechen- und Verständnisfragen überprüft. Gut die Hälfte aller Probanden zeigte ein vollständiges Verständnis für die monetären und strategischen Anreize des Spiels. Dabei unterschieden sich die Verständnisniveaus der jeweiligen Treatments nicht signifikant voneinander. Der kausale Effekt unterschiedlicher Motive auf Entscheidungen, Einschätzungen und Wahrnehmungen ist für jene Teilnehmer am klarsten zu analysieren, welche die Form des Spiels vollständig verstanden haben. Aus diesem Grund zeigen wir die Ergebnisse der Studie sowohl für unsere gesamte Stichprobe wie auch für die „Verständnisthprobe“ (siehe Abbildungen).

Motive bestimmen jedoch nicht nur die Handlungsziele und somit das Verhalten der Teilnehmer, sondern auch deren Einschätzungen über andere Teilnehmer sowie Wahrnehmungen des Spiels. Daher wurden neben den reinen Investitionsentscheidungen in das öffentliche Gut noch weitere motivationspezifische Daten erhoben. Es wurde beispielsweise festgehalten, ob die Teilnehmer – je nach Motivinduktion –

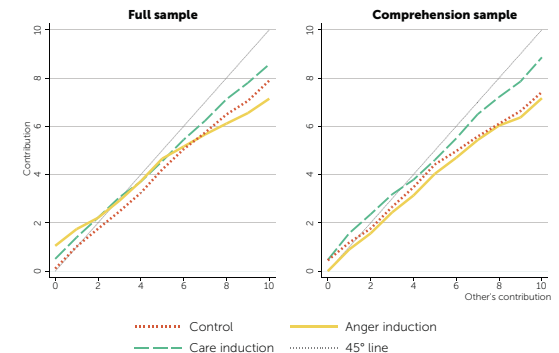
eher der Meinung waren, es geht in dem Spiel darum, zusammenzuarbeiten oder mehr Geld zu verdienen als das jeweils andere Gruppenmitglied. Es zeigt sich, dass Wutmotivation in engem Zusammenhang mit einer konkurrenzbetonen Wahrnehmung im Öffentliche-Güter-Spiel steht. Abbildung 1 zeigt die relativen Anteile der Teilnehmer in jedem Treatment, welche angeben, dass sie das Spiel als rein kompetitives Wettbewerbspiel auffassen (im Gegensatz zu einem kooperativen reinen Koordinationsspiel). Teilnehmer im Wut-Treatment sehen das Spiel am häufigsten als nicht-kooperatives Spiel an, bei dem es vorrangig um Wettbewerb mit dem anderen Spieler in der Gruppe geht, obwohl das Spiel für alle Teilnehmer immer gleich und neutral beschrieben wurde.

Eine weitere Teilaufgabe bestand für die Probanden darin anzugeben, wie viel sie geben würden, wenn sie wüssten, wie viel das andere Gruppenmitglied gegeben hat (bedingte Aufwandsentscheidungen). Dabei gibt man für jede Aktion, die das andere Gruppenmitglied gemacht haben könnte, an, was man für diesen Fall zum öffentlichen Gut dazugeben will.

Einen signifikanten Unterschied je nach induzierter Motivation gibt es bei den Präferenzen der Teilnehmer, welche durch diese bedingte Aufwandsentscheidungen dargestellt werden. Das Fürsorge-Treatment eindeutig zu stärker prosozial ausgeprägten Präferenzen. Abbildung 2 zeigt, dass fürsorgemotivierte Teilnehmer für einen gegebenen Beitrag des anderen Gruppenmitglieds bereit sind, am meisten zum öffentlichen Gut beizutragen.

Zusammenfassend weisen unsere Ergebnisse in die Richtung, dass die Bereitschaft zur Kooperation im Sinne des öffentlichen Interesses maßgeblich davon abhängt, in welchem motivationalen Zustand sich Entscheiderinnen und Entscheider gerade befinden. Dieser motivationale Zustand hängt wiederum stark von dem jeweiligen Kontext ab, in dem sich ein Individuum gerade befindet. Eine Tatsache, die beispielsweise beim Design von Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik bedacht werden sollte. Politikmaßnahmen sowie deren Aufnahme in der Gesellschaft schaffen einen Kontext, auf den die Bürgerinnen und Bürger mit unterschiedlichen Motivationen und Handlungen reagieren. Dies kann einerseits Leistungsmotivation sein, andererseits können es jedoch auch Motive sein, die von Wut und Furcht getrieben sind.

Bedingte Aufwandsentscheidungen



AUTOREN



Simon Bartke
simon.bartke@ifw-kiel.de

Expertise

- Verhaltensökonomie
- Experimentelle Ökonomie



Dr. Steven Bosworth, Ph.D.
steven.bosworth@ifw-kiel.de

Expertise

- Verhaltensökonomische Theorie
- Kontextabhängige Präferenzen
- Öffentliche Güter



Prof. Dennis J. Snower, Ph.D.
dennis.snower@ifw-kiel.de

Expertise

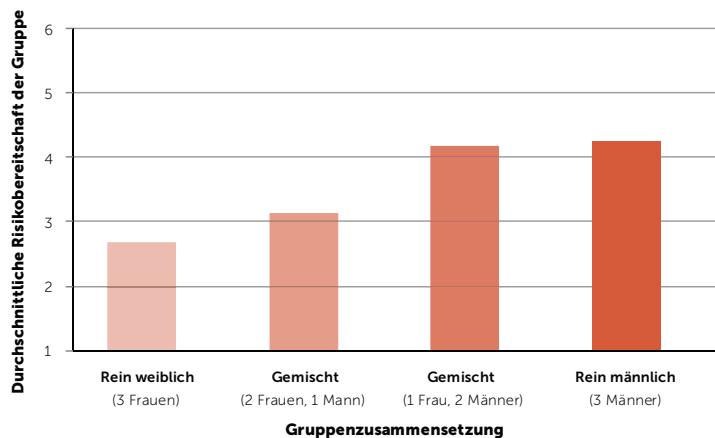
- Internationale Wirtschaftspolitik
- Geld- und Fiskalpolitik
- Arbeitsmarktpolitik
- Reform des Wohlfahrtsstaates
- Motivations- und Identitätsökonomik

Quelle: Petersmann und Weitzel, im Erscheinen

BESSERE ENTSCHEIDUNGEN DURCH DIVERSITÄT – DAS RISKY-SHIFT PHÄNOMEN

Der Anteil von Frauen in Spitzenpositionen in Deutschland, beispielsweise in Aufsichtsräten, ist nach wie vor gering. Die 2016 eingeführte Geschlechterquote soll dies ändern. Welche Auswirkungen das auf die Entscheidungen solcher Gremien hat, untersucht eine aktuelle IfW-Studie. Wir zeigen, dass Gruppen, die stark von einem Geschlecht dominiert werden, dazu neigen, verzerrte Entscheidungen zu treffen, etwa weil eine **MÄNNERDOMINIERTE GRUPPE** zu einer höheren Risikoübernahme neigt als aus individueller Sicht optimal wäre. Eine durchmischte Besetzung von Spitzenpositionen mit Männern und Frauen könnte solche ungewollten Verzerrungen reduzieren und die Entscheidungsqualität verbessern.

Risikobereitschaft der Gruppen steigt mit der Anzahl männlicher Gruppenmitglieder



Viele wirtschaftlich und politisch relevanten Entscheidungen werden von Gruppen getroffen, beispielsweise in Vorständen oder Aufsichtsräten, aber auch in Parlamenten oder anderen politischen Gremien. Die überwältigende Mehrheit dieser Entscheidungsorgane wird von Männern dominiert, eine Tatsache, die seit Jahren kritisch in der Öffentlichkeit diskutiert wird. Um die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Führungspositionen zu stärken, gilt in Deutschland seit Anfang 2016 eine feste Geschlechterquote von 30 Pro-

zent für neu zu besetzende Aufsichtsratsposten in börsennotierten und voll mitbestimmten Unternehmen. Seitdem ist der Anteil weiblicher Aufsichtsratsmitglieder in Deutschland leicht gestiegen und liegt derzeit bei 27,2 Prozent (Stand: 28.08.2016 laut Bundesanzeiger und „Frauen in die Aufsichtsräte“, FidAR e.V.). Neben mehr Gleichberechtigung von Frauen und Männern im Berufsleben, erhofft sich zum Beispiel Bundesministerin Manuela Schwesig einen Kulturwandel in Unternehmen. Wie genau dieser Kulturwandel aussehen könnte, bleibt allerdings offen.

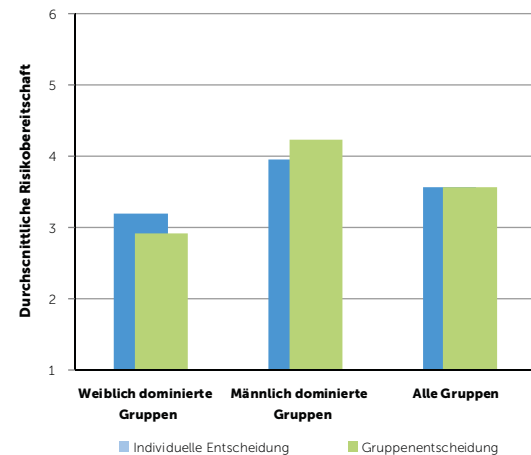
Die verhaltensökonomische Forschung beschäftigt sich mit dem Entscheidungsverhalten von Agenten und Institutionen und hat unter anderem gezeigt, dass das Entscheidungsverhalten von Individuen maßgeblich von persönlichen Merkmalen wie Geschlecht oder Alter und vom Entscheidungskontext beeinflusst wird. Der unterschiedliche soziale Kontext kann dazu führen, dass Gruppenentscheidungen substanzial von Individualentscheidungen abweichen. Insbesondere die geschlechtsspezifischen Unterschiede im individuellen Risikoverhalten wurden intensiv diskutiert, mit der vorherrschenden Feststellung, dass Frauen im Mittel weniger riskante Entscheidungen treffen

als Männer. Im Gegensatz zu Entscheidungen auf individueller Ebene gibt es relativ wenige Erkenntnisse zu Entscheidungen auf Gruppenebene, etwa ob die Risikobereitschaft einer Gruppe systematisch von deren Geschlechterzusammensetzung beeinflusst wird.

Um mögliche Auswirkungen der Gruppenzusammensetzung auf die Risikobereitschaft zu untersuchen, wurden Probanden in Gruppen à drei Personen eingeteilt. Diese Gruppen mussten dann zuerst als Gruppe und anschließend individuell zwischen sechs möglichen Lotterien entscheiden, wobei die Lotterien so nummeriert waren, dass eine höhere gewählte Zahl eine höhere Risikobereitschaft repräsentierte. Die Geschlechterzusammensetzung variierte dabei, so dass es reine Frauen- und reine Männergruppen sowie gemischte Gruppen (zwei Frauen und ein Mann bzw. eine Frau und zwei Männer) gab. Unsere Ergebnisse zeigen, dass die Geschlechterzusammensetzung von Gruppen eine systematische Auswirkung auf deren Wahlverhalten zwischen riskanten Optionen hat. Auf individueller Ebene sehen wir, dass Männer im Mittel riskantere Optionen als Frauen wählen. Dies spiegelt sich auch in den Gruppenentscheidungen wider, je geringer der Anteil der weiblichen Gruppenmitglieder desto höher die Risikobereitschaft.

Betrachtet man nun den Unterschied der Risikobereitschaft zwischen Individual- und Gruppenentscheidungen, entsteht ein interessantes Muster. Während im Mittel Individuen und Gruppen gleich riskante Entscheidungen treffen, ergibt sich eine klare Verzerrung zwischen Individual- und Gruppenentscheidungen, wenn der Gruppenzusammensetzung Rechnung getragen wird. Gruppen, die von Männern dominiert werden, fällen risikoreichere Entscheidungen als dies die Gruppenmitglieder individuell tun würden. Das heißt, der Gruppenkontext führt zu einer höheren Risikoübernahme als aus individueller Sicht optimal wäre. Das Gegenteil gilt für weiblich dominierte Gruppen; hier weist die Gruppe eine geringere Risikobereitschaft auf als die durchschnittlichen Individualentscheidungen. Für ein verändertes Entscheidungsverhalten in der Gruppe gibt es keine rationale Erklärung, denn weder die Wahrscheinlichkeiten noch die möglichen Auszahlungen ändern sich. Eine mögliche Erklärung hierfür könnte sein, dass Risikobereitschaft als eine Art kulturelle Norm für Männer angesehen wird und sich ihre Entscheidung in der Gruppe in Richtung höherer Risikoübernahme verschiebt, während das Gegenteil für Frauen gilt.

Unterschiede in der Risikobereitschaft bei Entscheidungen in der Gruppe oder als Individuum



In der Praxis könnte dies bedeuten, dass Entscheidungsgremien, die stark von einem Geschlecht dominiert werden, verzerrte Entscheidungen treffen, etwa weil die Gruppe ein zu hohes (niedriges) Risiko eingeht. Eine diversere Besetzung von Spitzenpositionen könnte solche ungewollten Verzerrungen reduzieren. Kommt es also durch die Quotenregelung tatsächlich zu einem höheren Frauenanteil in Entscheidungsgremien, könnte sich die neue Geschlechterzusammensetzung signifikant auf die Entscheidungsqualität auswirken.

AUTORIN



Katharina Lima de Miranda
katharina.miranda@ifw-kiel.de

Expertise

- Experimentelle Wirtschaftsforschung
- Verhaltensökonomik

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Lima de Miranda, Katharina, Lena Dettelfsen und Ulrich Schmidt (2016). The Risky Shift Phenomenon in Group Decisions: Does Gender Matter? Unveröffentlichtes Manuskript.

BEWERTUNG DER NACHHALTIGEN ENTWICKLUNG DES OZEANS IN DER EUROPÄISCHEN UNION

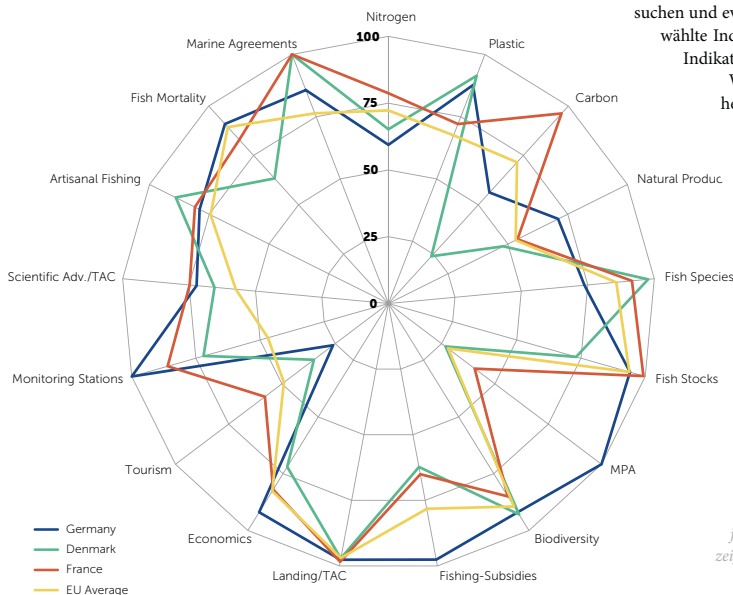
Am 25. September 2015 verabschiedeten die 193 Mitglieder der Generalversammlung der Vereinten Nationen die Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung. Diese Agenda umfasst 17 Ziele (die sogenannten Sustainable Development Goals (SDG)) mit insgesamt 169 Unterzielen. Mit spezifischen Indikatoren soll die **ZIELERREICHUNG ÜBERPRÜFT** werden. Rickels et al. (2016) analysieren im Detail die Indikatoren im Zusammenhang mit dem Ziel 14: „Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen“. Im Fokus stehen dabei die Küstenstaaten der EU.

Die Autoren zeigen, dass die Bewertung der nachhaltigen Entwicklung von der zusätzlichen Berücksichtigung zusammengesetzter Indikatoren profitieren kann. Abbildung 1 zeigt die normierten Werte für verschiedene Indikatoren für die Länder Dänemark, Deutschland und Frankreich sowie für den EU-Durchschnitt. Alle Indikatoren wurden so definiert, dass eine höhere Punktzahl eine bessere Leistung bedeutet. Eine hohe Punktzahl im Kohlenstoffindikator bedeutet also weniger

Kohlenstoffemission. So liefert die Abbildung auf den ersten Blick einen Eindruck der relativen Stärken und Schwächen der betroffenen Länder. Die Ergebnisse zeigen beispielsweise, dass Deutschland viel Potenzial für eine nachhaltigere Gestaltung des Seetourismus hat, und dass Frankreich hinsichtlich der Vermeidung von CO₂-Emissionen, insbesondere im Vergleich zu Dänemark, relativ gut abschneidet. Eine mögliche Erklärung für die geringen CO₂-Emissionen Frankreichs ist der hohe Anteil von kohlenstofffreier Energieerzeugung durch Atomkraft. Es ist also wichtig, die ursprünglichen Daten und die Länderergebnisse genau zu untersuchen und eventuell auch zu überprüfen, ob der gewählte Indikator angemessen ist oder ob weitere Indikatoren notwendig sind.

Werden jedoch mehrere Indikatoren herangezogen, um die Nachhaltigkeit der Ozeannutzung zu messen, erhöht sich auch die Komplexität einer solchen Analyse. Es ist schwierig zu beurteilen, ob am Ende beispielsweise Frankreich oder Deutschland bei der nachhaltigen Entwicklung der Ozeane erfolgreicher ist. Daher schlagen die Autoren die zusätzliche Einbeziehung

Vergleich von SDG 14-Scores für EU-Küstenstaaten mit unbegrenzten Substitutionsmöglichkeiten (schwache Nachhaltigkeitskriterien) und mit begrenzten Substitutionsmöglichkeiten (strenge Nachhaltigkeitskriterien). Der Datenpunkt ist die Mitte des jeweiligen Landesnamens; Fehlerbalken zeigen ± 1 Standardabweichung an.



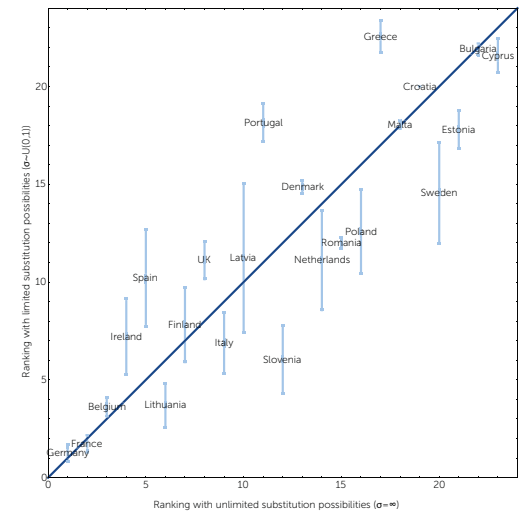
von zusammengesetzten Indikatoren vor, um eine direkte Beurteilung der gesamten ozeanischen nachhaltigen Entwicklung zu ermöglichen. Allerdings haben die verschiedenen Aspekte und Dimensionen für die nachhaltige Entwicklung, die in einem solchen Indikatorenset reflektiert werden müssen, nicht zwangsläufig die gleiche Substitutionselastizität. Ein Beispiel: Zwischen Arbeitsplätzen in der Fischerei und im Seetourismus bieten sich vermutlich deutlich bessere Substitutionsmöglichkeiten als zwischen Arbeitsplätzen und dem Grad der Biodiversität.

Angesichts dieser unterschiedlichen Substitutionspotenziale zwischen den verschiedenen Indikatoren kann die Messung der nachhaltigen Entwicklung durch die Konstruktion eines mehrschichtig zusammengesetzten Indikators verbessert werden. Das SDG-Rahmenwerk mit der Unterteilung in Ziele, Unterziele und dazugehörige Indikatoren liefert eine gute Vorlage für die Struktur eines solchen zusammengesetzten Indikators mit drei Ebenen: erstens eine Indikatorstufe, zweitens eine Zielstufe und drittens eine SDG-Ebene. Die Bewertung der zweiten und dritten Ebene erfolgt mittels zusammengesetzten Indikatoren.

Nach Dovren et al. (2014) gehen wir davon aus, dass die Substitutionsmöglichkeiten von der ersten zur dritten Ebene hin abnehmen. Auf der Indikatorebene gibt es demnach gute Substitutionsmöglichkeiten, auf der SDG-Ebene nur noch geringe. Dabei lässt insbesondere der Vergleich zwischen verschiedenen Substitutionsmöglichkeiten interessante Rückschlüsse für die Bewertung der nachhaltigen Entwicklung zu.

Abbildung 2 zeigt die Rangfolge der EU-Küstenstaaten für ein Konzept schwacher Nachhaltigkeit (hohe Substitutionselastizität) und für ein Konzept starker Nachhaltigkeit (niedrige Substitutionselastizität), einschließlich der ± 1 Standardabweichungsfelder. Hätte das Nachhaltigkeitskonzept keinen Einfluss auf das Ranking, würden alle Länder auf der 45°-Linie liegen – sie hätten unter beiden Konzepten die gleiche Platzierung. Abbildung 2 zeigt aber, dass die Länder unterhalb und oberhalb der 45°-Linie liegen. Länder, die unterhalb dieser Linie liegen, schneiden über alle Indikatoren hinweg vergleichsweise ausgewogen ab. Das bedeutet, dass diese Länder mit einem Konzept strenger Nachhaltigkeitskriterien, also mit begrenzten Substitutionsmöglichkeiten, ein besseres Ranking erzielen. Bei Ländern über der Linie verhält es sich umgekehrt. Diese Länder haben eine eher unausgewogene Performance bei den verschiedenen Indikatoren. Unter einem Konzept schwacher Nachhaltigkeit können sie „schlechte“ Ergebnisse bei einzelnen Indikatoren durch „gute“ Ergebnisse bei anderen Indikatoren ausgleichen und haben daher ein besseres Ranking als unter einem Konzept der starken Nachhaltigkeit, wo diese Kompensationsmöglichkeiten beschränkter sind.

Slovenien gewinnt unter einem Konzept strenger Nachhaltigkeitskriterien 6 Plätze, Portugal mit seiner



eher uneinheitlichen Leistung verliert dagegen 7 Plätze, jeweils verglichen mit dem Konzept schwacher Nachhaltigkeitskriterien, also hohen Substitutionsmöglichkeiten. Im Allgemeinen sind alle Länder jedoch recht nah an der 45°-Grenze, was darauf hindeutet, dass die meisten Länder eine eher ausgewogene Performance haben. Die Top-Platzierungen sind nicht vom Nachhaltigkeitskonzept beeinträchtigt, unter beiden Konzepten belegt Deutschland den ersten Platz.

AUTOR



Dr. Wilfried Rickels
wilfried.rickels@ifw-kiel.de

Expertise

- Climate Engineering (Klimasteuerung mit technischen Mitteln)
- Nachhaltige Bewirtschaftung der Meere
- Erneuerbare Energien

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Dovren, Jonas, Martin Quaas und Wilfried Rickels (2014). A Comprehensive Wealth Index for Cities in Germany. *Ecological Indicators* 41: 79–86.
- Rickels, Wilfried, Jonas Dovren, Julia Hoffmann, Martin Quaas, Jörn O. Schmidt, Martin Visbeck (2016). Indicators for Monitoring Sustainable Development Goals: An Application to Oceanic Development in the European Union. *Earth's Future*, doi: 10.1002/2016EF000353.

ERNÄHRUNGSSICHERHEIT VERSUS BIODIVERSITÄT – EINE ANALYSE MÖGLICHER ZIELKONFLIKTE

„Ernährung sichern“ und „Landökosysteme schützen“ – was erstmal nach zwei erstrebenswerten Zielen klingt und daher auch so in die 2030-Agenda für eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) aufgenommen wurde, birgt in der Umsetzung doch einiges an **KONFLIKTPOTENZIAL**. In einer aktuellen IfW-Analyse stellen die Autoren diese beiden Ziele gegeneinander und zeigen, dass die Auswirkungen je nach Weltregion sehr unterschiedlich ausfallen können.

Besteht überhaupt eine Chance, die sogenannten Ziele nachhaltiger Entwicklung – kurz SDGs – so umzusetzen, wie sie auf dem Papier formuliert wurden? Bei 17 Zielen mit ganz unterschiedlichen Schwerpunkten aus diversen Bereichen ist es nicht verwunderlich, dass Zielkonflikte auftreten. In einer Studie hat Ruth Delzeit (IfW), gemeinsam mit Florian Zabel (LMU München), Carsten Meyer (iDiv) und Tomáš Václavík (UFZ), analysiert, welche Konflikte zwischen den Zielen Ernährungssicherheit und biologischer Vielfalt existieren. Die Studie zeigt die gefährdeten Regionen, die große, bisher ungenutzte Potenziale für eine landwirtschaftliche Nutzung aufweisen und gleichzeitig eine hohe biologische Vielfalt beherbergen. Darüber hinaus zeigen die Ergebnisse aber auch, dass einige Regionen trotz großer landwirtschaftlicher Potenziale eine vergleichsweise geringe biologische Vielfalt aufweisen. Extensivierung könnte sich also auf diese Regionen konzentrieren, während andere Regionen geschont werden.

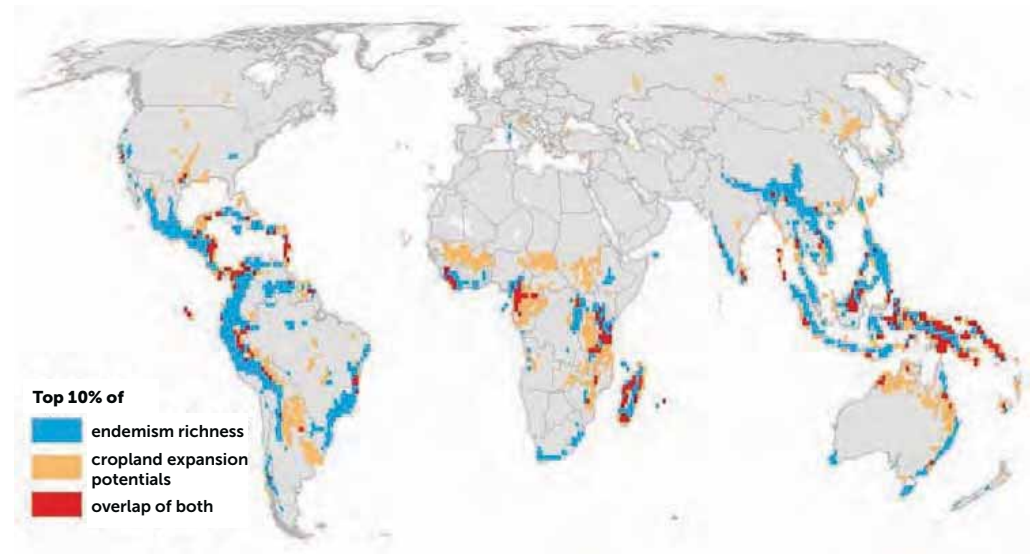
“ Extensivierung könnte sich auf bestimmte Regionen konzentrieren, während andere Regionen geschont werden.

Die Autoren beschreiben mögliche Zielkonflikte zwischen einer Ausweitung der Anbauflächen und einer Sicherung der Biodiversität. Auf der einen Seite hat eine Ausweitung der Landnutzung nicht nur zur Folge, dass sich die Ernährungssicherheit hinsichtlich

“ Es müssen Strategien entwickelt werden, um Regionen mit hoher biologischer Diversität zu schützen.

sinkender Preise und steigender Mengen in den Regionen selbst verbessert, auch importierende Länder wie Indien oder China profitieren davon. Auf der anderen Seite zeigen die Ergebnisse, dass viele Regionen mit hoher biologischer Diversität von einer Ausweitung betroffen sein könnten. Folgt man der Welternährungsorganisation (FAO), wird aus wirtschaftlicher Sicht in Südamerika (speziell in Argentinien, Bolivien und Uruguay) die größte Ausweitung der landwirtschaftlichen Anbauflächen erwartet. In diesen Regionen findet sich sowohl ein hohes Potenzial für landwirtschaftliche Nutzflächen als auch eine hohe biologische Diversität wieder. Dementsprechend ist der Wert der Erhaltung dieser Vielfalt hoch, steht aber einem hohen Rodungsdruck gegenüber. Ähnliche Schlussfolgerungen können für die Regionen in Australien, Brasilien und Afrika gezogen werden (siehe Abbildung).

Die Studie hebt hervor, dass zum Verständnis der möglichen Auswirkungen verschiedener Ernährungsstrategien in Schlüsselregionen weitere, detaillierte und kontext-spezifische Untersuchungen notwendig sind. Gleichfalls müssen Strategien entwickelt werden, um Regionen mit hoher biologischer Diversität zu schützen.



Die Karte zeigt, wo Flächen mit dem höchsten Artenreichtum bzw. mit dem höchsten Expansionspotenzial für die Landwirtschaft liegen (jeweils Top 10%). Die Schnittmenge beider Datensätze (rot) zeigt damit jene Regionen, wo hohe Biodiversität besonders durch eine Ausweitung der Landwirtschaftsfläche bedroht sein könnte.

Die Studie ist eines der ersten Beispiele, die die Problematik der Landnutzung von mehr als zwei Seiten betrachten. Sie berücksichtigt

- wirtschaftliche Parameter, die sich mehr auf die Ernährungssicherung konzentrieren als auf die reine Produktion,
- landwirtschaftliche Anbauflächen als komplexes sozial-ökologisches System,
- biophysische und sozio-ökonomische Faktoren, die räumlich differenziert betrachtet werden,
- eine Definition von Biodiversität, die Artenvielfalt mit Erhaltungswert der Region kombiniert.

AUTORIN



Dr. Ruth Delzeit
ruth.delzeit@ifw-kiel.de

Expertise

- Bioenergie und Landnutzung
- Globale Landnutzungsänderungen

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Delzeit, Ruth, Florian Zabel, Carsten Meyer, Tomáš Václavík (2016). Reg Environ Change. doi:10.1007/s10113-016-0927-1

GEWALT GEGEN FREMDE: BRANDANSCHLÄGE PROVOZIEREN DIE MEISTEN NACHAHMER

In den vergangenen zwei Jahren ist die Zahl fremdenfeindlicher Vorfälle in Deutschland stark gestiegen. Eine erste Auswertung detaillierter Daten zeigt, dass es **REGIONAL DEUTLICHE UNTERSCHIEDE** – je nach Straftat – gibt, dass die wahrgenommene Konkurrenz – beispielsweise auf dem Arbeitsmarkt – eine große Rolle spielt und dass die Gefahr von Nachahmern nach einer fremdenfeindlichen Straftat hoch ist.

Europa war in den vergangenen Jahren mit immer höheren Flüchtlingszahlen konfrontiert. Gleichzeitig sind nationalistische und fremdenfeindliche Parolen immer mehr in den Mittelpunkt des politischen Diskurses gerückt. Im Verfassungsschutzbericht des Jahres 2015 wird entsprechend vor einer zunehmenden Anschlussfähigkeit des Rechtsextremismus gewarnt.

Wie besorgniserregend die Lage ist, zeigt vor allem ein Blick in die Statistiken zu fremdenfeindlichen

Übergriffen: So verzeichnet der Verfassungsschutz eine Verfünffachung rechtsextremistisch motivierter Straftaten gegen Asylunterkünfte (in Zahlen: 170 Vorfälle im Jahr 2014 → 894 Vorfälle im Jahr 2015); ebenso bei Gewalttaten gegen Asylbewerberunterkünfte (25 → 153). Brandanschläge stiegen laut Statistik sogar um das 15-Fache an (5 → 75).

Da tieferegehende Forschung zu den Auslösern, Motiven und Trends dieser Straftaten detaillierte Informationen erfordert, die über den Gehalt der Statistiken von Polizei und Verfassungsschutz hinausgehen, greifen wir auf eine im Internet gepflegte Chronik zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen zurück, die im Rahmen eines gemeinsamen Projekts der Amadeu Antonio Stiftung und Pro Asyl seit Anfang des Jahres 2014 gepflegt wird. Hierfür haben wir zunächst alle online aufgelisteten Informationen gesammelt und bereinigt. Anschließend wurden alle Vorfälle geocodiert, also mit den jeweils entsprechenden Koordinaten des Orts versehen, an dem sie stattgefunden haben. Diese automatisiert bestimmten Koordinaten sind bis auf die kommunale Ebene genau, sodass damit in höchstem Maße disaggregierte Analysen möglich sind. Eine Verknüpfung mit Daten anderer Quellen ist über den amtlichen Gemeindegeschlüssel problemlos möglich. Insgesamt umfasst der Datensatz derzeit 4.036 Vorfälle aus dem Zeitraum zwischen dem 1. Januar 2014 und dem 31. Dezember 2016.

Die gesammelten Daten zeigen zunächst, wie stark ganz Deutschland von flüchtlingsfeindlichen Vorfällen betroffen ist. Da die Amadeu Antonio Stiftung und Pro Asyl in ihrer Chronik zwischen vier Kategorien von Vorfällen unterscheiden, ist auch der aufbereitete Datensatz in der Lage, ein differenziertes Bild zu zeichnen (Abbildung 1). So haben besonders sogenannte sonstige Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, zu denen beispielsweise fremdenfeindliche Graffiti oder zerstörte Fenster gehören, im gesamten Bundesgebiet stattgefunden. Flüchtlingsfeindliche Kundgebungen sind dagegen regional konzentriert und hatten neben

dem Ruhrgebiet vor allem in den neuen Bundesländern ihren Schwerpunkt. Ähnliche regionale Muster zeigen sich auch bei Brandanschlägen und tätlichen Übergriffen.

Das Gefälle zwischen alten und neuen Bundesländern in der Anzahl flüchtlingsfeindlicher Vorfälle zeigt sich deutlich, wenn man die unterschiedlich hohen Einwohnerzahlen mitberücksichtigt (Abbildung 2). Während es in Bremen im Betrachtungszeitraum pro Jahr und 100.000 Einwohner nur zu knapp 0,3 Vorfällen gekommen ist, liegt der Wert in Sachsen bei gut 5,5. Allgemein liegt die Zahl der Vorfälle je 100.000 Einwohner in den neuen Ländern 2,5 bis 20-mal höher als im Westen.

Da das Auftreten dieser fremdenfeindlichen Übergriffe in regionalen und zeitlichen Clustern wahrscheinlich nicht zufallsbedingt ist, ist eine tieferegehende Analyse der Daten erforderlich, um die darunterliegenden Prozesse besser zu verstehen. Mithilfe der Daten von Pro Asyl und der Amadeu Antonio Stiftung können wir zunächst zeigen, dass weder das durchschnittlich verfügbare Einkommen noch die regionale Arbeitslosenquote nennenswerte Einflussfaktoren auf die beobachteten Straftaten darstellen. Ein genereller sozioökonomischer Mangel kann flüchtlingsfeindliche Übergriffe somit nicht erklären. Dagegen unterstützen die Daten sowohl die sogenannte Wettbewerbs- als auch die Kontakthypothese. Nach der Wettbewerbshypothese hat ein solcher Mangel dann einen Effekt, wenn gleichzeitig ein steigender Wettbewerbsdruck (zum Beispiel auf dem Arbeitsmarkt) wahrgenommen wird. Die Kontakthypothese besagt, dass Menschen in Regionen mit einem höheren Anteil integrierter Ausländer an der Bevölkerung durchschnittlich weniger fremdenfeindlich sind. In Regionen mit vielen Flüchtlingen kommt es also bei gleichzeitig höherer Arbeitslosigkeit der Bevölkerung eher zu flüchtlingsfeindlichen Vorfällen.

Abbildung 2: Anzahl flüchtlingsfeindlicher Vorfälle nach Bundesland (pro Jahr und 100.000 Einwohner)

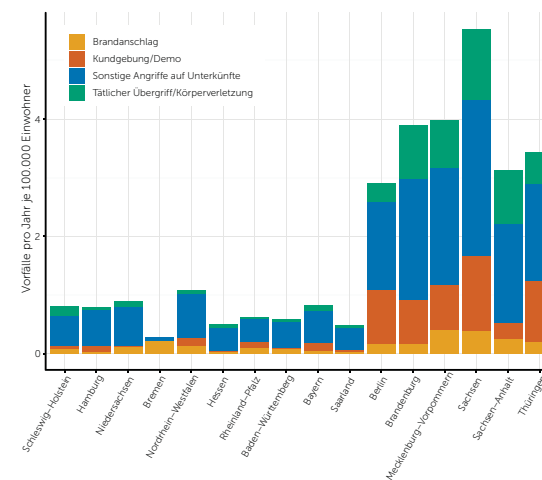
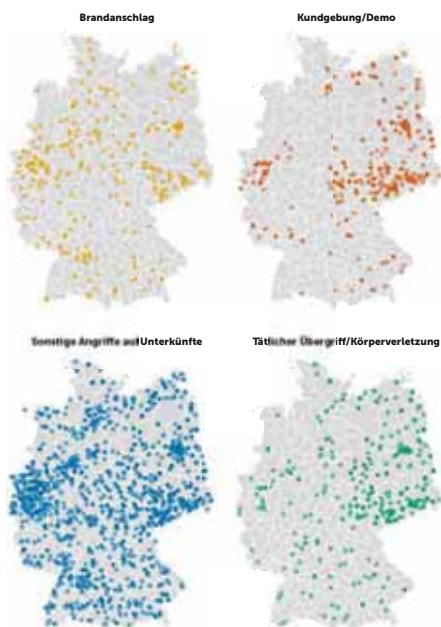


Abbildung 1: Geografie flüchtlingsfeindlicher Vorfälle 2014–2016 nach Vorfallsart



len. Ein bereits seit längerem hoher Ausländeranteil an der Bevölkerung mindert dieses Risiko jedoch.

Schließlich liegt es nahe anzunehmen, dass nicht nur regionale Gegebenheiten zu den beobachteten Vorfällen führen; nach der Logik einer wahrgenommenen Legitimität können auch vergangene Angriffe auf Flüchtlinge weitere Vorfälle begünstigen. Eine Analyse dieser regionalen und zeitlichen Diffusion zeigt, dass vor allem Brandanschläge Nachahmer provozieren und das Risiko weiterer flüchtlingsfeindlicher Vorfälle stark erhöhen.

AUTOR



David Benček
david.bencek@ifw-kiel.de

Expertise
· Schuldenragfähigkeit
· Institutioneller Wandel

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Bundesministerium des Innern (2016). Verfassungsschutzbericht 2015. Berlin.
- Benček, David und Julia Strasheim. „Refugees Welcome? A Dataset on Anti-Refugee Violence in Germany“. *Research & Politics*. Im Erscheinen.
- Benček, David, und Christian Martin (2016). „Explaining Hate Crimes Against Refugees in Germany: Contagion or Local Determinants?“. Unveröffentlichtes Manuskript.

WILLKOMMENSKULTUR LEBEN? AUF DEN CHARAKTER KOMMT ES AN!

Betrachten wir uns selbst als kosmopolitisch und offen für Neues oder eher als risikoscheu und ängstlich? Welchen Einfluss die Beantwortung dieser einfachen Frage auf unsere Einstellungen gegenüber Flüchtlingen und Asylsuchenden haben, zeigt eine aktuelle IfW-Studie und bietet dadurch neue Ansätze,

WIE INTEGRATION BESSER GELINGEN KANN.

Die soziale und wirtschaftliche Integration der vielen Flüchtlinge, die in den vergangenen Monaten nach Europa gekommen sind, ist zweifellos eine der aktuell größten Herausforderungen der Europäischen Union. Selbst wenn zahlreiche EU-Länder immer noch mit der Bereitstellung grundlegender Dienstleistungen wie der Unterbringung und der Gesundheitsfürsorge kämpfen, ragen die größeren Fragen, wie Flüchtlinge und Asylsuchende ihr Leben wieder aufbauen, ihren Platz in den Gastländern finden und produktiv an der Gesellschaft teilnehmen können, schon am Horizont auf.

Einerseits kann eine erfolgreiche Integration von Immigranten die kulturelle Vielfalt erhöhen, was sich für eine langfristige wirtschaftliche Entwicklung als vorteilhaft erwiesen hat. Auf der anderen Seite kann Mangel an Integration zu Unzufriedenheit, Segregation und potenziell gewalttätigem Extremismus führen – auf beiden Seiten.

//

Wenn man versteht, wie eine bestimmte innere Einstellung entsteht, und dieses Wissen zu nutzen weiß, kann die Integration einen Schritt voranmachen.

Ungeachtet der Bedeutung der politischen Entscheidungen in der EU und den nationalen Regierungen hängt die erfolgreiche Integration letztlich von der Bereitschaft der Bevölkerung in den Gastländern ab, mit ihren neuen Nachbarn Umgang zu pflegen und ihnen zu vertrauen. Es ist höchst interessant zu verstehen, welche Faktoren dazu beitragen, dass sich bei Menschen eine bestimmte Einstellung herausbildet. Was bestimmt die Einstellung gegenüber Immigranten? Was fördert Offenheit und was bewirkt eher Abschottung? Die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, Flüchtlinge zu akzeptieren und aktiv zu integrieren, hängt nicht nur von den eigenen Interessen des Einzelnen ab, wie etwa der Sorge um Arbeitsplätze. Empathie

und Sympathie spielen ebenfalls eine wichtige Rolle.

Um die Beziehung zwischen Charaktermerkmalen und der Bildung von Einstellungen gegenüber Flüchtlingen auf individueller Ebene zu untersuchen, haben die IfW-Wissenschaftler Tobias Stöhr und Philipp Wichardt ein Umfrageexperiment in zwei deutschen Städten, Kiel und Rostock, durchgeführt.

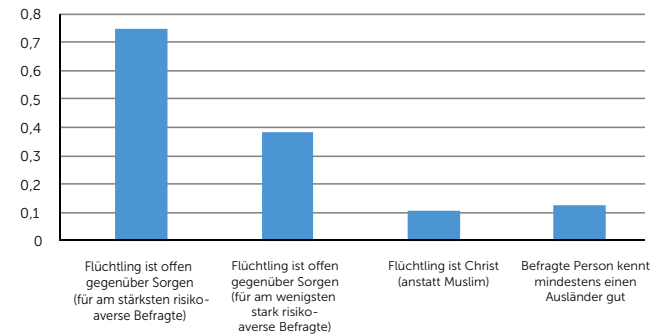
Den Befragten in Kiel und Rostock wurde das Bild eines fiktiven syrischen Flüchtlings gezeigt sowie nach dem Zufallsprinzip unterschiedliche Beschreibungen präsentiert. Daraufhin gaben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre Einschätzung des Flüchtlings und seiner individuellen sozioökonomischen Merkmale ab.

Sobald der Flüchtling so beschrieben wurde, dass ihm Bedenken in der deutschen Bevölkerung gegenüber dem starken Zustrom von Flüchtlingen – hinsichtlich des kulturellen Wandels, der damit verbundenen Kosten und der Angst vor potenziell steigender Kriminalität – bekannt sind und er offen für diese Bedenken ist, stieg der Anteil an Sympathie und Vertrauen deutlich an. Dies war insbesondere bei den risikoscheueren Befragten der Fall. Prinzipiell war diese Gruppe auch ängstlicher als andere.

Eine allgemein positive Einstellung gegenüber Flüchtlingen sowie Empathie für und Vertrauen in Flüchtlinge waren je nach beschriebener Situation unterschiedlich. Dennoch war die Bereitschaft, mit dem Flüchtling tatsächlich zu interagieren, kaum davon beeinflusst, ob der fiktive Flüchtling Verständnis für die Bedenken der Gastgeber zeigt. Die wichtigsten Einflussfaktoren auf die Befragten waren hier schon gemachte Erfahrungen, beispielsweise dass sie nicht-deutsche enge Freunde oder Familie hatten, sowie ihre Selbstwahrnehmung als gesellig und nicht besonders risikoscheu.

Damit, dass vorherige Kontakte zu Ausländern eine hohe Bedeutung haben, bestätigen die Daten einige langjährige Annahmen darüber, wie wichtig es ist, die Bedenken in der Gast-Bevölkerung zu thematisieren. Dass aber auch persönliche Präferenzen wie zum Beispiel das Risikoverhalten, die zum Teil in der Persönlichkeit verwurzelt sind, eine hohe Relevanz haben,

Geffittete Werte des Effekts auf die Sympathiewahrnehmung des Flüchtlings durch die Befragten



Die abhängige Variable ist zwischen 1 und 6 skaliert. Nur ausgewählte Koeffizienten werden hier berichtet. Vollständiges Modell kann dem Arbeitspapier entnommen werden.

hebt hervor, dass es zu einfach ist, die Wähler, die Angst vor Flüchtlingen haben, prinzipiell als intolerant gegenüber anderen zu betrachten. Die Studie legt nahe, dass eine Atmosphäre, in der Sorgen und Ängste ausgedrückt und anerkannt werden können, die Einstellung gegenüber Flüchtlingen verbessern kann. Das bedeutet nicht, dass man diesen Zweifeln nachgeben muss, aber es lohnt sich zu bedenken, dass zwischen einer geübten „Willkommenskultur“ und Fremdenfeindlichkeit viel Raum ist.

Wenn man versteht, wie eine bestimmte innere Einstellung entsteht, und dieses Wissen zu nutzen weiß, kann die Integration einen Schritt voranmachen – nicht nur, damit sich neue Einwohnerinnen und Einwohner zu Hause fühlen, sondern auch, damit sich ängstliche Bürgerinnen und Bürger nicht überwältigt fühlen.

AUTOREN



Dr. Tobias Stöhr
tobias.stoehr@ifw-kiel.de

Expertise

- Migrationsbewegungen und ihre Auswirkungen auf die Weltwirtschaft
- Effekte von Migration auf zurückbleibende Familienmitglieder
- Einstellungen gegenüber Flüchtlingen
- Devisenmarktinterventionen von Zentralbanken



Prof. Dr. Philipp C. Wichardt
philipp.wichardt@ifw-kiel.de

Expertise

- Bereitstellung öffentlicher Güter
- Psychologische Determinanten ökonomischer Entscheidungen
- Wissenschaftstheorie

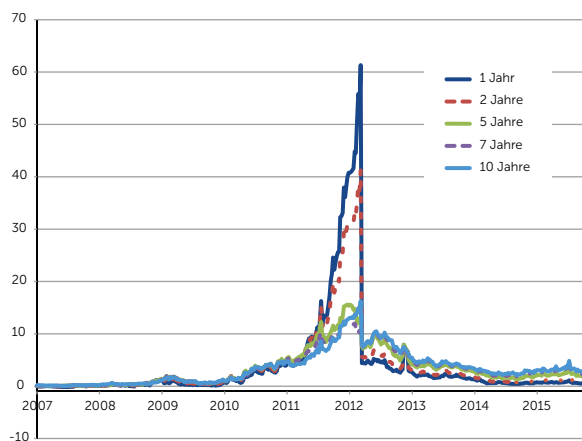
WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Stöhr, Tobias, und Philipp C. Wichardt (2016). Conflicting Identities: Cosmopolitan or Anxious? Appreciating Concerns of Host Country Population Improves Attitudes Towards Immigrants. Kieler Arbeitspapiere 2045. IfW, Kiel.
- Bansak, Kirk, Jens Hainmueller und Dominik Hangartner (2016). How Economic, Humanitarian, and Religious Concerns Shape European Attitudes toward Asylum-Seekers Science 354 (6309): 217–222. doi: 10.1126/science.aag2147.

STAATSANLEIHEN: WIE VIEL HAT DER BUND VON DER EUROPÄISCHEN FINANZKRISE PROFITIERT? WENIGER ALS BISHER GEDACHT

Motiviert durch die jüngsten politischen Debatten haben wir eine neue Methode erarbeitet, um die sogenannte „Flucht in Qualität“ unter europäischen Staatsanleihen zu messen. Es zeigt sich, dass die **FLUCHT IN QUALITÄT** seit dem Ausbruch der europäischen Krise nur einen kleinen, wenn auch robusten Anteil am Rückgang der Renditen deutscher Staatsanleihen ausmacht. Die Politik der EZB sowie das globale Niedrigzinsumfeld haben einen weit größeren Einfluss.

Renditen deutscher Staatsanleihen 2007–2015

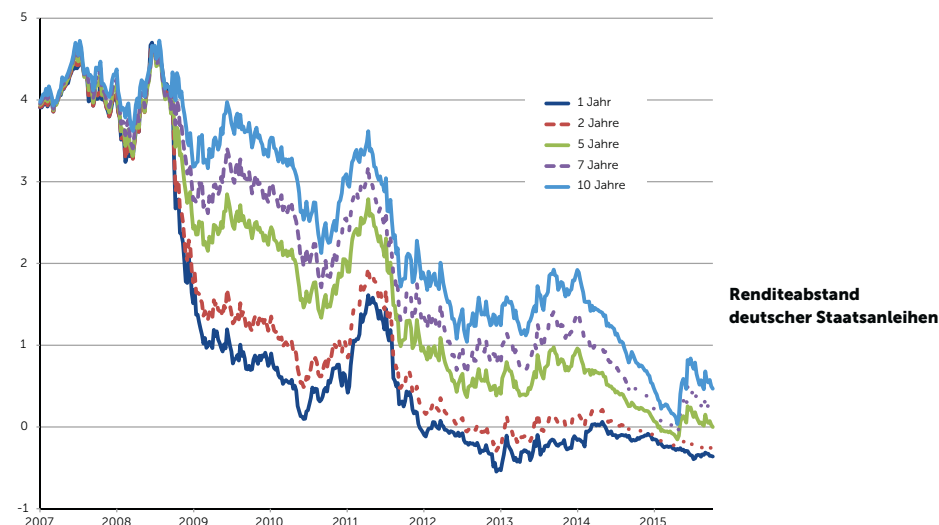


Seit Beginn der europäischen Finanzkrise sanken die Renditen auf Staatsanleihen in Deutschland und in weiten Teilen des Euroraums (Abbildung 1). Die kurzfristigen Anleiherenditen der deutschen Anleihen lagen sogar zeitweise unter null. In der gleichen Zeit hat in den Krisenländern (Spanien, Italien, Irland, Portugal und Griechenland) die Renditedifferenz zu deutschen Bundesanleihen deutlich zugelegt und ist anschließend, obwohl sie wieder nachgegeben hat, über ihrem ursprünglichen Niveau von 2007 geblieben.

Dieses Muster bei den Anleiherenditen hat einige Autoren dazu geführt (insbesondere Dany et al., 2015) zu argumentieren, dass Deutschland enorm von einer Flucht in die Qualität während der Krise profitiert hat.

Die seit 2007 gesunkenen Zinsen hatten im betrachteten Zeitraum bis zum Jahr 2015 direkte Auswirkungen auf die Zinszahlungen des Bundes in der Größenordnung von 91 Milliarden Euro. Die Argumentation, dass diese Ausgabensparnis alleine auf Flucht in Qualität zurückzuführen sei, basiert jedoch in einigen Arbeiten auf der Annahme, dass die Anleiherenditen auf ihrem 2007er Niveau hätten verbleiben müssen oder dass sie sich entsprechend nationaler makroökonomischer Größen bewegen sollen. Solche Annahmen lassen außer Acht, dass nicht nur die Zinsen auf Bundesanleihen, sondern das allgemeine Zinsniveau beträchtlich gesunken ist. Um den Effekt der Flucht in Qualität zu messen, bedarf es daher anderer identifizierender Annahmen, die letztlich den zu messenden Effekt von der allgemeinen Zinsentwicklung separieren können.

Vor diesem Hintergrund messen Boeing-Reicher und Boysen-Hogrefe (2016) die Flucht in Qualität auf drei verschiedene Arten. Allen voran mit Hilfe eines Faktormodells, in dem die Flucht in (oder weg von) Qualität als Faktor definiert wird, der dafür sorgt, dass sich die Anleiherenditen in Deutschland und die Anleiherenditen der Krisenländer in entgegengesetzte Richtungen bewegen. Die Ergebnisse unseres Modells zeigen, dass (1) unser Maß für die Flucht in Qualität ähnliche Ergebnisse liefert wie die Verwendung von Renditedifferenzen als Krisenindikator; (2) die Vorteile der Flucht in Qualität nicht nur in Deutschland deutlich sind, sondern sich auch auf die anderen Nicht-Krisenländer verteilen – mit Ausnahme vielleicht von Belgien; und (3) dass die Krise in den meisten Krisenländern von einer „Entkoppelung“ der dortigen Anleihemärkte von den Anleihemärkten der Nicht-Krisenländer begleitet wurde, also die Veränderungen der Renditen kaum noch mit den Veränderungen der Renditen im Kern des Euroraums korrelierten – wobei Irland nach einigen Jahren der Krise eine „Wiederan-kopplung“ erlebt hat.



Darüber hinaus können unsere Modellschätzungen verwendet werden, um hypothetische Werte für Renditen von deutschen Bundesanleihen darzustellen, die der Annahme unterliegen, dass die Krise nicht eingetreten wäre bzw. keine Flucht in Qualität stattgefunden hätte (wie in 1- und 10-Jahres-Renditen in Abbildung 2 gezeigt). Wenn wir die Berechnungen von Dany et al. (2015) mit diesen hypothetischen Werten wiederholen, finden wir direkte Auswirkungen auf die deutschen Zinszahlungen seit 2007 im Umfang von 26 Milliarden Euro. Diese Berechnungen implizieren, dass die Hauptursache für die niedrigen Renditen deutscher Bundesanleihen in den Aktionen der Europäischen Zentralbank und im globalen Niedrigzinsumfeld liegt und nicht in der Flucht in Qualität.

„Flucht in Qualität“ bezeichnet ein Finanzmarktphänomen, das auftritt, wenn die Anleger verkaufen, was sie als risikobehaftete Anlagen betrachten, und als sicher angesehene Anlagen wie bestimmte Staatsanleihen oder Gold kaufen. Dies gilt als Zeichen dafür, dass die Investoren weniger Risiko im Austausch für niedrigere Renditen suchen.

AUTOREN



Dr. Claire Boeing-Reicher
(bis 11/2016 am IfW tätig)

Expertise

- Geld- und Fiskalpolitik
- Arbeitsmarkt
- Empirische Markoökonomie



Dr. Jens Boysen-Hogrefe
jens.hogrefe@ifw-kiel.de

Expertise

- Konjunkturforschung
- Zeitreihenanalyse
- Öffentliche Finanzen

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Boeing-Reicher, Claire, und Jens Boysen-Hogrefe (2016). Estimating the Effects of the 'Flight to Quality', With an Application to German Bond Yields and Interest Payments During the Euro Crisis. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Dany, Geraldine, Reint Gropp und Gregor von Schweinitz (2015). Germany's Benefit from the Greek Crisis. *IWH Online* 7/2015.

PROTEKTIONISMUS – GROSSER SCHADEN IN KURZER ZEIT

Das Brexit-Votum in Großbritannien und der US-Wahlkampf mit seinen protektionistischen Parolen sind nur zwei prominente Beispiele für die zahlreichen Rufe vieler westlicher Länder nach einem **STOPP DER GLOBALISIERUNG**. Was viele dabei übersehen: Gerade in der kurzen Frist sind die Auswirkungen von protektionistischen Maßnahmen, wie beispielsweise Importzöllen, besonders negativ.

Die Gewinne der Globalisierung sind häufig sehr ungleich verteilt, und es lassen sich auch fast immer relativ eindeutig Globalisierungsverlierer identifizieren. Diese Tatsache dient auch zur Erklärung der immer lauter werdenden Rufe nach Protektionismus. Beispiele dafür finden sich unter anderem in kürzlichen Untersuchungen, die gezeigt haben, dass verstärkter Handel mit China zu Lohnneinbußen und Jobverlusten in import-konkurrierenden Sektoren führen (Autor et al., 2013; Lechthaler und Mileva, 2013).

Man kann also das Unbehagen mit der Globalisierung aufgrund der neueren Erkenntnisse zumindest teilweise erklären. Es stellt sich allerdings die Frage, ob die Einführung von Strafzöllen für Importe aus China oder andere protektionistische Maßnahmen wirklich geeignete Antworten auf dieses Unbehagen sind. Die traditionelle Handelsliteratur ist hier nur sehr bedingt hilfreich, da diese sich beinahe ausschließlich auf langfristige Entwicklungen konzentriert und die kurzfristige Anpassung außen vor lässt.

“

Es ist ein Fehlschluss davon auszugehen, dass das Anheben von Zöllen in der kurzen Frist positive Effekte verspricht.

Verwendet man diese traditionellen Modelle, kann man tatsächlich Argumente für Protektionismus finden. In diesen Modellen ist es zwar so, dass freier Handel für die Allgemeinheit optimal ist, dass ein einzelnes Land jedoch durchaus einen Anreiz hat, Zölle zu erheben. Dabei entsteht eine klassische Externalität: Das generierte Einkommen kommt nur einem Land zugute, während alle zusammen die Zeche bezahlen. Das Land, welches die Zölle erhebt, stellt sich also zulasten der anderen Länder besser. Dies funktioniert allerdings nur, solange die anderen Länder nicht ebenso ihre Zölle anheben.

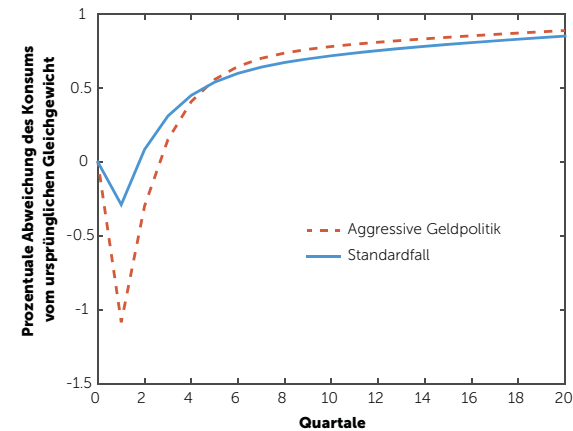
Anhand dieser traditionellen Modelle kann man also in gewissen Situationen durchaus Argumente für Protektionismus finden. Es ist jedoch zweifelhaft, dass Politiker, die sich gerade im Wahlkampf befinden, sich tatsächlich nur für das langfristige Gleichgewicht interessieren und nicht für die nächsten paar Jahre, in denen sich die Ökonomie an diese neue Situation anpasst. Unterstellt man Politikern hingegen, dass sie sich mehr für den Zustand der Ökonomie in den nächsten Jahren interessieren, sind die traditionellen Handelsmodelle zur Analyse gänzlich ungeeignet, da sie eben diese kurzfristige Anpassung ignorieren.

Um diesem Mangel Rechnung zu tragen, verwenden Larch und Lechthaler (2013) und Lechthaler (2016) ein dynamisches Modell, das dazu geeignet ist, auch die kurzfristige Anpassung an Zolländerungen zu analysieren. Es zeigt sich, dass die Entwicklungen in der kurzen Frist und der langen Frist dramatisch voneinander abweichen können. Während das Modell die langfristige Erhöhung des Konsums infolge einer einseitigen Erhöhung der Importzölle replizieren kann, sieht die Entwicklung in der kurzen Frist völlig konträr aus. Eine Erhöhung der Zölle führt nämlich in der kurzen Frist zu einer starken Reduktion des privaten Konsums (siehe Abbildung).

Hierfür gibt es zweierlei Gründe. Zum einen werden Importe durch die Importzölle direkt teurer. Da die Importe nicht unmittelbar durch heimisch produzierte Waren ersetzt werden können, verteuert sich der Konsum allgemein, wodurch die Nachfrage sinkt. Gleichzeitig müssen neue Produktionskapazitäten aufgebaut werden. Dies erhöht zwar die Produktionsmöglichkeiten in der langen Frist, läuft aber in der kurzen Frist auch wiederum zulasten des privaten Konsums.

Da Importzölle zumindest in der kurzen Frist zu höheren Konsumpreisen führen, generieren sie also Inflation. Dies impliziert wiederum eine Rolle für die Geldpolitik, die in bisherigen Untersuchungen ignoriert wurde, da die traditionellen statischen Handelsmodelle hierfür gänzlich ungeeignet sind. Es zeigt sich, dass eine Geldpolitik, die Abweichungen von ihrem

Veränderung des Konsums über die Zeit als Folge eines einseitigen Anstiegs von Importzöllen



Inflationsziel aggressiv bekämpft, dafür sorgt, dass die kurzfristige Reduktion im Konsum noch deutlicher ausfällt. Denn, um den Anstieg in der Inflation zu bekämpfen, erhöht die Zentralbank den Zins und reduziert dadurch Nachfrage und Produktion noch weiter. Dieser Zusammenhang wird ebenfalls durch die Abbildung verdeutlicht (siehe gestrichelte Linie).

Die Analyse zeigt also, dass es ein Fehlschluss ist davon auszugehen, dass das Anheben von Zöllen in der kurzen Frist positive Effekte verspricht. Im Gegenteil

sind dadurch erhöhte Inflation und reduzierter Konsum zu erwarten, insbesondere dann, wenn die Zentralbank hohen Wert auf stabile Preise legt, wie es in der Eurozone der Fall ist. Geeignete Maßnahmen um die nachteiligen Effekte von Globalisierung abzufedern, werden hingegen in Lechthaler und Mileva (2014) diskutiert. Sie kommen zu dem Schluss, dass gerade Investitionen in die Ausbildung von Arbeitern positive Effekte generieren, da sie sowohl die Produktion erhöhen, als auch die Ungleichheit verringern.

AUTOR



Wolfgang Lechthaler, Ph.D.
wolfgang.lechthaler@ifw-kiel.de

Expertise

- Geldtheorie und Geldpolitik
- Arbeitsmarktökonomik
- Außenhandelstheorie

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Autor David, David Dorn und Gordon Hanson (2013). The China Syndrome: Local Labor Market Effects of Import Competition in the United States. *American Economic Review* 103(6): 2221–2168.
- Larch, Mario, und Wolfgang Lechthaler (2013). Whom to Send to Doha? The Shortsighted Ones! *Review of Economic Dynamics* 16(4): 634–649.
- Lechthaler, Wolfgang (2016). Ben Bernanke in Doha: The Effect of Monetary Policy on Optimal Tariffs. *Kieler Arbeitspapiere* 2055. IfW, Kiel.
- Lechthaler, Wolfgang, und Mariya Mileva (2013). Trade Liberalization and Wage Inequality: New Insights from a Dynamic Trade Model with Heterogeneous Firms and Comparative Advantage. *Kieler Arbeitspapiere* 1886. IfW, Kiel.
- Lechthaler, Wolfgang, und Mariya Mileva (2014). Smoothing the Adjustment to Trade Liberalization. *Kieler Arbeitspapiere* 1948. IfW, Kiel.

BERATUNG

Zahlen, Fakten, Handlungsvorschläge – die Expertise des IfW ist national und international gefragt...



... Deutschlands Wirtschaft und Europas Dauerkrise: Hier lagen die Schwerpunkte der wirtschaftspolitischen Beratung des IfW. Besonders erfreulich: Nach kurzer Pause ist das IfW wieder für die Gemeinschaftsdiagnose der Bundesregierung tätig.

© IfW / Michael Steinhilber

DER FALL APPLE: EIN PAPIERTIGER KRIEGT ZÄHNE

Bisher war die Initiative der EU-Kommission, Steuererhebung multinationaler Unternehmen einheitlich und transparent zu gestalten, ein eher harmloser Papiertiger, schreibt Henning Klodt in seiner Analyse nach der **ENTSCHEIDUNG DER EU-KOMMISSION** gegen das Unternehmen Apple im August 2016. Mit der Entscheidung, die steuerlichen Vergünstigungen Irlands zugunsten von Apple neu zu bewerten, hat sich das schlagartig geändert.

Unzulässige Unternehmensbeihilfe – so lautete das Urteil von EU-Wettbewerbskommissarin Margarethe Vestager gegen die steuerlichen Vergünstigungen Irlands zugunsten des IT-Riesen Apple. Den Konzern verpflichtete sie zu einer Steuernachzahlung an den irischen Fiskus in Höhe von 13 Milliarden Euro. Hier zeigt sich, wie es aussehen kann, wenn die EU-Kommission, wie angekündigt, verstärkt gegen die Steuerpolitik mancher Mitgliedstaaten zugunsten internationaler Konzerne vorgeht. Weitere Prüfverfahren der Kommission, die inhaltlich ähnlich gelagert sind, betreffen die steuerliche Behandlung von McDonald's und von Amazon in Luxemburg. Daneben hat die Kommission zwei Verfahren eröffnet, in denen es um Steuervorbescheide (Tax Rulings) der Finanzbehörden in Luxemburg und den Niederlanden zur Anerkennung extrem verzerrter interner Verrechnungspreise der Unternehmen Fiat Finance & Trade und Starbucks geht.

Im Fall Apple wurde die Gewinnverlagerung erreicht, indem die irischen Tochtergesellschaften bis zum Jahr 2014 ihre Gewinne nahezu vollständig an einen steuerbefreiten Verwaltungssitz abführen konnten. Weitere bei multinationalen Unternehmen gebräuchliche Kanäle zur Steuervermeidung sind die Übertragung von Patenten und Markennamen an Tochtergesellschaften in Steueroasen, konzerninterne Kreditbeziehungen mit entsprechender Verlagerung von Zinseinnahmen und künstlich verzerrte Verrechnungspreise bei konzerninternen Lieferungen. Dabei liegen die Steueroasen keineswegs alle auf idyllischen fernen Inseln, sondern nicht zuletzt in Irland, Luxemburg, dem Vereinigten Königreich und den Niederlanden.

All diese Praktiken, die von Unternehmensberatern gern als aggressive Steuerplanung und von den Steueroasen als vorausschauende Standortpolitik tituliert werden, sind für die Finanzbehörden anderer Länder ein steter Quell des Ärgernisses und sorgen auf dem internationalen Parkett immer wieder für diplomatische Verstimmungen. Ein stilistischer Höhepunkt solcher Verstimmungen war die Erklärung des damaligen Bun-

desfinanzministers Peer Steinbrück vom März 2009, die Kavallerie zum Steuereintreiben in die Schweiz schicken zu wollen.

Um auch ohne Kavallerie zu einer Lösung des Problems zu kommen, brachten die Regierungen der G20 im Jahr 2012 eine Initiative auf den Weg, mit der erreicht werden soll, dass die anzuwendenden Verfahren in der Steuererhebung international möglichst einheitlich gestaltet werden. Die OECD wurde beauftragt, geeignete Maßnahmen zur Umsetzung dieser sogenannten BEPS-Initiative (Base Erosion and Profit Shifting) zu entwickeln. Doch trotz BEPS ist der Kampf gegen die Praktiken der aggressiven Steuerplanung bislang ein zahloser Papiertiger geblieben. Das hat sich zumindest innerhalb der EU schlagartig geändert. Die schlichte Anwendung des gemeinschaftlichen Beihilferechts besitzt eine weitaus höhere Durchschlagskraft als die gesamte BEPS-Initiative.

Das Vorgehen der Kommission ist im Fall Apple durchaus zu begrüßen, aber es gibt auch Gegenargumente:

- Das erste Argument lautet, die Steuerpolitik falle nicht in die Zuständigkeit der EU, so dass die Kommissionsentscheidung zu Apple rechtswidrig sei. Das ist falsch, denn hier geht es nicht um allgemeine Steuerpolitik, sondern um die Begünstigung einzelner Unternehmen. Es gibt keinen Zweifel, dass einzelnen Unternehmen gewährte Steuervergünstigungen den Tatbestand der Beihilfe nach Art. 107 bis 109 AEUV erfüllen. Die Kommission hat also eindeutig das Recht, derartige Steuervergünstigungen nach den Maßstäben der Beihilfenaufsicht zu prüfen. Und es erscheint als nachvollziehbare Interpretation des europäischen Rechtsrahmens, hier auf eine „Verfälschung des Wettbewerbs“ zu erkennen. Als Rechtsfolge ziehen unerlaubte Beihilfen in der EU vertragsgemäß eine Rückzahlungspflicht der begünstigten Unternehmen an ihren Fiskus nach sich.
- Das zweite Argument stellt auf die Rechtssicherheit als Standortfaktor ab. Wenn eine Regierung verbindliche Steuervorbescheide (Tax Rulings) für einzelne



Unternehmen erlässt, dann müssten sich diese Unternehmen bei ihren Investitionsplanungen auch darauf verlassen können. Wenn die EU-Kommission nach Jahren noch Steuernachzahlungen veranlassen könne, würde die Rechtssicherheit für internationale Investoren beeinträchtigt und die Attraktivität des Standorts Europa nähme Schaden.

Falls die jeweiligen nationalen Regierungen das letztere Argument tatsächlich für relevant halten, können sie auf einfache Weise Vorsorge treffen: Dass Steuervergünstigungen für einzelne Unternehmen den Tatbestand der Beihilfe erfüllen, ist für sie leicht zu erkennen. Um auszuschließen, dass ihnen die EU-Kommission nachträglich in die Parade fährt, haben sie die Möglichkeit, die Tax Rulings nach Art. 108 AEUV zu notifizieren. Dann hat die Kommission grundsätzlich zwei Monate Zeit, die Beihilfe zu beanstanden. Wenn sie diese Frist verstreichen lässt, gilt die Beihilfe als vereinbar mit dem Binnenmarkt und kann im Nachhinein nicht mehr beanstandet werden (grundsätzlich heißt in diesem Zusammenhang, dass die Kommission auch vertiefende Untersuchungen einleiten kann, für die sie dann mehr als zwei Monate Zeit hat). Die Mitgliedstaaten können also selbst für Rechtssicherheit sorgen. Dass sie das in aller Regel nicht wollen, weil ihre Tax Rulings eher das Licht der Öffentlichkeit scheuen, kann man wahrlich nicht der gemeinschaftlichen Wettbewerbspolitik anlasten.

Tatsächlich geht es für die Steueroasen darum, kleine Mehreinnahmen zu erzielen, die in anderen Län-

dern erhebliche Steuermindereinnahmen zur Folge haben. Mit marktwirtschaftlich erwünschtem Standortwettbewerb haben solche Praktiken nichts gemein.

AUTOR



Prof. Dr. Henning Klodt
henning.klodt@ifw-kiel.de

Expertise

- Ursachen und Auswirkungen der Globalisierung
- Strukturwandel und Arbeitsmarkt

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Klodt, Henning (2016). Apple im Visier der EU-Kommission. *Wirtschaftsdienst*, 96 (10): 704.
- Klodt, Henning (2016). Die Apple-Saga (4): EU-Beihilfenaufsicht als Bremsklotz im Standortwettbewerb? Blog-Beitrag in: *Wirtschaftliche Freiheit. Das ordnungspolitische Journal*. 1. Oktober.

IMMER NOCH IM KRISENMODUS? EIN BESUCH IN ATHEN

„Fortschritte bei den vereinbarten Reformen“, „Wendepunkt in der wirtschaftlichen Talfahrt“ – wenn man den „Institutionen“ zuhört, schien Griechenland ein Jahr nach dem im August 2015 vereinbarten dritten Rettungsprogramm auf dem richtigen Weg. Dennoch will **DER GRIECHISCHE SCHULDENBERG** einfach nicht schrumpfen, und die Reformen sind allenfalls teilweise auf den Weg gebracht. Nach wie vor fehlt eine Identifikation mit dem Prozess.

Glaubt man den aktuellen Prognosen der EU-Kommission, wird nach einer leichten Schrumpfung im vergangenen Jahr, Griechenland schon 2017 deutlich wachsen; im Folgejahr 2018 soll sich dieser Wachstumstrend sogar noch verstärken. Dieser Optimismus ist allerdings nicht neu: Seit dem Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise wurden diese positiven Erwartungen an die Zukunft immer wieder enttäuscht. Es blieb aber bei dem Muster, dass wenn nicht im nächsten, so doch im übernächsten Jahr die griechische Wirtschaft auf einen Wachstumskurs einschwenken würde. Warum? Die positiven Prognosewerte waren zwar nicht durch tatsächliche Reformfolge begründbar, aber sie wurden für Projektionen gebraucht, mit denen die Tragfähigkeit der griechischen Schulden gezeigt werden sollte. Die Botschaft lautete, dass in nicht allzu ferner Zukunft die Schuldentragfähigkeit durch ein „Herauswachsen“ Griechenlands aus den Schulden hergestellt werden könnte.

Die griechische Politik müsste sich mit dem Reformprozess identifizieren und diesen nicht länger als Ausdruck einer Fremdherrschaft begreifen. Ein wie auch immer gestalteter Schuldenschnitt erscheint unvermeidlich.

Im Herbst 2016 war mit der Freigabe von weiteren Hilfgeldern durch die Eurogruppe ausdrücklich die Hoffnung verbunden, dass die Umsetzung versprochener Reformen bereits 2017 das griechische Wachstum stimulieren würde. Wie realistisch ist das? Die Euroretter setzen darauf, dass die Implementierung von Schlüsselreformen in den Bereichen Alterssicherung, Bankenaufsicht, Energiewirtschaft und Finanzverwaltung sowie die lange verzögerte Errichtung eines un-

abhängigen Privatisierungs- und Investmentfonds dem griechischen Reformprozess zu der dringend benötigten Dynamik verhelfen werden. Denn die „Reformmeilensteine“ hinkten zum Jahrestag des Memorandums dem vereinbarten Zeitplan deutlich hinterher.

Dennoch sind Fortschritte auf einigen Reformbaustellen erkennbar: Im Rahmen der Privatisierung wurden Leuchtturmprojekte wie der Verkauf des Hafens von Piräus, die Konzession für den Betrieb von 14 Regionalflughäfen und der Verkauf des alten Athener Flughafens Elliniko endlich abgeschlossen. Fortschritte wurden auch bei Privatisierungsprojekten im Energiesektor und bei der Staatsbahn vermeldet. Allerdings wurde erneut deutlich, dass die im August-Memorandum von den Gläubigern vorgegebene Zielgröße von 50 Milliarden Euro bei den Privatisierungserlösen völlig unrealistisch und eher bei 15 Milliarden Euro anzusiedeln war – mit entsprechenden Konsequenzen für Staatsfinanzen und Schuldentragfähigkeit.

Auch die mittlerweile verabschiedeten Reformen bei Mehrwert-, Einkommen- und Grundsteuer bedeuten keineswegs, dass sich die Steuereinnahmen quasi über Nacht auf das gewünschte Niveau anheben lassen. Dazu bedarf es einer effektiven Steuerverwaltung und angemessener Anreize für Steuerflüchtlinge, woran es immer noch fehlt. Auf den Güter- und Dienstleistungsmärkten ist nach wie vor zu beobachten, dass Deregulierungsmaßnahmen aufgrund einer unzureichenden Umsetzung an Durchschlagskraft verlieren. Und die wirklich „dicken Bretter“, etwa bei den Reformen des Gesundheitswesens, der Altersvorsorge und der sozialen Absicherung, sind immer noch zu bohren – ganz zu schweigen vom Aufbau eines funktionstüchtigen Katasterwesens.

Diese Liste der Reformbaustellen ließe sich beliebig fortsetzen. Hinzu kommt, dass Griechenland immer noch ein tragfähiges Geschäftsmodell fehlt. Die immer wieder beschworene Stärkung des Exports kann sich nicht auf einen wieder florierenden Tourismussektor beschränken. Vielmehr müssten in- und ausländische

*Spuren der Proteste in Athen
am Grabmal des unbekanntesten Soldaten vor
dem griechischen Parlamentsgebäude*

Investoren Griechenland als einen attraktiven Produktionsstandort für hochwertige Industriegüter und Dienstleistungen entdecken, damit letztendlich wettbewerbsfähige Arbeitsplätze entstehen können. Doch davon ist Griechenland weit entfernt: Im Doing Business Ranking 2017 der Weltbank, das weltweit die Attraktivität von Investitionsstandorten misst, ist Griechenland im Gesamtranking sogar auf Platz 61 zurückgefallen – obwohl gerade durch die Reformen ein großer Sprung nach vorne erwartet wurde.

Im Mai 2016 hatte das Zentrum Wirtschaftspolitik die Gelegenheit, seine Einschätzungen zur griechischen Krise auf einer Diskussionsveranstaltung der Universität Athen vor einheimischem Publikum – Akademiker, Politiker und Medienvertreter – vorzustellen. Auf dem Podium waren zudem renommierte Experten des Brüsseler Thinktanks Bruegel, der Princeton University, der Universität di Bologna und der Goethe-Universität Frankfurt vertreten. Es herrschte schnell Einigkeit über die eigentlichen Ursachen des schleppenden Reformprozesses: Zum einen die völlige Überforderung der griechischen Staatsverwaltung bei der Durchführung komplexer Reformen und die bisher nur rudimentären Verwaltungs- und Justizreformen. Zum anderen die weit verbreiteten Ressentiments in Politik und Gesellschaft gegenüber den „Institutionen“ und den Gläubigerländern, die als Bedrohung für die Selbstbestimmung Griechenlands angesehen werden – eine Grundhaltung, die auch auf ausländische Investoren übertragen wird. Gleichzeitig gab es durchaus die Einsicht, dass es ohne Hilfe und Kapital von außen keinen Weg aus der Krise geben würde.

Wie kann dieses Dilemma überwunden werden? Die griechische Politik müsste sich mit dem Reformprozess identifizieren und diesen nicht länger als Ausdruck einer Fremdherrschaft begreifen. Die Erkenntnis, dass man selbst für den Preis eines temporären Souveränitätsverzichts auf die Hilfe der „Institutionen“ und der EU-Partner angewiesen ist, sollte sich durchsetzen. Und Griechenlands Gläubiger wiederum werden über kurz oder lang die Schuldenfrage klären müssen, wobei ein wie auch immer gestalteter Schuldenschnitt unvermeidlich erscheint. Damit wäre der Bail-out-Prozess aber abzuschließen und Griechenland in die Eigenverantwortung für die Gestaltung seiner Zukunft zu entlassen.



AUTOR



Dr. Klaus Schrader
klaus.schrader@ifw-kiel.de

Expertise

- Krisenländer in der EU
- Außenwirtschaftliche Integration in der erweiterten EU
- Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsentwicklung

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Schrader, K., D. Benček und C.-F. Laaser (2016). Requirements for a new Business Model in Greece. In Petrakis, P. (Ed.), A New Growth Model for the Greek Economy: Requirements for Long-Term Sustainability. Palgrave Macmillan, New York.

KIELER SUBVENTIONSBERICHT: NEUER HÖCHSTSTAND ERREICHT

Der deutsche Staat hat im Jahr 2015 mit 168,7 Mrd. Euro so viele Subventionen verteilt wie nie zuvor. Der Wert lag sogar über dem Niveau während der Finanzkrise. Dies engt den **FINANZIELLEN HANDLUNGSSPIELRAUM** Deutschlands für Herausforderungen wie die Integration von Flüchtlingen, die Modernisierung der Infrastruktur oder die Verstärkung der inneren und äußeren Sicherheit empfindlich ein. Für das laufende Jahr plant der Bund sogar mit einer erheblichen Steigerung seiner Finanzhilfen.

Die Subventionen von Bund, Ländern, Kommunen, Sonderhaushalten und EU haben laut dem aktuellen Kieler Subventionsbericht des Instituts für Weltwirtschaft (IfW) mit 168,7 Mrd. Euro einen neuen Höchststand erreicht. Sie liegen damit um 27,5 Mrd. Euro über dem Niveau, das vor der Finanzkrise im Jahr 2007 erreicht wurde, und um 2,5 Mrd. Euro über dem bisherigen Spitzenwert von 2010. Dabei bestehen die Subventionen zu zwei Dritteln aus Finanzhilfen, zu einem Drittel aus Steuervergünstigungen. Während die Subventionen an Unternehmen eine fallende Tendenz aufweisen (Anteil 2000: 70 %; 2015: 53,7 %), legten die sogenannten „weichen Subventionen“ für private und staatliche Organisationen ohne Erwerbszweck stark zu (2000: 30 %; 2015: 46,3 %). Insbesondere der Zuschuss des Bundes an die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) stieg stark, von 1 Mrd. Euro im Jahr 2004 auf jetzt 11,5 Mrd. Euro.

Die vom IfW erfassten Subventionen liegen damit rund dreimal so hoch wie diejenigen im amtlichen Subventionsbericht der Bundesregierung, in dem Finanzhilfen und Steuervergünstigungen nicht in vollem Umfang, die weichen Subventionen gar nicht erfasst werden. Sie entsprechen ungefähr dem gesamten Lohnsteueraufkommen Deutschlands oder gut 2.100 Euro pro Einwohner. Ein neuer Höchststand bei den Subventionen ist insofern bemerkenswert, als Finanzhilfen der Bundesagentur für Arbeit aufgrund der aktuell sehr entspannten Lage am Arbeitsmarkt stark zurückgegangen sind. Ebenso sind die Zahlungen aus dem während der Finanzkrise ins Leben gerufenen Investitions- und Tilgungsfonds, aus dem auch die Abwrackprämie geflossen ist, 2010 ausgelaufen. Die Subventionsfreudigkeit hat also in den letzten Jahren deutlich zugenommen.

Starker Anstieg der Bundesfinanzhilfen im Jahr 2016 geplant

Für das Jahr 2016 lagen bei der Berichterstellung nur Plandaten für den Bund vor. Die gesamten Finanz-

hilfen des Bundes, die im Jahr 2015 knapp 45 Mrd. Euro betragen, sollen nach den Planzahlen für das Jahr 2016 nochmals um 18,8 Prozent, also 8,4 Mrd. Euro, steigen. Dahinter stehen vor allem die starke Aufstockung des Bundeszuschusses zur GKV und Finanzhilfen für Verkehr sowie Energie- und Umwelt. Ausgaben für Flüchtlinge spielen dagegen kaum eine Rolle. Der Anstieg der Finanzhilfen ist sehr bedenklich, denn die absehbaren demografischen Verschiebungen in Deutschland werden einnahmedämpfend und ausgabensteigernd wirken. Wie lange die derzeit günstige konjunkturelle Situation für die öffentlichen Haushalte anhält, ist unsicher. Zu den anstehenden Herausforderungen zählen neben der Integration von Flüchtlingen auch die Modernisierung der Infrastruktur und die Verstärkung der inneren und äußeren Sicherheit. Statt Rücklagen zu bilden und Vorsorge für künftige Finanzierungsgengpässe zu treffen, blüht die Ausgabenfantasie der politisch Verantwortlichen. Es ist zu befürchten, dass sich dies im Wahljahr 2017 weiter verstärken wird.

Schiene- und Nahverkehr größter Profiteur

Größter Posten unter den Subventionen insgesamt im Jahr 2015 sind jene zugunsten der Unternehmen des Verkehrssektors. Sie machten rund 25,2 Mrd. Euro bzw. 15 Prozent des gesamten Subventionsvolumens aus. Größter Einzelposten hier waren die an die Länder gezahlten Regionalisierungsmittel (7,4 Mrd. €), die Altlasten der Bahn-Privatisierung (5,3 Mrd. €) und die Zuschüsse des Bundes in die Schienenwege der Deutschen Bahn (4,5 Mrd. €). Die Länder subventionierten den Sektor Verkehr ihrerseits mit netto 4,6 Mrd. Euro, vor allem für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV).

Bei den Unternehmenssubventionen langfristig rückläufig sind vor allem jene zugunsten der Land- und Forstwirtschaft, des Bergbaus, für Wohnungspolitik, für Regional- und Strukturpolitik und für die Beschäftigungspolitik. Insbesondere die Hilfen zugunsten des Sektors Wohnungsvermietung sind seit 2000 von



Unternehmen des Verkehrssektors bildeten mit 15 % des gesamten Subventionsvolumens den größten Posten

16,7 Mrd. Euro auf 3,5 Mrd. Euro geschrumpft. Das liegt neben dem Auslaufen der Eigenheimzulage einschließlich Kinderzulage auch daran, dass der Bund sich 2006 aus der Förderung des sozialen Wohnungsbaus zurückgezogen hat und die Länder und Gemeinden ihre entsprechenden Ausgaben heruntergefahren haben.

Unter den „weichen“ Subventionen haben sich die vorwiegend von Ländern und Kommunen gezahlten Finanzhilfen an Kindertagesstätten und Kinderkrippen seit 2000 mehr als verdoppelt. Sie sind hier mit 22,2 Mrd. Euro größter Posten bzw. der zweitgrößte Subventionsposten insgesamt. Es mag überraschen, dass diese staatlichen Leistungen als Subventionen aufgeführt werden, zumal ihnen ein wichtiger gesellschaftspolitischer Beitrag nicht abgesprochen werden kann. Allerdings wird eine marktkonforme Auslese von Anbietern von Kinderbetreuung dadurch behindert. Stark ins Gewicht fallen neben dem erwähnten Zuschuss des Bundes zur GKV auch die Umsatzsteuervergünstigungen im medizinischen Sektor (15,4 Mrd. €) und die Kultursubventionen (8,2 Mrd. €).

Für die meisten Subventionen mag es eine plausible klingende Begründung geben. In ihrer Gesamtheit können Subventionen Gebietskörperschaften aber an die Grenze nachhaltiger Finanzpolitik führen. Grundsätzlich bedeuten Subventionen zudem immer einen selektiven Eingriff des Staates in das Wirtschaftsgeschehen und gehen daher mit einem Verlust an Wohlfahrt und Wachstum einher.

AUTOREN



Dr. Claus-Friedrich Laaser
claus-friedrich.laaser@ifw-kiel.de

Expertise

- Krisenländer in der EU
- Außenwirtschaftliche Integration in der erweiterten EU
- Wirtschaft der baltischen Staaten
- Subventionen in Deutschland



Dr. Astrid Rosenschon

Expertise

- Subventionen in Deutschland
- Öffentliche Haushalte

GEMEINSCHAFTSDIAGNOSE – KIEL WIEDER AN BORD

Das Prognosezentrum ist nach einer dreijährigen Pause im Herbst des Jahres 2016 wieder in den **BERATERKREIS DER BUNDESREGIERUNG** für die Vorbereitung der Gemeinschaftsdiagnose zurückgekehrt. Besonders erfreulich dabei ist, dass dem Prognosezentrum der Zuschlag für das Beratungsprojekt für die maximale Laufzeit von vier Jahren erteilt wurde. Die sogenannte GD dient der Bundesregierung als Grundlage für ihre eigenen Projektionen und findet auch in der Öffentlichkeit große Beachtung. Dieses Forschungsprojekt ist damit zentral für die Konjunktur- und Wachstums- politik sowie für finanzpolitische Planungen wie etwa die Steuerschätzung.

Im Rahmen der Gemeinschaftsdiagnose analysieren und prognostizieren die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute jeweils im Frühjahr und Herbst die wirtschaftliche Lage in Deutschland für die kurze und mittlere Frist. Ergänzend zur detaillierten Kon-

vanz sind, in Form von wirkungsanalytischen Szenarien behandelt.

Die jüngste Gemeinschaftsdiagnose („Deutsche Wirtschaft gut ausgelastet – Wirtschaftspolitik neu ausrichten“) wurde von den teilnehmenden Instituten im September in Berlin erstellt und am 29. September 2016 der Bundesregierung übergeben und in der Bundespressekonferenz vorgestellt. Zu den zentralen Themen, die sich bei der mehr als zweiwöchigen Bearbeitung für die Gemeinschaftsdiagnose ergaben, zählten die wirtschaftlichen Auswirkungen des Brexit-Votums für Deutschland sowie der angemessene wirtschaftspolitische Kurs Deutschlands vor dem Hintergrund der aktuellen Budgetüberschüsse auf der einen und der anstehenden demografischen Entwicklung auf der anderen Seite.

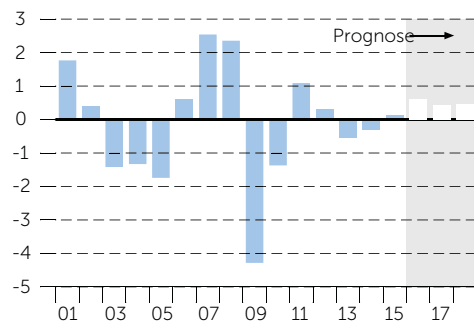
Die Institute kommen zu dem Ergebnis, dass die deutsche Wirtschaft einen moderaten Aufschwung durchläuft, der von einem stabilen Arbeitsmarkt und kräftigen Konsum gestützt wird. Das Bruttoinlandsprodukt wird im nächsten Jahr um 1,4 Prozent und im Jahr 2018 um 1,6 Prozent zunehmen. Für das laufende Jahr wird ein Anstieg um 1,9 Prozent erwartet. Im Frühjahr gingen die Institute noch von Änderungsraten von 1,6 Prozent für dieses und 1,5 Prozent für nächstes Jahr aus.

Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahr 2017 auf ihrem historischen Tief von 6,1 Prozent verharren. Die Beschäftigung steigt weiter kräftig, es entstehen fast eine halbe Million neue Stellen. Die Industrie leistet anders als in früheren Erholungsphasen einen unterdurchschnittlichen Beitrag. Die bereits seit längerem vergleichsweise schwachen Investitionen und die Exporte werden im Laufe des Jahres aber etwas anziehen.

Risiken für die deutsche Konjunktur bestehen vor allem, weil vielerorts gesellschaftliche Strömungen im Aufwind sind, die die Integration der Weltwirtschaft in

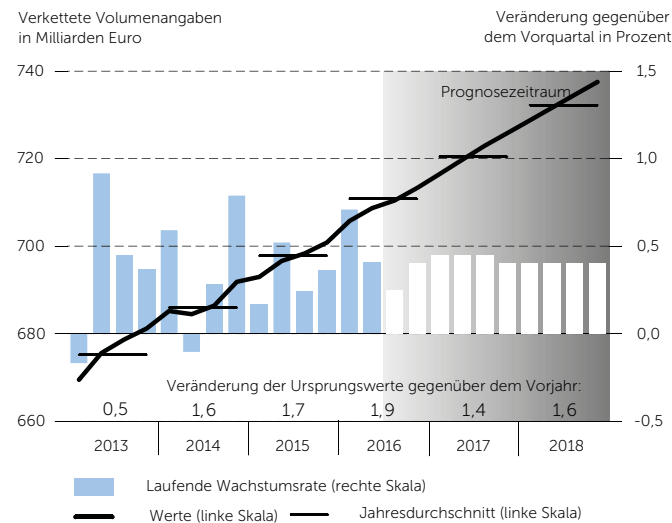
Produktionslücke

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen und Projektionen der Institute.



konjunkturprognose für die kurze Frist wird eine Potenzialschätzung und Mittelfristprognose erstellt, die den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung abdeckt. Gesonderte Schwerpunktthemen dienen dazu, aktuelle Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung vertiefend zu behandeln. Darüber hinaus werden relevante Fragen der Wirtschaftspolitik erörtert und entsprechende wirtschaftspolitische Empfehlungen – gestützt auf die diagnostischen und prognostischen Ergebnisse – abgeleitet. Alternativen hierzu – insbesondere solche, die im Zentrum der wirtschaftspolitischen Debatte stehen – werden, sofern sie von gesamtwirtschaftlicher Rele-

Reales Bruttoinlandsprodukt



Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen der Institute, ab 3. Quartal 2016; Prognose der Institute.

Frage stellen. So könnte die Entscheidung der Briten, aus der Europäischen Union auszutreten, die deutsche Konjunktur im Prognosezeitraum beeinträchtigen, falls die Konfrontation zwischen der EU und Großbritannien die Unternehmen verunsichert. Die Institute sehen die Gefahr, dass auch andernorts die Skepsis gegenüber internationaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit verstärkt Einfluss auf die Politik nehmen und so die deutsche, europäische und internationale Konjunktur beeinträchtigen könnte.

Insgesamt sind die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten im Prognosezeitraum etwas stärker ausgelastet als im langjährigen Mittel. Dennoch sind es derzeit weniger die Unternehmensinvestitionen, die den Aufschwung tragen, sondern weiterhin in erster Linie der Konsum, der vom anhaltenden Beschäftigungsaufbau profitiert. Angesichts der Herausforderungen durch die Flüchtlingsmigration, aber auch langfristiger Belastungen für die deutsche Wirtschaft, wie sie insbesondere im Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung absehbar sind, ist eine Neuausrichtung der Politik dringend angezeigt. Die Institute bekräftigen ihre Forderung nach einer Orientierung an langfristigen Zielen. Ausgaben für Sach- und insbesondere Humankapital sowie eine beschäftigungsfreundliche Entlastung bei den Steuern und Sozialbeiträgen würden das Produktionspotenzial erhöhen.

AUTOR



Prof. Dr. Stefan Kooths
stefan.kooths@ifw-kiel.de

Expertise

- VGR-gestützte Konjunkturanalyse
- Makroökonomik offener Volkswirtschaften
- Geld- und Währungssysteme
- Marktfunktionsfähigkeitsdiagnostik
- Volkswirtschaftsinformatik

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2016). Deutsche Wirtschaft gut ausgelastet – Wirtschaftspolitik neu ausrichten. Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2016.

„EURO AREA FISCAL STANCE“ – DIE FALLSTRICKE DER FISKALPOLITISCHEN KOORDINIERUNG IM EURORAUM

Die wirtschaftspolitische Beratung gehört zum Kerngeschäft des Prognosezentrums. In den vergangenen Jahren hat das Prognosezentrum seine Beratungstätigkeit auf europäischer Ebene deutlich ausbauen können. Neben regelmäßigen, über mehrere Jahre laufenden Beratungsprojekten erreichen das Prognosezentrum auch kurzfristig immer wieder Anfragen, bei denen es um Expertisen zu aktuellen Fragestellungen geht. So wurde seitens des Europäischen Parlaments jüngst eine Expertise zu der Frage angefordert, ob der Euroraum eine intensivere **FINANZPOLITISCHE KOORDINATION** benötigt.

Das Prognosezentrum berät in vielfältiger Weise verschiedene politische Institutionen zur makroökonomischen Politik auf europäischer Ebene. So erstellt das IfW seit dem Jahr 2015 regelmäßig Expertisen zu aktuellen Währungsfragen und der Geldpolitik im Euroraum für das Europäische Parlament. Die Bearbeitung der Expertisen, die jeweils im Vorfeld der vierteljährlich stattfindenden Anhörungen des Präsidenten der Europäischen Zentralbank vor dem Wirtschafts- und Währungspolitischen Ausschuss des Europäischen Parlamentes angefordert werden, wird vom Prognosezentrum koordiniert. Im Jahr 2016 beschäftigten sich diese Expertisen mit der Wirksamkeit und den Risiken großer Aufkaufprogramme von Zentralbanken („Quantitative Easing“), mit den Unternehmensinvestitionen im Euroraum und damit, ob die geldpolitische Transmission in einigen Regionen des Euroraums gestört ist. Darüber hinaus unterstützt das Prognosezentrum im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie die deutschen Vertreter in der Arbeitsgruppe zu Produktionslücken des wirtschaftspolitischen Ausschusses der EU. Die Arbeitsgruppe soll die Schätzung des Produktionspotenzials für die EU-Staaten weiterentwickeln. Dabei geht es zwar vor allem um methodische Fragestellungen. Allerdings kann die wirtschaftspolitische Bedeutung der Schätzung des Produktionspotenzials kaum überschätzt werden, ist sie doch maßgeblich für die Bewertung und die Ausrichtung der Finanzplanung der Mitgliedsländer der Europäischen Union. Treffen dieses Gremiums finden etwa alle zwei Monate statt, und das Prognosezentrum ist für die wissenschaftliche Aufbereitung der im Vorfeld der Treffen versandten Materialien zuständig. Im Auftrag des Bundesfinanzministeriums wird eine ähnliche Beratung durchgeführt, wobei es um die wissenschaftliche Begleitung der Vertreter in der Arbeitsgruppe LIME (Working Group

on the Methodology to assess Lisbon related structural reforms), die die makroökonomische Überwachung in der EU methodisch weiterentwickeln soll, geht.

Bei all diesen Beratungsprojekten spielen immer wieder die wirtschaftspolitischen Gegebenheiten einer Währungsunion eine zentrale Rolle, sowohl wenn es direkt um Fragen der Geld- und Währungspolitik geht als auch bei Fragen der makroökonomischen Überwachung in der EU, die im Rahmen des Europäischen Semesters durchgeführt wird. Die Arbeiten im Prognosezentrum dienen dem Ziel, die Geldpolitik der EZB und die Bestrebungen einer weitergehenden wirtschaftspolitischen Koordination auf Ebene der EU kritisch und konstruktiv zu begleiten. Irrwege sollen vermieden werden.

Ein solcher Irrweg ist das im Rahmen des Europäischen Semesters und der makroökonomischen Überwachung angewandte Konzept des auf den Euroraum bezogenen „Fiscal Stance“. In der für das Europäische Parlament angefertigten Kurzexpertise „Euro Area Fiscal Stance: Measurement, Implementation and Democratic Legitimacy“ hat ein Team des IfW, unter maßgeblicher Mitarbeit des Prognosezentrums, das Konzept kritisch diskutiert (Ademmer et al., 2016).

Als „Fiscal Stance“ bezeichnet man allgemein die makroökonomische Ausrichtung der Finanzpolitik. Er wird als Differenz des strukturellen Budgetsaldos zum Vorjahrswert gemessen. Ist die Differenz positiv, entspricht dies einer Haushaltskonsolidierung, was nach neu-keynesianischer Sichtweise einen kontraktiven Impuls für die Gesamtwirtschaft bedeutet. Umgekehrt führte ein sinkender struktureller Budgetsaldo zu einem expansiven Impuls. Die Frage, welcher „Fiscal Stance“ angemessen ist, wird generell anhand der makroökonomischen Situation und der fiskalischen Stabilität bewertet. Sind die Kapazitäten unterausgelastet und die Staatsverschuldung vergleichsweise gering,

wird ein expansiver Impuls empfohlen.

Im Euroraum besteht allerdings das Problem, dass viele Länder sowohl eine schwache Konjunktur als auch fiskalische Stabilitätsrisiken aufweisen. Zusätzliche makroökonomische Impulse wären (zumindest aus neu-keynesianischer Sicht) wünschenswert, verbieten sich aber, um die Verschuldungsposition nicht weiter zu verschlechtern. Die EU-Kommission argumentiert bezüglich des auf den gesamten Euroraum bezogenen „Fiscal Stance“, dass entweder die „Falschen“, nämlich die hoch verschuldeten Länder, für die wünschenswerten fiskalpolitische Expansion sorgen, oder dass der „Fiscal Stance“ aus Sicht des Euroraums zu wenig expansiv bleibt. Die Lösung besteht aus Sicht der EU-Kommission darin, dass die Länder ohne fiskalische Stabilitätsrisiken – also unabhängig von der eigenen makroökonomischen Lage – fiskalpolitische Impulse auslösen sollen. Im Fokus der Debatte ist hierbei Deutschland, dem die EU-Kommission zusätzliche öffentliche Investitionen in bedeutendem Ausmaß empfiehlt.

Das Team des IfW hat diese Sichtweise kritisiert und hält die auf den Euroraum bezogene Betrachtung des „Fiscal Stance“ für nicht sinnvoll, da zum einen ein zusätzlicher Fiskalimpuls in Deutschland die Konjunktur, insbesondere die Baukonjunktur, in einer Situation befeuern würde, in der die Kapazitäten als ausgelastet und in der Baubranche als überausgelastet gelten können. Eine makroökonomische Destabilisierung in Deutschland wäre die Folge. Zugleich sind die positiven Konsequenzen für den übrigen Euroraum und insbesondere für die Länder der Peripherie unklar. Sofern die Geldpolitik auf einen Konjunkturimpuls reagiert, sind sogar negative Übertragungseffekte auf einzelne Länder nicht ausgeschlossen. Zwar wird argumentiert, dass die Geldpolitik angesichts der Nullzinsgrenze zumindest als Reaktion auf den Fiskalimpuls nicht die Zinsen anheben dürfte, doch könnten Erwartungen über einen früheren Ausstieg aus den Wertpapierkaufprogrammen der EZB über den Wechselkurskanal die Absatzperspektiven der Exportwirtschaft im gesamten Euroraum dämpfen. Sofern also der Fiskalimpuls wenig oder vielleicht sogar gar nicht auf den übrigen Euroraum ausstrahlt und zugleich die Konjunktur in Deutschland unerwünscht anregt, würde durch diese Maßnahme die konjunkturelle Unausgeglichenheit im Euroraum weiter verschärft, was wiederum die Vorzüge einer gemeinsamen Geldpolitik deutlich schmälert.

Insgesamt ist die auf Ebene des Euroraums aggregierte Betrachtung des „Fiscal Stance“ keine sinnvolle Größe, nach welcher sich die Fiskalpolitik ausrichten sollte. Grundsätzlich sollte die Fiskalpolitik unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeit der Staatsverschuldung weiterhin in der Lage sein, auf die konjunkturelle Situation des eigenen Landes zu reagieren, was insbesondere angemessen ist, da bereits die Geldpolitik auf das Aggregat verwiesen ist.

AUTOR



Dr. Jens Boysen-Hogrefe
jens.hogrefe@ifw-kiel.de

Expertise

- Konjunkturforschung
- Zeitreihenanalyse
- Öffentliche Finanzen

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

BRIEFING PAPER FÜR DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT:

- Ademmer, Esther, Claire Boeing-Reicher, Jens Boysen-Hogrefe, Klaus-Jürgen Gern und Ulrich Stolzenburg (2016). Euro Area Fiscal Stance: Measurement, Implementation and Democratic Legitimacy.
- Boysen-Hogrefe, Jens, Salomon Fiedler, Nils Jannsen, Stefan Kooths und Stefan Reitz (2016). Limits in Terms of Eligible Collateral and Policy Risks of an Extension of the ECB's Quantitative Easing Programme
- Fiedler, Salomon, Klaus-Jürgen Gern, Matthias Raddant und Ulrich Stolzenburg (2016). Financial Market Fragmentation in the Euro Area: State of Play.
- Fiedler, Salomon, Isabel Hanisch, Nils Jannsen und Maik Wolters (2016). Transmission Channels of Unconventional Monetary Policy in the Euro Area: Where Do We Stand?
- Jannsen, Nils, und Martin Plödt (2016). Business Investment After the Crisis and the Impact of Monetary Policy.

VERANSTALTUNGEN

Workshops, Konferenzen, Preisverleihungen – auch darum ist das IfW national und international bestens vernetzt...



Das IfW organisiert diverse Events, um im Austausch mit Expertinnen und Experten rund um den Globus Lösungen für weltwirtschaftliche Problemstellungen zu finden. Persönlichkeiten, die sich hier durch Worte, Taten oder Erkenntnisse besonders verdient gemacht haben, verleiht das IfW gleich mehrere renommierte Preise.



Preisverleihung 2016 (von links nach rechts): Ministerpräsident Torsten Albig, IfW-Präsident Dennis Snower, Friede Springer, Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, Mario Monti, IHK-Präsident Klaus-Hinrich Vater, Kiels Oberbürgermeister Ulf Kämpfer

WELTWIRTSCHAFTLICHER PREIS

„Alle unsere Preisträger waren mutig genug, eine sehr komfortable Situation aufzugeben, um ihre Kraft und ihre Tugenden, teilweise auch gegen große Widerstände, in den Dienst einer größeren Sache zu stellen.“ Mit diesen Worten lobte IfW-Präsident Dennis J. Snower die Preisträger des Weltwirtschaftlichen Preises 2016. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hielt die Festrede.

Mario Monti, ehemals italienischer Ministerpräsident und EU-Wettbewerbskommissar, und die Verlegerin Friede Springer, Mehrheitsaktionärin und stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende der Axel Springer SE, sind die Gewinner des zwölften Weltwirtschaftlichen Preises. Das Institut für Weltwirtschaft verlieh die Auszeichnung gemeinsam mit seinen Partnern, der Landeshauptstadt Kiel und der IHK Schleswig-Holstein am 19. Juni im Haus der Wirtschaft der IHK zu Kiel. Der Preis soll einen Anstoß geben, die großen weltwirtschaftlichen Herausforderungen grenzüberschreitend zu bewältigen. Geehrt werden einflussreiche Persönlichkeiten, die sich in besonderem Maße als Vordenker einer weltoffenen, marktwirtschaftlichen und sozialen Gesellschaft hervorgetan haben. Der Preis ist undotiert und wird in den Kategorien Politik, Wirtschaft und Wissenschaft vergeben.

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hielt die Festrede. Darin warnte er: „Die reicheren Länder müssen sich den benachteiligten Ländern viel mehr zuwenden, Reichtum und Wohlstand sind nur zu bewahren, wenn die sozialen Spaltungen beherrschbar bleiben.“ In diesem Zusammenhang sprach Schäuble von einer

„maßvollen Revolution im Jahrhundert der Globalisierung“. Insbesondere müsse Europa mehr in Krisenregionen wie Libyen oder der Subsahara investieren. „Afrika wird zunehmend zum europäischen Problem, ob uns das gefällt oder nicht.“ Abschottung sei in der Flüchtlingskrise keine Lösung. „Abschottung bedeutet Stillstand, Offenheit steht für Innovation.“

Den in der Kategorie Politik ausgezeichneten Mario Monti lobte Kiels Oberbürgermeister Ulf Kämpfer als streitbaren Geist und politischen Visionär. „Gegen viele Widerstände hat er in seinem Heimatland wichtige Reformen eingeleitet und trat von Anfang an mit viel Verve für die europäische Idee ein.“ Friede Springer, prämiert in der Kategorie Wirtschaft, habe nach dem Tod ihres Mannes mit beispielloser Disziplin und Ausdauer den Springer Verlag aus der Krise, hinein ins neue Medienzeitalter geführt, sagte IfW-Präsident Dennis Snower. „Sie hat den Kampf ihres vor über 30 Jahren verstorbenen Mannes für Freiheit in Europa und für die Aussöhnung zwischen den Völkern fortgesetzt. Heute, wo mitten in Europa wieder Stacheldrahtzäune hochgezogen werden und die Welt in Nationalismen zu versinken droht, ist dieser Kampf so aktuell wie damals.“

DIE PREISTRÄGER 2016



MARIO MONTI
WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTLER UND
EHEMALIGER POLITIKER, ITALIEN

Mario Monti, geboren am 19. März 1943 in Varese, Lombardei, ist ein ehemaliger Politiker, der wichtige Ämter auf nationaler und europäischer Ebene innehatte. Bekannt wurde er vor allem durch seine streitbare und unnachgiebige Haltung als EU-Wettbewerbskommissar gegenüber der Marktmacht von Großkonzernen. Seine Erfolge brachten ihm den Spitznamen „Super-Mario“ ein. 2011 löste er Silvio Berlusconi als Ministerpräsident Italiens ab und legte den Grundstein für Reformen im Land. Monti gilt als überzeugter Europäer und wichtiger Unterstützer des Euro. Heute ist der Wirtschaftsprofessor Präsident der Luigi-Bocconi-Universität in Mailand.



FRIEDE SPRINGER
VERLEGERIN, MEHRHEITSAKTIONÄRIN UND
STELLVERTRETENDE AUFSICHTSRATSVORSITZENDE DER AXEL SPRINGER SE

Friede Springer, geboren am 15. August 1942 in Oldsum auf Föhr, ist Mehrheitsaktionärin sowie stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende der Axel Springer SE, einem der größten Verlagshäuser Europas. Nach dem Tod ihres Mannes Axel Springer 1985 bewahrte sie den Verlag vor dem Zerfall, indem sie Stück für Stück Anteile zurückkaufte und so die Kontrolle über das Verlagshaus zurückgewann. Dabei hatte sie mit konkurrierenden Medienunternehmen, interner Missgunst und Erbstreitigkeiten zu kämpfen. Friede Springer stellte den Verlag neu auf und machte aus ihm ein international, multimedial und digital agierendes Medienhaus.



VIDEO: DER WELTWIRTSCHAFTLICHE PREIS
Mit dem WWP werden einflussreiche Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft ausgezeichnet, die einen besonderen Beitrag zu einer sozial verantwortungsvollen Gesellschaft geleistet haben.

<https://youtu.be/FdP4Y7GrhIk>



© IfW / Michael Stefan

BERNHARD-HARMS-PREIS FÜR VORREITER DER MODERNEN AUSSENHANDELSTHEORIE

Marc Melitz, Professor für Politische Ökonomie an der US-Universität in Harvard, wurde 2016 mit dem Bernhard-Harms-Preis des IfW ausgezeichnet. Präsident Snower lobte Melitz' außerordentlichen Verdienste für die weltwirtschaftliche Forschung. Melitz' Aufsatz aus dem Jahr 2003 in dem renommierten Journal *Econometrica* mit dem Titel „The Impact of Trade on Aggregate Industry Productivity and Intra-Industry Reallocations“ ist mit über 10.000 Zitierungen einer der meist erwähnten wissenschaftlichen Artikel der vergangenen Jahrzehnte. Das darin vorgestellte Melitz-Modell gilt als Grundstein für die moderne Außenhandelstheorie. „Dank seiner Arbeiten verstehen wir heute, wann Unternehmen nur im eigenen Land verkaufen, wann sie exportieren und wann sie eine Niederlassung im Ausland gründen. Wir verstehen, warum Firmen mit den gleichen Produkten und der gleichen Zielgruppe auf globaler Ebene völlig unterschiedlich agieren, und wir

haben eine Vorstellung davon, inwieweit internationaler Handel auch die Marktposition und Produktivität eines Unternehmens im Heimatland stärken kann“, sagte Snower in seiner Laudatio.

Der Bernhard-Harms-Preis des Instituts für Weltwirtschaft wird seit 1964 alle zwei Jahre vergeben. Die Auszeichnung ehrt Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für außergewöhnliche weltwirtschaftliche Forschung oder Praktiker für eine herausragende Förderung weltwirtschaftlicher Beziehungen. Zu den Preisträgern der vergangenen Jahre zählen die Ökonomen Abhijit Banerjee (2014), Gene Grossman (2012), Raghuram Rajan (2010), Kenneth Rogoff (2008), Robert Feenstra (2006), Maurice Obstfeld (2004), Stanley Fischer (2002) und Jeffrey Sachs (2000). Bernhard Harms gründete 1914 das Institut für Weltwirtschaft – damals: Königliches Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft.



© Prof. Clara Alcina Spangule



PEGNET KONFERENZ

Die Herausforderungen und Chancen der afrikanischen Wirtschaft waren Thema der 11. Konferenz des Netzwerkes „Poverty Reduction, Equity and Growth Network“ (PEGNet) in Kigali, Ruanda, am 15. und 16. September. Seit 2005 bietet die Konferenz eine Plattform für den Dialog und Ideenaustausch zwischen Entwicklungsforschern, Praktikern und politischen Entscheidungsträgern rund um die Themen Armutsminderung und Entwicklung.

www.pegnet.ifw-kiel.de



UNIDO KONFERENZ

Die diesjährige Tagung der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (United Nations Industrial Development Organization, UNIDO) fand dieses Jahr in Kooperation mit dem IfW statt. In Wien trafen sich vom 14. bis 15. September 2016 namhafte Expertinnen und Experten, um über die Chancen ausländischer Direktinvestitionen für Wachstum, Wohlstand und Entwicklung zu diskutieren.



© UNIDO - flickr



HINTER DEN KULISSEN DES IFW

Die zweite **Nacht der Wissenschaft** in der Kiel-Region lockte zahlreiche Besucher an, einen Blick hinter die Kulissen der verschiedenen Wissenschaftseinrichtungen zu werfen. Ein Highlight der Tour war der Test am Lügendetektor, der für die verhaltensökonomische Forschung eingesetzt wird. Auch die Computersimulationen zur Geldpolitik und die Diskussionsrunden zu TTIP im Haus fanden regen Anklang. Ähnliche Einblicke boten acht **Wissenschaftspaziergänge** im Juli und August als Teil des Kieler Kultursommers.



© IfW / Elisabeth Bader



Ufuk Akcigit (University of Chicago)
auf der Preisverleihung in Kiel



© IfW / Tobias Dörflinger

KIELER WOCHEN-VORTRÄGE

Während die Jollen bei der Kieler Woche auf der Ostsee um die Wette segeln, sorgt das IfW an Land für den nötigen (geistigen) Tiefgang. Auf dem Programm der Vortragsreihe zur Kieler Woche standen:

- Der lange Schatten der DDR – die ökonomischen Langfristwirkungen der deutschen Teilung (Robert Gold)
- Vernichtet der Mindestlohn Arbeitsplätze? (Dominik Groll)
- Schein oder nicht Schein – Zukunft ohne Bargeld? (Stefan Kooths)
- Flüchtlingsmigration – globale Verantwortung und lokales Handeln (Matthias Lücke)
- Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen – Lehren aus der Vergangenheit (Sebastian Braun)

Highlights 2016 - Institut für Weltwirtschaft, Kiel

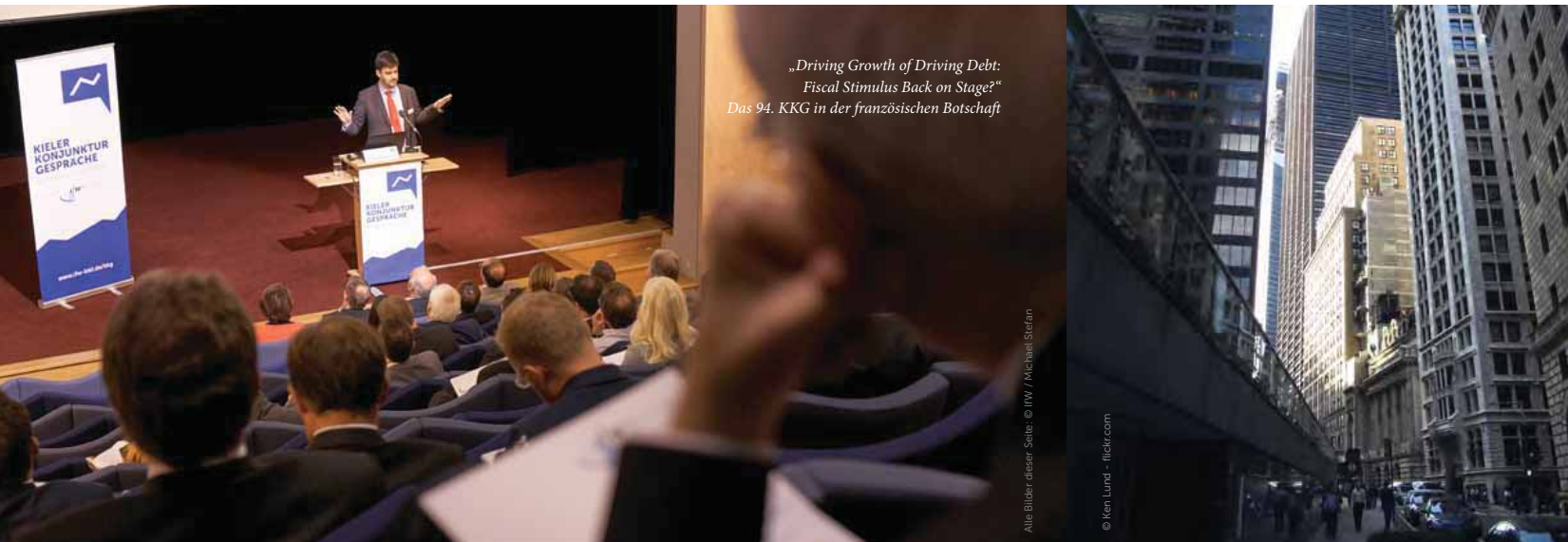
EXCELLENCE AWARDS IN GLOBAL ECONOMIC AFFAIRS

Mit den Excellence Awards zeichnet das IfW Forschende und Lehrende bis zu einem Alter von 35 Jahren für Forschungsarbeiten zu weltwirtschaftlichen Fragen aus. Im letzten Jahr ging der Preis an vier Ökonomen aus den USA. Ufuk Akcigit (University of Chicago), David Atkin (Massachusetts Institute of Technology), Javier Bianchi (Federal Reserve Bank of Minneapolis) und Nicolas Sly (University of Oregon). Der Preis beinhaltet jeweils einen Forschungsaufenthalt am Institut für Weltwirtschaft, der durch verschiedene Stipendien (Horst Siebert Fellowship, Porsche Fellowship, Landeshauptstadt Kiel Fellowship und Birke Hospitality Fellowship) finanziert wird.



von links: David Atkin, Ufuk Akcigit, Nicholas Sly,
Jonathan Vogel (Preisträger 2015), Dennis Snower,
und Javier Bianchi

Institut für Weltwirtschaft, Kiel - Highlights 2016



„Driving Growth of Driving Debt:
Fiscal Stimulus Back on Stage?“
Das 94. KKG in der französischen Botschaft

Alle Bilder dieser Seite © IfW / Michael Stefan

© Ken Lund - flickr.com

Blick vom Gebäude der Federal Reserve Bank of New York
auf die Liberty Street in Richtung Broadway

EES-CONFERENCE

NEW DEVELOPMENTS IN THE MACROECONOMICS OF LABOR MARKETS

Gemeinsam mit der Federal Reserve Bank of New York lädt das Institut für Weltwirtschaft seit 2009 jedes Jahr Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zur EES-Konferenz („Ensuring Economic and Employment Stability“) ein, um über das Zusammenspiel von Arbeitsmärkten und Konjunktur zu diskutieren. Im letzten Jahr sprachen Peter Diamond (MIT) und Giuseppe Moscarini (Yale) vom 8. bis 9. September in der Federal Reserve Bank of New York.

www.ees.ifw-kiel.de

KIELER KONJUNKTUR- GESPRÄCHE

Mehr Schulden machen und Geld ausgeben oder besser sparen und den Haushalt konsolidieren? Über die richtige Fiskalpolitik diskutierten unter anderem der Chefökonom des deutschen Finanzministeriums, Ludger Schuknecht, und der französische Botschafter Philippe Etienne bei den 94. Kieler Konjunkturgesprächen (KKG) in Berlin. Zweimal im Jahr laden die Konjunkturforscher des IfW zu den Konjunkturgesprächen, immer im Wechsel nach Kiel oder Berlin. Im Fokus stehen Diskussionen zur konjunkturellen Entwicklung der wichtigsten Volkswirtschaften und zu aktuellen wirtschaftspolitischen Entwicklungen. Das 93. KKG fand am 14. und 15. März in Kiel, das 94. KKG am 19. und 20. September in Berlin statt.

www.ifw-kiel.de/kkg



GES TAIPEH WORKSHOP

Im Rahmen des vom IfW organisierten Global Economic Symposiums fand im April in Taiwan zum dritten Mal der GES Taipei Workshop statt. Beim Thema „Dealing with Social and Economic Challenges to Achieve Green Growth“ ging es um die Frage, wie im Hinblick auf die sozialen und ökonomischen Herausforderungen trotzdem ein nachhaltiges und umweltverträgliches Wachstum geschaffen werden kann.

Dennis Snower, Präsident des IfW (rechts im Bild), und Jean-Pierre Lehmann, Professor Emeritus für Internationale Politische Ökonomie, IMD Schweiz



AUSBILDUNG

Die Nachwuchsarbeit ist seit jeher das dritte Standbein des IfW und brachte schon viele international anerkannte Ökonomen hervor.



Bei den Studienprogrammen des IfW in Kiel unterrichten Hochschullehrer aus der ganzen Welt. Nobelpreiswärter Marc Melitz war nur einer davon. Die Plätze sind bei Studierenden begehrt, sie kommen dafür ebenfalls von überall her an die Förde.



ADVANCED STUDIES PROGRAM

Das in englischer Sprache durchgeführte „Advanced Studies Program in International Economic Policy Research“ (ASP) hat zum Ziel, jungen Ökonomen eine exzellente Zusatzausbildung auf dem Feld der internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu ermöglichen. Es startete 1994, für die Kurse des 10-monatigen Programms konnten regelmäßig hochrenommierte Professoren namhafter Universitäten gewonnen werden, darunter Harvard, Stanford, MIT, Chicago und Princeton. Im Rahmen einer Seminarreihe erhalten die Teilnehmer darüber hinaus Einblicke in die praktische Tätigkeit von international agierenden Institutionen und Unternehmen. Ein wichtiges Element des Programms ist zudem die Anfertigung einer eigenen Forschungsarbeit. Dabei profitieren die Teilnehmer von der Anleitung und Unterstützung durch fachliche erfahrene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des IfW.

Im Rahmen des Programms 2016/17 werden Kurse zu folgenden Themen angeboten: Macroeconomics in Open Economies; Financial Markets and the

Macro-Economy; Debt-Crisis and Macro-Prudential Policy; Exchange-Rate Economics; Firms in International Trade; Trade Policy Analysis; Economic Growth; Economic Development. Einer der Dozenten war der Harvard Professor Marc Melitz, der als Begründer der modernen Außenhandelstheorie gilt und dafür 2016 mit dem Bernhard-Harms-Preis des IfW ausgezeichnet wurde.

Mehr als 600 junge Ökonomen aus mehr als 50 Ländern haben das Programm in den vergangenen Jahren erfolgreich bestanden. Über die ASP-Alumni Organisation sind sie dem Institut weiterhin verbunden. Darüber hinaus hat in den letzten Jahren eine große Zahl von Doktoranden europäischer und außereuropäischer Universitäten an einzelnen Kursen des Programms teilgenommen.

Die Tätigkeitsfelder der bisherigen Absolventen sind breit gestreut. Circa 80 von ihnen arbeiten bei internationalen Organisationen, davon mehr als 30 bei IfW und Weltbank. Eine etwa ebenso große Zahl ist bei nationalen Ministerien und Notenbanken beschäf-

tigt. Besonders hoch ist die Zahl der Absolventen, die weltweit bei Unternehmen (vor allem im Finanzsektor) und Verbänden tätig sind. Rund 40 Absolventen arbeiten derzeit in Forschungsinstituten, und etwa 70 sind inzwischen Professoren an Universitäten in Europa, Nord- und Südamerika sowie Asien und Australien – davon 40 Prozent Frauen. Zu den besonders bekannten Absolventen des Programms zählen Claudia Buch (Vize-Präsidentin der Deutschen Bundesbank), Marcel Fratzscher (Präsident des DIW), Volker Wieland (Mitglied des Sachverständigenrats), Julio Velarde (Notenbankpräsident, Peru), José Carlos Echeverry (früherer Finanzminister, Kolumbien) und Jan Hatzius (Chefvolkswirt, Goldman Sachs).

Ab dem kommenden Kurs hat das ASP einen neuen Direktor. Professor Harmen Lehment ist nach 32-jähriger erfolgreicher Leitung des Advanced Studies Program Ende 2016 in den Ruhestand getreten. Sein Nachfolger ist Dr. Olivier Godart, der selbst Absolvent des Studienprogramms ist und der in den letzten Jahren bereits Managementaufgaben im Rahmen des Programms übernommen hat.



FLÜCHTLINGS-PRAKTIKUM AM IFW 10. KIEL INSTITUTE SUMMER SCHOOL

Ein 28-jähriger afghanischer Asylbewerber mit einem Master-Abschluss in Wirtschaftswissenschaften war im letzten Jahr für drei Monate als Praktikant im Forschungsbereich „Internationale Arbeitsteilung“ am IfW tätig. Er forschte unter anderem über die wirtschaftlichen Folgen der Nutzung von Robotern und zum Thema „Trade Finance Gap in Afghanistan“. „Die Wege, auf denen die meisten internationalen Geldtransfers von und nach Afghanistan abgewickelt werden, sind von großem Schaden für das Land, da sie wirtschaftlich ineffizient sind und außerdem den Drogenhandel stark fördern“, so seine Erkenntnis. Das IfW möchte mit Praktikumsangeboten für geflüchtete Studenten und Akademiker seinen Teil zur Integration Geflüchteter beitragen.

Welchen Einfluss hat die Erziehung auf das soziale Verhalten von Individuen und das Zusammenleben einer Gesellschaft? Diese Frage stand im Mittelpunkt der Summer School 2016. 25 Jungakademiker und Mitarbeiter politischer Einrichtungen konnten vier Tage lang Vorlesungen zum Thema besuchen sowie am Workshop „Social and Biological Roots of Economics (SBRE)“ teilnehmen. Sprecher waren George Loewenstein (Carnegie Mellon University), Rachel Croson (University of Texas at Arlington), Matthias Sutter (Universität Köln), J.H. Sonnemans (University of Amsterdam) und Jens Möller (Universität Kiel).

ORGANISATION

Sieben Forschungsbereiche, zwei Beratungszentren
und ein starkes Support-Team dahinter ...



... rund 180 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus mehr als 15 Ländern arbeiten am Ifw. Damit sich die wissenschaftlich Beschäftigten auf ihre Kernaufgaben Forschung, Beratung und Ausbildung konzentrieren können, werden sie von engagierten Kolleginnen und Kollegen unterstützt: Eventmanagement, Fundraising, IT, Kommunikation und Verwaltung. Präsidium und Managementboard geben die Leitlinien vor. Der Stiftungsrat trifft grundsätzliche Entscheidungen. Externe Unterstützung kommt vom wissenschaftlichen Beirat und vom Wirtschaftsbeirat. Die institutionellen Mittel stellen je zur Hälfte der Bund und die Gemeinschaft der Bundesländer.

DIE INTERNATIONALE ARBEITSTEILUNG

Zu welchen strukturellen Anpassungen führt die Globalisierung in Unternehmen, Regionen und Ländern? Wie wirken sich insbesondere ausländische Direktinvestitionen und internationale Migration auf Herkunfts- und Empfängerländer aus, und wer trägt die Hauptlast der Anpassungskosten?

Welche Managementmethoden benutzen erfolgreiche Unternehmen? Gibt es in verschiedenen Ländern verschiedene Unternehmenskulturen mit besonderen Internationalisierungsstrategien?

Mit welchen politischen Maßnahmen kann man unerwünschten Globalisierungswirkungen begegnen? Welche Arten von Institutionen werden unter Globalisierungsbedingungen wirkungslos, und wie kann Sozialpolitik ausgleichend wirksam werden?

Das übergeordnete Ziel der Forschung im Bereich „Internationale Arbeitsteilung“ besteht darin, wesentliche Aspekte der internationalen Arbeitsteilung bei fortschreitender Globalisierung empirisch zu analysieren und Antworten auf globalisierungsbedingte Herausforderungen zu erarbeiten. Der Schwerpunkt der Forschung liegt auf den Determinanten und Effekten von internationalem Handel und ausländischen Direktinvestitionen auf weltweiter und regionaler Ebene. Neu hinzugekommen ist das Thema der Wirkungen von internationaler Migration auf die Zielländer. Der Forschungsbereich arbeitet damit an Themen, die in Wissenschaft und Öffentlichkeit hochaktuell und sehr kontrovers sind.

Im Jahr 2016 hat der Forschungsbereich zusammen mit dem IfW-Prognosezentrum ein Gutachten für das Bundesfinanz- und Bundeswirtschaftsministerium erarbeitet, das sich mit der Produktivitätsschwäche in Deutschland befasst, insbesondere im Vergleich zu verschiedenen anderen Industrieländern. Ein Ergebnis ist, dass bereits die Diagnose dieser Produktivitätsschwäche mit erheblicher Messunsicherheit behaftet ist, unter der auch die Analyse möglicher Ursachen leidet. Immerhin können einige ökonomische Ursachen identifiziert wer-

den: das Abklingen des Wiedervereinigungsbooms, ein vergleichsweise langsames Aufgreifen der Digitalisierungschancen, die Alterung der Gesellschaft sowie die verstärkte Integration Arbeitsloser in den Arbeitsmarkt nach den „Hartz“-Reformen. Offshoring und die Bankenkrise hatten dagegen, anders als oft vermutet, kaum einen Einfluss auf die Produktivitätsentwicklung. Im Leibniz-geförderten Projekt zu Managementmethoden wurden Verbesserungspotenziale im Management deutscher Firmen im Vergleich zu amerikanischen Firmen aufgedeckt, die deren wirtschaftlichen Erfolg steigern könnten. Weitere Forschungsergebnisse betreffen u.a. die lange Dauer von Integrationsprozessen am Beispiel der Vertriebenen in Deutschland, die überraschend moderaten Entscheidungen internationaler Schiedsgerichte in Handelsverfahren und die nicht unerheblichen Rückwirkungen westlicher Sanktionen gegen Russland auf die sanktionierenden Länder selbst (die russischen Vergeltungsmaßnahmen noch gar nicht eingerechnet). Der Forschungsbereich ist maßgeblich an dem neuen Leibniz-geförderten „Kiel Centre for Globalization“ beteiligt und hat eine intensive Zusammenarbeit mit der UNIDO in die Wege geleitet.

WISSENSAKKUMULATION UND WACHSTUM

Welche Faktoren fördern und welche Faktoren behindern Wissentstehung und Wachstum in Industrie- und Schwellenländern?

Welche Rolle spielt das institutionelle und kulturelle Umfeld für Innovation und Wachstum? Welche Rolle spielen standortgebundene Faktoren?

Wie verändern sich globale Wissensströme, und welche Auswirkungen hat diese Veränderung auf die internationale Arbeitsteilung?

Welche Konsequenzen hat der Aufstieg von Schwellenländern wie China und Indien zu Forschungs- und Entwicklungsstandorten für Einkommen und Beschäftigung in den Industrieländern?

Eine der wichtigsten weltwirtschaftlichen Entwicklungen der Gegenwart ist die zunehmende Verlagerung von Forschung und Entwicklung sowie anderer wissensintensiver Aktivitäten in rasch wachsende Schwellenländer. Das neue Wissen langfristig zu den bedeutendsten Quellen von Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung gehört, ziehen globale Verlagerungen der Wissensproduktion und Veränderungen der internationalen Wissensflüsse globale Verschiebungen von Einkommen und Wohlstand nach sich. Das übergeordnete Ziel der Forschung in diesem Bereich besteht darin, zu einem besseren Verständnis der Bestimmungsgründe von Wissentstehung, Wissensausbreitung und wissensbasiertem Wachstum in Industrie- und Schwellenländern beizutragen.

Zu den wichtigsten Forschungsthemen im Jahr 2016 gehörten die politischen und ökonomischen Konsequenzen des Internet, die Bedeutung schulischer Bildung für die Gründerintention von Studierenden, Probleme der Adoption neuer Technologien in Schwellenländern sowie Anreize zur Einführung umweltschonender Innovationen in China. Im Bereich der wirtschaftspolitischen Beratung standen Fragen der Ausgestaltung von Technologiepolitik, der wirtschaftlichen Bedeutung von Spitzenforschung und der Entwicklung des chinesischen Innovationssystems im Vordergrund.



Prof. Holger Görg, Ph.D.
Forschungsbereichsleiter
holger.goerg@ifw-kiel.de

Dr. Peter Nunnenkamp
(stellw. Leiter)

Dipl.-Volksw. Frank Bickenbach
Dr. Eckhardt Bode
Dr. Sebastian T. Braun
Richard Franke, M.Sc. Dr. Ursula Fritsch (bis 02/2016)
Ricarda Geilenkirchen-Olivier N. Godart, Ph.D.
Dr. Dennis Görlich
Dr. Julian Hinz
Cecilia Hornok, Ph.D.
Gritta Jeglewski
Dipl.-Volksw. Christiane Krieger-Boden
Léa Marchal, Ph.D.
Dr. Birgit Meyer (bis 03/2016)
Michaela Rank
Frauke Steglich, M.Sc. Prof. Gerald Willmann, Ph.D.

Assoziiert:
Prof. Dr. Dierk Herzer
Dr. Lucia Perez Villar
Prof. Horst Raff, Ph.D.



Dr. Dirk Christian Dohse
Forschungsbereichsleiter
dirk.dohse@ifw-kiel.de

Dr. Eckhardt Bode
(stellw. Leiter)

Carmen Andersson
Dipl.-Volksw. Frank Bickenbach
Dr. Robert Gold
Prof. Aoife Hanley, Ph.D.
Prof. Dr. Stephan Heblich
Dr. Wan-Hsin Liu
Prof. Dr. Ingrid Ott
Andrea Schäfer
Finn-Ole Semrau
Julian Vehrke

Assoziiert:
Limin DU



Prof. Dr. Ulrich Schmidt
Forschungsbereichsleiter
ulrich.schmidt@ifw-kiel.de

Prof. Dr. Menusch Khadjavi
(stellv. Leiter)

Simon Bartke
Steven Bosworth, Ph.D.
Dr. Tamas David-Barrett
Andreas Friedl
Felix Gelhaar
Christiane Gebühr
Dr. Gianluca Grimalda, Ph.D.
Dr. Katharina Lima de Miranda
Dr. Levent Neyse
Dr. Patrick Ring
Christoph Schütt
Prof. Dennis Snower, Ph.D.
Prof. Dr. Philipp C. Wichardt
Prof. Dr. Alexander Zimper

Gast:
Hande Erkut
Prof. Joshua Teng

Assoziiert:
Prof. Dr. Christian Kaernbach
Catharina Probst
Prof. Dr. Thilo van Eimeren

SOZIAL- UND VERHALTENS- ÖKONOMISCHE ANSÄTZE ZUR LÖSUNG GLOBALER PROBLEME

Wie beeinflussen sozialer Kontext und körperliche Reaktionen wirtschaftliche Entscheidungen?

Welche Rolle spielt die Motivation für menschliche Kooperation, und wie können wir sie verändern?

Welchen Beitrag können Persönlichkeitsmerkmale und der Dopaminhaushalt zur Erklärung exzessiver Risikoübernahme leisten?

Der Forschungsbereich vertritt die Auffassung, dass die Konzeption menschlicher Motivation und menschlichen Entscheidungsverhaltens in der traditionellen Volkswirtschaftslehre überholt und nicht konsistent mit Ergebnissen anderer Fachrichtungen wie zum Beispiel den Neurowissenschaften, Kognitionswissenschaften, der kognitiven Psychologie, der Entwicklungspsychologie, der Verhaltensökonomie und anderer Disziplinen ist. So sind Menschen nicht ausschließlich eigennützig, da sie die Fähigkeit zu Fairness, Empathie, Mitgefühl und Fürsorge besitzen. Sie sind nicht ausschließlich rational, da menschliches Verhalten zu einem großen Teil durch Emotionen und Heuristiken beeinflusst wird. Sie sind nicht ausschließlich individualistisch, da ihre Präferenzen stark durch ihre soziale Gruppe bestimmt werden. Ihre Entscheidungen sind keine Reaktion auf propositionales Wissen unter Risikobedingungen, da ihre Entscheidungsfindung ein reflexartiger Prozess (sowohl kognitiv als auch kausativ) unter Unsicherheit ist. Auf dieser Grundlage analysiert der Forschungsbereich die Bedeutung von sozialer Interaktion und Verhaltensprozessen einzelner Agenten für die Entstehung von globalen wirtschaftlichen Problemen und für die Konzeption möglicher Lösungen. Zurzeit verfolgt der Forschungsbereich zwei größere Projekte. Zum einen „Motivational Systems and Global Cooperation“: Auf der Erkenntnis basierend, dass jegliches Verhalten von Motiva-

tionen ausgeht, erforscht dieses Projekt, wie externe und interne Stimuli unterschiedliche Motivationssysteme aktivieren können. Diese aktivierten Motivationssysteme können starken Einfluss auf die Präferenzen und damit auf die Entscheidungen haben. In diesem Rahmen hat das Projekt Modelle von kontextabhängigen Präferenzen formuliert und mithilfe dieser Modelle Vorhersagen abgeleitet, wie unterschiedliche Motivationen die Bereitschaft von Menschen beeinflussen, zu öffentlichen Gütern beizutragen. Eine Reihe von Experimenten, die diese Vorhersagen testen sollen, befindet sich in der Vorbereitung.

Das zweite Projekt ist „Neurobiological Foundations of Decision Making under Uncertainty“: Globale wirtschaftliche Probleme wie die Minderung des Klimawandels, die Bekämpfung von Armut oder insbesondere die Regulierung von Spekulation an den Kapitalmärkten können nicht analysiert werden, ohne die Verhaltensreaktionen auf die involvierten Unsicherheiten zu betrachten. Exzessive Risikobereitschaft konnte als einer der wichtigsten Gründe für die jüngste Finanzkrise identifiziert werden. Unser Ziel ist es, zu einem besseren und umfassenderen Verständnis des menschlichen Verhaltens unter Unsicherheit beizutragen. Unsere Analyse befasst sich besonders mit Personen, welche viel Erfahrung im Umgang mit Risiken haben, wie zum Beispiel professionelle Investoren und pathologische Spieler.

UMWELT UND NATÜRLICHE RESSOURCEN

Welcher nationale Mix von energie- und klimapolitischen Instrumenten kann am besten die Energiewende hin zu erneuerbaren Energien unterstützen?

Welche Auswirkungen haben die neuen Interventionen des Climate Engineering, und wie werden diese in der Gesellschaft bewertet?

Welche Risiken entstehen bei dem Abbau von natürlichen Ressourcen in arktischen Regionen?

Was sind entscheidende Einflussfaktoren für die Nutzung von öffentlichen Grünanlagen, und wie grün sollte eine Stadt sein?

Dieser Forschungsbereich untersucht einzel- und gesamtwirtschaftliche Anpassungsprozesse an globale und länderspezifische Knappheiten natürlicher Ressourcen. Natürliche Ressourcen umfassen energetische und nicht-energetische Rohstoffe sowie Umweltqualität. Gegenstand der Forschung ist dabei sowohl die Analyse der Bestimmungsgründe für die zunehmende Knappheit natürlicher Ressourcen als auch der Auswirkungen dieser Knappheit auf die Allokation von Faktoren und Gütern in der Weltwirtschaft. Besonderes Gewicht wird dabei auf die Wertung der nationalen und internationalen Aspekte von Umweltpolitik und die Erarbeitung von Vorschlägen für den Einsatz rationaler und effizienter umweltpolitischer Instrumente gelegt. Zu unserem Themenbereich zählen auch die nachhaltige Landnutzung und der zunehmende Einsatz von Biomasse. Gemeinsam mit dem Exzellenzcluster der DFG „Future Ocean“ forschen wir zu ökonomischen Fragen des Ozeans. Die Bewertung von Leistungen der Natur (sogenannte Ökosystemdienstleistungen) sowie der Tradeoff zwischen Nutzung und Schutz sind weitere Schwerpunkte der Forschung. Wir ver-

knüpfen dabei eng die wissenschaftliche Forschung mit unseren Beratungsaktivitäten. Das Jahr 2016 war geprägt von den Folgeprozessen der UN-Klimakonferenz in Paris. Die Folgekonferenz in Marrakesch und die Herausforderungen des Klimaabkommens waren Gegenstand des im Rahmen des von dem BMBF geförderten Dialogs zur Klimaökonomie durchgeführten 5. Forums zur Klimaökonomie in Berlin, auf dem Fragen der Umsetzung des Abkommens mit Stakeholdern aus Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft diskutiert wurden. Am IfW fand eine Konferenz des DFG-Schwerpunktprogramms zu Climate Engineering statt, der den in Paris verabschiedeten Auftrag und die Forschung zum Thema hatte, zu untersuchen, welche Maßnahmen nötig sind, um die Erwärmung der Erde in diesem Jahrhundert unter 1,5 °C zu halten. Mitglieder des Forschungsbereichs stellten ihre Forschungsergebnisse dazu vor. Die Planung für eine erweiterte und intensivere Forschung zu den Herausforderungen einer nachhaltigen weltweiten Nutzung von fruchtbarem Land wurde durch neue Projekte und die Einstellung neuer Forscherinnen und Forscher vorangetrieben.



Prof. Gernot Klepper, Ph.D.
Forschungsbereichsleiter
gernot.klepper@ifw-kiel.de

Prof. Dr. Katrin Rehdanz
(stellv. Leiterin)

Dr. Christine Bertram
Johannes Burmeister
Dr. Ruth Delzeit
Dr. Lena-Katharina Döpke
Tobias Heimann
Angela Husfeld
Dr. Christine Merk
Prof. Dr. Sonja Peterson
Dr. Wilfried Rickels
Franziska Schünemann
Dr. Mareike Söder
Malte Winkler

Gast:
Hendrik Groll
Swantje Sundt

Assoziiert:
Daiju Narita, Ph.D.
Sebastian Petrick

ARMUTSMINDERUNG UND ENTWICKLUNG

Verbessern die Geber mit ihrer Entwicklungshilfe die Lebensbedingungen in den Empfängerländern?

Wie kann ein europäisches Immigrationssystem aussehen, das die Integration der Migrantinnen und Migranten begünstigt und gleichzeitig die Entwicklung in den Heimatländern fördert?

Wie stark wird die Entwicklung in Transformationsökonomien durch externe Akteure wie die EU oder Russland beeinflusst?

Welchen Einfluss haben großflächige Landinvestitionen in Afrika auf die Wohlfahrt der lokalen Bevölkerung?

Im Oktober 2015 hat die Staatengemeinschaft die sogenannten Sustainable Development Goals (SDGs) verabschiedet.

Da immer noch mehr als 2 Milliarden Menschen von weniger als 3 Dollar pro Tag leben, bleibt die Armutsbekämpfung ein wichtiges Ziel. Sie wird jetzt aber ergänzt durch ökologische Ziele – etwa der Schutz und die nachhaltige Nutzung knapper Ressourcen wie Wasser, Land und Wälder – sowie Wachstums-, Beschäftigungs- und Verteilungsziele. Darüber hinaus wird die Bedeutung von Frieden und guter Regierungsführung für nachhaltige Entwicklung hervorgehoben. Vor diesem Hintergrund analysiert der Forschungsbereich aktuelle entwicklungspolitische Fragestellungen. Dabei wird ein Hauptaugenmerk auf die Auswirkungen internationaler Migration, auf die Wohlfahrt der Migrantinnen und Migranten sowie der Sende- und Empfängerländer gerichtet. Ein weiterer Schwerpunkt der Forschungsarbeit liegt auf den Armuteffekten der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Die Mitglieder des Forschungsbereichs beschäftigen sich außerdem mit dem Einfluss regionaler und globaler Integration auf die institutionelle und wirtschaftliche Entwicklung in Transformationsländern. Schließlich werden

Fragestellungen analysiert, die sich aus der Spezialisierung vieler Entwicklungsländer auf die Landwirtschaft ergeben.

In den wissenschaftlichen Veröffentlichungen des Jahres 2016 wurde zum Beispiel gezeigt, dass sich die Einstellung gegenüber Flüchtlingen verbessern kann, wenn die Ängste der lokalen Bevölkerung ernstgenommen werden, und dass die Geber bestimmte Qualitätskriterien erfüllen müssen, damit Entwicklungshilfe effektiv sein kann. Weit gefächert waren die Aktivitäten des Forschungsbereichs in der Politikberatung. Aus aktuellem Anlass wurden in mehreren Medienbeiträgen Optionen zur Lösung der gegenwärtigen Flüchtlingsproblematik in der EU erörtert. Weitere Beispiele sind ein Gutachten für das EU-Parlament zu den Kosten der Wiedereinführung von Grenzkontrollen im Schengen-Raum und ein Kiel Policy Brief zu den Entwicklungsperspektiven in Afrika. Wie schon in den Jahren zuvor diente das vom Forschungsbereich unterhaltene Netzwerk PEGNet dem Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis. Die nunmehr 11. PEGNet-Jahreskonferenz in Kigali, Ruanda, beschäftigte sich unter Beteiligung afrikanischer Regierungsvertreter mit dem Thema „Regionale Integration in Afrika“.

MAKROÖKONOMISCHE POLITIK IN UNVOLLKOMMENEN MÄRKTEN

Was treibt die Schwankungen von gesamtgesellschaftlicher Produktion, von Arbeitslosigkeit und von Inflation über den Konjunkturzyklus?

Welche Rolle spielen Arbeitsmarktfriktionen für Konjunkturschwankungen?

Wie wirken sich Geld- und Fiskalpolitik auf den Konjunkturzyklus aus?

Sollen Geld- und Fiskalpolitik stabilisierend auf die Konjunktur einwirken?

Wie wirken sich Geld- und Fiskalpolitik auf Nachbarländer aus?

Im Zentrum der Forschung dieses Bereichs stehen die Erklärung von Konjunkturschwankungen und die Wirkung von Geld- und Fiskalpolitik auf den Konjunkturzyklus. Unsere Forschungsthemen werden dabei durch die aktuelle wirtschaftspolitische Diskussion beeinflusst. So haben uns im letzten Jahr zum Beispiel die Wirkung von Fiskalregeln und von Geldpolitik in Finanzkrisen beschäftigt. Anhand von Fiskalregeln wollen Regierungen die Entwicklung der staatlichen Schuldenlast in den Griff bekommen und das Vertrauen auf den Finanzmärkten erhöhen. Wir untersuchen, wie sich diese Regeln auf Konjunkturschwankungen und die Stabilität der Volkswirtschaft auswirken. Bei der genaueren Analyse von Geldpolitik zeigt sich, dass diese während Finanzkrisen besonders wirkungsvoll ist, weil sie das Konsumenten-

vertrauen stützen kann. Während der Erholungsphase nach einer Finanzkrise hat Geldpolitik jedoch kaum mehr eine stimulierende Wirkung.

Neben der Forschung sind wir auch in der Organisation von wissenschaftlichen Konferenzen aktiv. Vor sieben Jahren haben wir ein internationales Netzwerk gegründet, welches sich mit den Kernfragen des Forschungsbereichs beschäftigt. Mitglieder dieses Netzwerks sind unter anderem die Deutsche Bundesbank und die Europäische Zentralbank. Im September 2016 haben wir gemeinsam mit der Niederlassung der amerikanischen Zentralbank in New York und dem Centre de Recerca en Economia Internacional (CREI) aus Barcelona eine Konferenz in New York ausgerichtet. Unter den Teilnehmern der Konferenz befand sich Nobelpreisträger Peter Diamond.



Prof. Dr. Rainer Thiele
Forschungsbereichsleiter
rainer.thiele@ifw-kiel.de

Prof. Dr. Manfred Wiebelt
(stellv. Leiter)

Dr. Esther Ademmer
Dr. Toman Barsbai
Dr. Joscha Beckmann
David Benček
Christiane Gebühr
Dr. Linda Kleemann
Prof. Dr. Matthias Lücke
Dr. Peter Nunnenkamp
Claas Schneiderheinze
Dr. Rainer Schweickert
Kacana Sipangule
Dr. Tobias Stöhr

Assoziiert:
Dr. Marcus Böhme
Prof. Dr. Jann Lay
Prof. Dr. Lukas Menkhoff



Wolfgang Lechthaler, Ph.D.
Forschungsbereichsleiter
wolfgang.lechthaler@ifw-kiel.de

Prof. Dr. Maik Wolters
(stellv. Leiter)

Claire Boeing-Reicher, Ph.D. (bis 11/2016)
Dr. Jens Boysen-Hogrefe
Sanjay Chugh, Ph.D.
Salomon Fiedler
Dr. Dominik Groll
Philipp Hauber
Ute Heinecke
Dr. Nils Jannsen
Dr. Martin Plödt
Galina Potjagailo, M.Sc.
Dr. Matthias Raddant
Prof. Dr. Stefan Reitz
Prof. Dennis Snower, Ph.D.
Dr. Ulrich Stolzenburg
Mewael F. Tesfaselassie, Ph.D.





Prof. Dr. Henning Klodt
Leiter des Zentrums
henning.klodt@ifw-kiel.de

Dr. Klaus Schrader
(stellv. Leiter)

David Benček
Ilse Büxenstein-Gaspar
Margitta Führmann
Helga Huß (bis 04/2016)
Dr. Claus-Friedrich Laaser
Prof. Dr. Rolf J. Langhammer
Dr. Astrid Rosenschon

ZENTRUM WIRTSCHAFTSPOLITIK

Politikwerkstätten mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern des Instituts und externen Expertinnen und Experten

Wirtschaftspolitische Veröffentlichungen in den eigenen Publikationsreihen „Kiel Policy Briefs“ und „Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik“ sowie in Fachzeitschriften, Online- und Printmedien

Wirtschaftspolitische Gutachten

Mitarbeit in wirtschaftspolitischen Netzwerken und Gremien

Die wirtschaftspolitische Beratungstätigkeit des IfW wird durch das Zentrum Wirtschaftspolitik koordiniert und organisiert. Das Zentrum ist als Querschnittsbereich eng verzahnt mit der Forschung des Instituts und seinen nationalen und internationalen Netzwerken. In Kooperation mit den Forschungs- und Servicebereichen des Instituts werden wirtschaftspolitische Beratungsprodukte entwickelt und realisiert.

Vier Themen standen besonders im Fokus:

Der **neue Subventionsbericht** des Zentrums kam zu dem Ergebnis, dass die Subventionen von Bund, Ländern, Kommunen und Sonderhaushalten mit 168,7 Mrd. Euro im Jahr 2015 einen historischen Höchststand erreichten. Auch für das Jahr 2016 wird mit beträchtlichen Zuwächsen gerechnet. Dadurch wird der finanzielle Handlungsspielraum Deutschlands für Herausforderungen wie die Integration von Flüchtlingen, die Modernisierung der Infrastruktur oder die Verstärkung der inneren und äußeren Sicherheit empfindlich eingeengt.

Unsere regelmäßigen **Analysen zur griechischen Krise** machten deutlich, dass auch das dritte Rettungsprogramm aus dem Jahr 2015 nicht zu den gewünschten schnellen Erfolgen führt. Die wirtschaftliche Entwicklung Griechenlands mag zwar die Talsohle durchschritten haben, aber ein Wachstum, das den griechischen Schuldenberg tragbar werden lässt, ist noch weit entfernt. Die fehlende Identifikation der griechischen Politik mit dem Reformprogramm der Institu-

tionen bleibt als größtes Reformhindernis bestehen.

Vor dem Aus steht das geplante **Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen (TTIP)**: Wir hatten in der politischen Diskussion darauf hingewiesen, dass bei der umstrittenen Ausgestaltung des Schiedsgerichtsverfahrens zum Investorenschutz das CETA-Abkommen mit Kanada eine Blaupause für TTIP sein könnte. Aufgrund des Politikwechsels in den USA und des wachsenden Widerstands in einzelnen EU-Ländern besteht jedoch die Gefahr, dass nicht einmal ein reines Handelsabkommen mit den USA zustande kommen wird. Die Zukunft des Multilateralismus in der Handelspolitik wird daher ein wichtiges Thema bleiben.

Zusammen mit estnischen Kollegen der Universitäten Tartu und Tallinn gingen wir der Frage nach, **warum das marktwirtschaftliche Musterland Estland trotz eines erfolgreichen Reform- und EU-Beitrittsprozesses immer noch nicht wirtschaftlich aufgeholt hat**. Eine aufwendige Strukturanalyse wurde begonnen, die Aufschluss über Entwicklungshemmnisse geben soll.

Weitere Themen waren die Kosten der Jugendkriminalität, die steuerlichen Schlupflöcher für multinationale Unternehmen in der EU, die „neue Normalität“ in China mit weniger stürmischem Wachstum, die Reaktionen der Märkte auf den angekündigten Brexit, die in Italien wieder aufflackernde Wirtschafts- und Finanzkrise sowie der in vielen afrikanischen Ländern zu beobachtende wirtschaftliche Aufschwung.

PROGNOSEZENTRUM

Wie entwickelt sich die Konjunktur? In Deutschland? In der Welt?

Mit welchen Steuereinnahmen kann der Staat in Zukunft rechnen?

Was sind die Grundlagen für eine nachhaltige Entwicklung?

Wie lassen sich gesamtwirtschaftliche Koordinationsdefekte symptomatisch erkennen?

Mit welchen Instrumenten kann und sollte die Konjunktur gesteuert werden?

Finanzkrise, Schuldenkrise, Eurokrise: Wie sind die aktuellen Krisen entstanden, und wie geht es weiter?

Das Prognosezentrum analysiert und prognostiziert regelmäßig die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland, im Euroraum und in der übrigen Welt. Es kooperiert mit anderen führenden Wirtschaftsforschungsinstituten auf europäischer Ebene mit der EUROFRAME-Gruppe sowie der AIECE (Association of European Conjuncture Institutes). Die Ergebnisse der laufenden Konjunkturforschung werden im neuen Format der Kieler Konjunkturberichte dokumentiert und der Öffentlichkeit durch eine intensive Medienarbeit erläutert. Mit den Kieler Konjunkturgesprächen im Frühjahr und Herbst bringt das Zentrum Prognostiker mit wirtschaftspolitischen und unternehmerischen Entscheidungsträgern in einen internationalen Dialog. Seit Herbst des Jahres 2016 ist das Prognosezentrum nach einer dreijährigen Unterbrechung wieder Teilnehmer der Gemeinschaftsdiagnose der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute. Die Gemeinschaftsdiagnose erstellt im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie Konjunkturprognosen, die als Basis für die Prognosen der Bundesregierung gelten. Zudem ist das Zentrum an der amtlichen Steuerschätzung beteiligt.

Das Prognosezentrum betätigt sich darüber hinaus im In- und Ausland an der wirtschaftspolitischen Beratung in Form von Forschungsprojekten und Stellungnahmen zu aktuellen Fragen der Wirtschaftspolitik. So berät das IfW unter Federführung des Prognosezentrums den Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments regelmäßig im monetären Dialog mit der Europäischen Zentralbank. Für das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie organisiert das Prognosezentrum themenspezifische Politikwerkstätten und unterstützt die deutschen Mitglieder der technischen Arbeitsgruppe Produktionslücken des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der Europäischen Union. Im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen erfolgt eine ähnliche wissenschaftliche Unterstützung für die sogenannte LIME-Arbeitsgruppe (Working Group on the Methodology to Assess Lisbon Related Structural Reforms), die die makroökonomische Überwachung in der EU methodisch weiterentwickeln soll. Zudem werden regelmäßig Indikatoren in den Bereichen Weltkonjunktur, Konjunktur im Euroraum, Logistik, Export und Finanzmärkte berechnet, kommentiert und veröffentlicht.



Prof. Dr. Stefan Kooths
Leiter des Zentrums
stefan.kooths@ifw-kiel.de

Dr. Jens Boysen-Hogrefe
(stellv. Leiter)

Salomon Fiedler
Margitta Führmann
Dr. Klaus-Jürgen Gern
Dr. Dominik Groll
Philipp Hauber
Dr. Nils Jannsen
Martin Plödt
Galina Potjagailo, M.Sc.
Prof. Dr. Stefan Reitz
Dr. Ulrich Stolzenburg
Bärbel Walter
Prof. Dr. Maik Wolters
Dr. Birgit Wolfrath

GLOBAL CHALLENGES CENTRE

Internationale Think-Tank-Aktivitäten

Lösungen für aktuelle globale Herausforderungen

Empfehlungen für die deutsche G20-Präsidentschaft

Konferenzen, Workshops und G20-Dialogplattform

Dr. Dennis Görlich

Leiter des Zentrums
dennis.goerlich@ifw-kiel.de

Kathrin Kupke
Juliane Stein-Zalai
Cornelia Gold
Anna Breling
Dr. Levent Neyse
Marion Glowatzka
Gritta Jegliowski

Das Global Challenges Centre koordiniert seit 2015 die internationalen Think-Tank-Aktivitäten des Institut für Weltwirtschaft (IfW). Ziel des Zentrums ist es, das IfW als eines der führenden Institute für Lösungen zu aktuellen globalen Herausforderungen zu etablieren. Zu den Projekten des Zentrums zählen in erster Linie das Global Economic Symposium (GES), die Begleitung der deutschen G20-Präsidentschaft durch die Koordination des Think-Tank-20-Prozesses und die Steuerung des Council of Global Problem-Solving (CGP), ein Netzwerk führender internationaler Think Tanks, das die G20 über die deutsche Präsidentschaft hinaus langfristig begleitet. Außerdem ist das Global Challenges Centre in die Organisation von Workshops zu aktuellen ökonomischen Fragen sowie in das europäische Forschungs- und Politikberatungsprojekt Mercator Dialogue on Asylum and Migration (MEDAM) eingebunden.

Das Global Economic Symposium ist die größte internationale Konferenz des IfW. Seit 2008 treffen sich führende internationale Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft, internationalen Organisationen und der Zivilgesellschaft, um gemeinsam Lösungen für die dringendsten globalen Probleme zu erarbeiten. 2017 wird das GES eng mit dem G20-Prozess verbunden. Im Rahmen der deutschen G20-Präsidentschaft hat das IfW gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) das Mandat für die Koordination des begleitenden Think-Tank-Prozesses (Think20, T20) übernommen. Der Abschlussgipfel, der Think 20-Summit, wird vom 29.-31. Mai 2017 mit rund 400 Teilnehmern unter dem Motto „Global Solutions“ in der ESMT Berlin (European School of Management

and Technology) stattfinden. Ziel der Konferenz ist die Entwicklung von „20 Global Solutions for the G20“.

Der Think 20-Summit „Global Solutions“ findet zu einem historischen Zeitpunkt für die G20 statt: Erstmals finden neben dem traditionellen Fokus Wachstum und Finanzmarktstabilität Themen wie Umwelt und Nachhaltigkeit, digitale Revolution und sozialer Zusammenhalt Eingang in die Agenda. Das Programm des Think 20-Summit spiegelt unter anderem die Arbeit der T20-Task Forces wider, die Handlungsempfehlungen (in Form von Policy Briefs) für die G20-Entscheider erarbeiten. Die Task Forces decken wichtige Politikbereiche wie die Agenda 2030, Klimapolitik, Migration, soziale Ungleichheit, Ernährungssicherheit, Handel und Investitionen, Finanzpolitik oder technologischen Wandel ab (Mehr zur T20 und den Task Forces auf Seite 4).

Auch über 2017 hinaus wird das IfW den G20-Prozess weiter begleiten: Unter dem Motto „Global Solutions“ soll einmal jährlich im Mai eine Konferenz in Berlin stattfinden, auf der aktuelle Themen der jeweiligen G20-Präsidentschaft diskutiert werden. Ein stärker akademisch ausgerichtetes GES in Kiel soll neueste Forschungsergebnisse zu einem ausgewählten Thema der G20-Agenda liefern. Auf der von IfW und DIE gegründeten Internet-Plattform www.g20-insights.org sammeln und analysieren Expertinnen und Experten des T20-Netzwerks und des Council of Global Problem-Solving aktuelle Politikempfehlungen zu den G20-Themenbereichen und beobachten fortwährend deren Umsetzung und Wirkung im politischen Prozess (Mehr zur Insights-Plattform auf Seite 6).

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Institut für Weltwirtschaft

Kiellinie 66 | 24105 Kiel
T +49 431 8814-1
F +49 431 8814-500

REDAKTIONSTEAM

Tobias Danklefsen; Kirsten Lade; Silke Matthiesen-Goss;
Elisabeth Radke; Mathias Rauck; Vanessa Rother
Guido Warlimont (inhaltlich verantwortlich nach § 6 MDStV)

FOTOS

Titel: © Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE),
Sylvie Weisshäupl
Portraitbilder: © IfW / Studio 23 / Renard, Kiel

© Institut für Weltwirtschaft, Kiel, 2017



**INSTITUT FÜR
WELTWIRTSCHAFT**

Kiellinie 66 | 24105 Kiel
info@ifw-kiel.de

T +49 431 8814-1
F +49 431 8585-3

  @kielinstitute

www.ifw-kiel.de

Mitglied der

Leibniz-Gemeinschaft